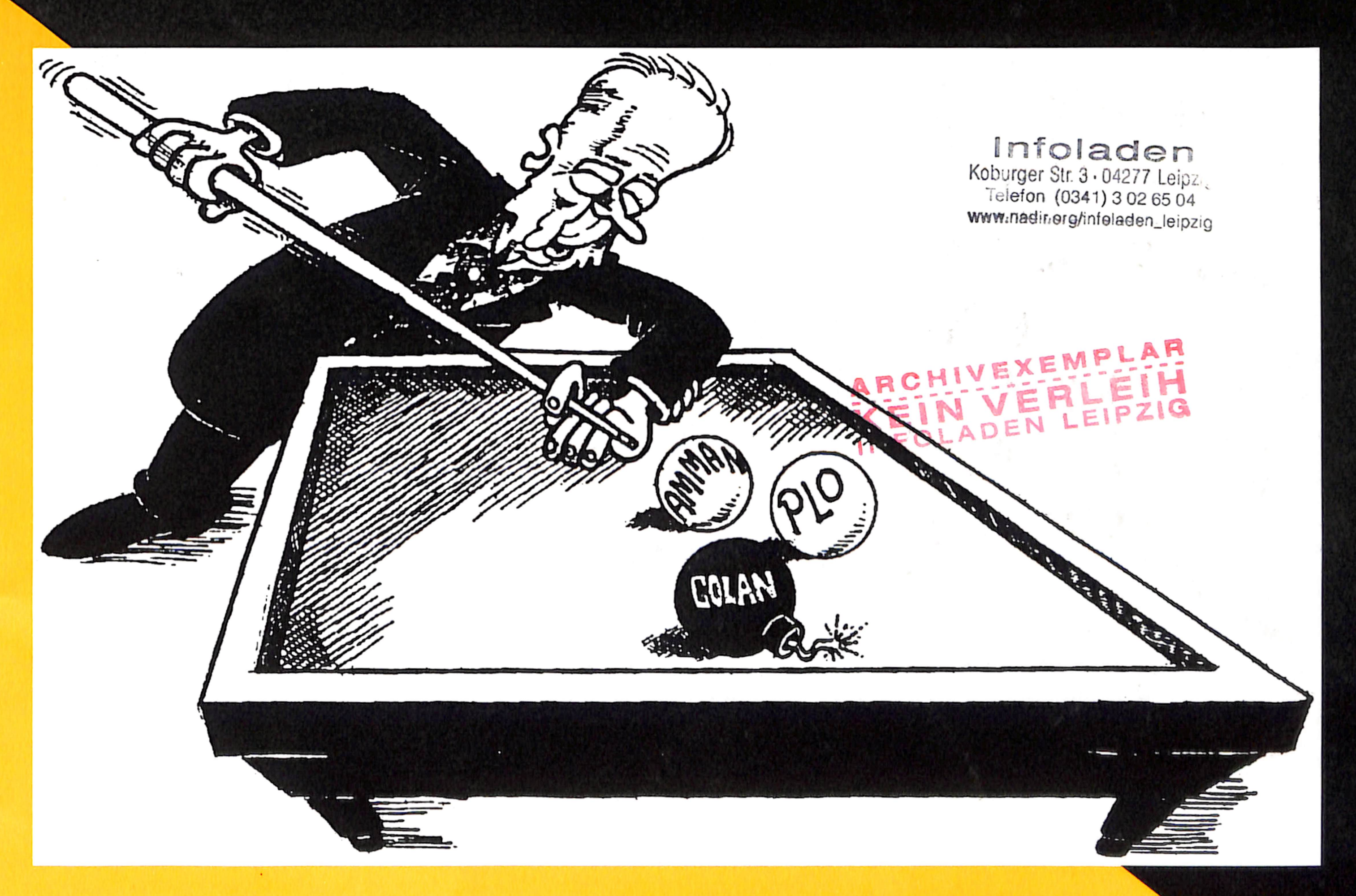
inamo Beiträge

Nr. 3
Herbst 95
DM 10.-

Berichte & Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens



Der „Friedensprozeß" im Nahen Osten

mit Beiträgen von:
- Azmi Bishara
- Neil Partrick
- Fadia Foda
- Norbert Mattes
- Meron Benvenisti
- Raja Shehadeh
- Klaus Polkehn

Der ägyptische Sänger Sheikh Imam

Der Fall Abu Zaid

Impressum



INAMO-Beiträge: *Berichte und Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens* werden herausgegeben vom Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. und erscheinen vierteljährlich.

Redaktionsadresse: Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen

Redaktion: Ulrike Dufner, Jens Grimm, Stefan Knost, Christian Koch, Hans Günter Lobmeyer, Kirsten Maas, Norbert Mattes, Jens-Martin Mehler, Ronald Ofteringer, Ariadne Papageorgiou, Bärbel Reuter, Petra Stockmann, Oliver Wils.

V.i.S.d.P.: Petra Stockmann, Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen

Titelbild: Karikatur aus Middle East International

Satz: Markus Weber

Druck: U. Dahlinger/G. Fuchs, Mühlhofer Hauptstr. 5, 90453 Nürnberg

Anzeigen: Ulrike Dufner, INAMO-Redaktion, Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen. Die aktuelle Anzeigenpreisliste ist dort erhältlich.

Abonnentenbetreuung: Ulrike Dufner, INAMO-Redaktion, Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen.

Rezensionen: Bärbel Reuter, INAMO-Redaktion, Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen

Einzelpreis: DM 10,- pro Ausgabe
Abonnement: Pro vier Ausgaben (Jahresabo):
DM 40,- für Einzelpersonen, DM 80,- für Institutionen, DM 72,- im europäischen Ausland, DM 104,- Übersee
Förderabonnements zur Unterstützung unseres Projekts sind willkommen; INAMO e.V. ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden und Förderbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindungen:
Volksbank Berlin, BLZ 100 900 00, Konto-Nr. 120 676 15
Kreissparkasse Bamberg, BLZ 770 501 10, Konto-Nr. 920 98 (nur für Abonnements)

ISSN-Nr.: 0946-0721

3/95 wurde in Zusammenarbeit mit „Buntstift e.V., Föderation der grünnahen Landesstiftungen und Bildungswerke“, Göttingen erstellt und vom Internationalen Solidaritätsfonds von Bündnis ‘90/Die Grünen unterstützt. Diese Publikation und Nr. 2/95 wurde vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evang. Kirche in Deutschland gefördert.

In diesem Heft:

Editorial

Zwei Jahre sind nach dem historischen Händedruck zwischen Arafat und Rabin am 13. September 1993 in Washington und der Unterzeichnung des „Gaza-Jericho-First"-Abkommens vergangen. Im Schwerpunkt dieses Heftes stellen wir Analysen, Hintergrundberichte und Positionen vor, in denen eine Bilanz des gegenwärtigen Prozesses gezogen wird. Da dieser Prozeß besonders für die PalästinenserInnen einschneidende Veränderungen mit sich gebracht hat, werden wir uns vorwiegend mit der palästinensisch-arabischen Seite beschäftigen. Wenn wir uns in den Beiträgen kritisch mit dem sogenannten Friedensprozeß auseinandersetzen, so im Sinne der Verständigung und Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern. Doch die in den folgenden Beiträgen beschriebene Entwicklung gibt Anlaß zur Befürchtung, daß der Prozeß nicht zu dieser Verständigung führt.

Israel hat sich gegenüber der PLO in den meisten Punkten durchgesetzt: einen palästinensischen Staat wird es nicht geben, wie Außenminister Shimon Peres gegenüber dem Spiegel erklärte; der Autonomiebehörde Arafats wird das Recht auf Selbstbestimmung verweigert, und die Interimsphase bietet Israel Gelegenheit, seine Kontrolle über die Westbank zu verfestigen. Weder der vertraglich festgelegte Teilrückzug israelischer Truppen noch die palästinensischen Wahlen haben bisher stattgefunden. Arafats Autonomiebehörde hat nur in einem freie Hand: bei der Verfolgung der islamistischen und säkularistischen Opposition. Zu diesem Zweck ist ein Apparat von Geheim- und Sicherheitsdiensten entstanden, der an die anderer arabischer Regimes erinnert. In palästinensischen Verhörzentren wird gefoltert. Per Präsidialerlaß Arafats wurde ein Militärgericht geschaffen - unter Berufung auf vor 1967 gültige ägyptische Militärgesetze. Raji Sorani, Rechtsanwalt und Leiter des *Gaza Center for Rights and Law*, wurde am 18. Februar festgenommen, weil er die Sondergerichtsbarkeit kritisiert hatte. Vor der Forderung amnesty internationals, dieses Gericht aufzulösen, nahm Shimon Peres den ehemaligen „Terroristen" Arafat in Schutz, mit der Begründung, der Kampf gegen palästinesische „Terroristen" müsse Vorrang vor der Einhaltung der Menschenrechte haben. (NZZ, 18.7.1995)

Die Jerusalem-Frage, die Siedlungen und vor allem die Frage der Flüchtlinge sind nach Ansicht des amerikanisch-palästinensischen Historikers Rashid Khalidi die wichtigsten Fragen, die zwischen Israelis und Palästinensern geklärt werden müssen, um eine gerechte Lösung zu erreichen. In Ostjerusalem fährt die israelische Regierung jedoch mit der Beschlagnahmung palästinensischen Landes und dem Ausbau israelischer Siedlungen fort. Die israelische Menschenrechtsgruppe *B'tselem* bezeichnet dies als eine Politik der systematischen und vorsätzlichen Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung der Stadt. Ausgebaut werden auch die Siedlungen in der Westbank: Die israelische Führung plant, in den nächsten Jahren 1 Mrd. Shekel (ca. 333 Mio US$) jährlich zu investieren, um die Siedlungen auszubauen und durch ein Netz von Umgehungsstraßen zu verbinden. Den PalästinenserInnen verbleiben voneinander getrennte Kantone.

* * *

„Zwei Staaten oder ein Apartheidsstaat - Was wird aus dem Friedensprozeß?" war das Thema einer von Professor Tanya Reinhart organisierten Konferenz, die am 5. Juni anläßlich des 28. Jahrestages der israelischen Besatzung von Ostjerusalem, Gaza und Westbank in Jerusalem stattfand. Wir dokumentieren die Beiträge von Azmi Bishara und Meron Benvenisti. Es gäbe nur zwei Alternativen, konstatiert Bishara in seiner Bilanz der Resultate des Oslo-Prozesses: Die eine sei die Errichtung von Bantustans im Gaza-Streifen und in der Westbank, die andere wäre die binationale Option, „one (wo)man - one vote" für Israelis und Palästinenser in einem Staat. Meron Benvenisti bezeichnet den gegenwärtigen Prozeß als Seperations- und nicht als Friedensprozeß.

Die folgenden Beiträge beschäftigen sich zunächst mit innerpalästinensischen Entwicklungen. Neil Partrick geht der Frage nach, wie sich der in Madrid bzw. Oslo initiierte Prozeß auf das im Kampf gegen die Besatzung entstandene palästinensische politische System auswirkt. Welche Optionen bleiben den islamistischen und säkularistischen Oppositionsbewegungen, während, wie Partrick es formuliert, *Fatah* ihre Umwandlung vom „Staat-in-Wartestellung" zu einem embryonalen Staat konsolidiert? Kirsten Maas beschreibt den Aufstieg der islamistischen Hamas-Bewegung, die durch blutige Anschläge auf israelische Zivilisten bekannt geworden ist. Trotz maximalistischer Ideologie agiere diese auf ihrem Weg zur Macht bzw. Teilhabe an der Macht durchaus pragmatisch. Raja Shehadeh, der die palästinensische Delegation während des ersten Jahres der bilateralen Verhandlungen in Washington in Rechtsfragen beraten hat, argumentiert, daß es der palästinensischen Führung nicht gelungen sei, eine eigene rechtliche Strategie zu entwickeln. Die israelische Führung hingegen habe sich nie mit allgemeinen, abstrakten Rechtsprinzipien abgegeben, sondern ihre rechtliche Strategie ganz konkret zur Umsetzung ihrer politischen Ziele benutzt. So habe der israelische Rechtsdiskurs einen Sieg über den palästinensischen errungen. Die regionale Dimension des Friedensprozesses ist Gegenstand der Artikel von Klaus Polkehn und Norbert Mattes. Ersterer berichtet über die Auswirkungen auf Jordanien und die Reaktionen der verschiedenen jordanischen Parteien und Bewegungen auf den Friedensschluß. Norbert Mattes beschäftigt sich mit der Situation in Syrien, der strategischen Bedeutung der Golan-Höhen sowie mit der Wasserproblematik.

Aus dem Prozeß ausgeklammert bleiben die palästinensischen Flüchtlinge von 1948, die die ökonomische Krise in den jeweiligen „Gastländern" am deutlichsten zu spüren bekommen. Die Unterstützung durch die UNO, westliche Geberländer und die PLO, wurde ihnen entzogen und auf das Autonomiegebiet umgeleitet. Sogar ihr Flüchtlingsstatus wird in Frage gestellt. Fadia Foda berichtet, wie diese Flüchtlinge im Libanon unter Verstoß gegen die Resolution 194 der UN-Vollversammlung, die deren Recht auf Rückkehr (ohne Entschädigung) festschreibt, ausgegrenzt werden - unter Beteiligung und Mitverantwortung der EU-Staaten und den USA. Dieser Umgang mit Flüchtlingen korrespondiert durchaus mit der europäischen Abschottung und Verfolgung von Flüchtlingen. So verwundert es nicht, daß in der Berliner Bundesdruckerei palästinensische Pässe für die Autonomiebehörde gedruckt werden - als Teil der mageren deutschen Entwicklungshilfe. Die in Berlin lebenden PalästinenserInnen sind jedoch weiterhin als Staatenlose registriert und potentiell von Abschiebung bedroht.

Die Redaktion

„Bantustan-Lösung oder binationale Option"

Azmi Bishara

Heute sind wir Zeugen der Auflösung der palästinensichen Nationalbewegung. Alles, was von ihr übrig bleibt, ist die palästinensische Selbstverwaltung. Die palästinensische Gesellschaft hat all das verloren, was im Westen Zivilgesellschaft genannt wird, und sie hat die Richtlinien verloren, die sie in die Lage versetzten, der israelischen Besetzung zu widerstehen. Was jetzt geschieht, ist nicht ein Staatsbildungsprozeß, sondern eine Regression zu den älteren Sozialstrukturen der Clans *hamula's* - Strukturen, die auch schon vorher unter der Oberfläche existierten. Aber was die Situation gerade jetzt noch schlimmer macht, ist der Verrat der Intellektuellen. Eine ganze Reihe von ihnen fungiert als Mittelsleute zwischen Clan und herrschenden Machthabern.

In Abwesenheit der Attribute und Institutionen einer zivilen Gesellschaft schafft Rabins Plan Raum für eine Gesellschaft, die „ohne ein Hohes Gericht und ohne *B'Tselem* funktioniert, d.h., ohne Mechanismen, die die Menschenrechte verteidigen könnten. Die politischen Parteien fallen ebenso auseinander, einschließlich diejenigen der Linken. Wie gesagt, wird das so geschaffene Vakuum gefüllt durch die traditionellen sozialen Strukturen, welche, wenn auch nur teilweise, strukturell mit der Unterstützerbasis der islamischen Bewegung zusammenfällt. Was hier geschieht, ähnelt nicht dem, was allgemeinhin Nationenbildung heißt, sondern eher dem Aufbau von Gangsterbanden, die unter der Schutzherrschaft der israelischen Machthaber operieren. Für Israel ist das die einfachste Methode, seine Machtausübung in den besetzten Gebieten fortzuführen.
[...] All das stellt die Niederlage der palästinensischen Nationalbewegung dar, welche praktisch bereits 1982 geschlagen war. Die *intifada* rettete die PLO, aber nur auf der diplomatischen Ebene. Bereits ganz zu Anfang des politischen Prozesses hatte Israel es verstanden, den einfachsten Weg einzuschlagen: Es schloß einen Handel, demzufolge Israel die direkte Herrschaft über den Gazastreifen aufgeben würde, während es die tatsächliche Herrschaft behalten würde und der palästinensischen Nationalbewegung diplomatische Anerkennung zukommen lassen würde, die bereits jede materielle Basis verloren hatte. Die israelische Arbeitspartei „rettete" die palästinensische Nationalbewegung im Austausch für deren Akzeptanz einer Lösung der Frage der besetzten Gebiete, wie sie von der Arbeitspartei vorgeschlagen wurde. Israels Vorstellung bestand darin, daß die palästinensische Nationalbewegung selbst die Rolle der Dorfligen spielen sollte - eine kollaborierende Miliz, welche bereits die Begin-Regierung, in den besetzten Gebieten der Vor-*intifada*-Ära zu installieren versuchte. Obwohl ich die Möglichkeit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen trotz allem nicht ausschließen möchte, können wir von dem laufenden Friedensprozeß nicht mehr erwarten, als die Einrichtung von Kantonen. In der Tat sind der Norden und der Süden der Westbank schon voneinander und von Jerusalem getrennt. Die Spielregeln werden vom Sieger Israel festgelegt. Gegenwärtig existiert keine strategische Macht, die es mit Israel aufnehmen könnte.

Diejenigen, die die Oslo-Abmachungen unterstützen, sollten wissen, was sie da unterstützen. Sie sollten sich bewußt sein, daß wir besiegt sind, daß die palästinensische Entität besiegt ist. Mit Oslo wurde das palästinensische Problem aufgelöst. Es ist nicht gelöst, sondern beendet. Aber es gibt auch etwas, was die Gegner von Oslo wissen sollten: Diese Niederlage hat stattgefunden, und die Kräfte, die hinter Oslo stehen, sind stärker als diejenigen, die Camp David stützten. Wenn wir all dies anerkennen, bleibt die Frage: Was nun?

Die Möglichkeit eines palästinensischen Staates in West Bank und Gazastreifen hat sich in Luft aufgelöst. Es bleiben nur noch zwei Möglichkeiten: (a) der Bantustan-Plan - Israel anerkennt die Palästinenser, um weiterhin über sie zu regieren, und zwar durch palästinensische Stellvertreter; (b) die binationale Alternative. Es gibt keine dritte Wahl. Gegenwärtig ist es unmöglich, die binationale Option zur Grundlage eines politischen Programms zu machen, da die Mehrheit der Israelis keinen Grund hat, ihre Privilegien aufzugeben. Aber in unserem täglichen politischen Kampf können wir unsere Forderungen am Binationalismus orientieren. Wir müssen diesen Wert in unseren Diskussionen verankern. Die Zeiten, als politische Unabhängigkeit ein Wert war, sind vorbei. Unsere politische Orientierung muß sich auf die Notwendigkeit gründen, den Wert des Binationalismus hervorzuheben, der Gleichheit fördert und Trennung ablehnt: Gleichheit für die arabischen Bürger Israels und auch unter den Bewohnern der besetzten Gebiete.
Der palästinensische Widerstand muß sein gegenwärtiges politisches Programm auf der Basis einer Anerkennung der Tatsachen aufbauen. Vor dieser Pflicht können wir uns nicht drücken. Die Oppo-sition muß sich nicht nur an den Wahlen beteiligen, sie muß sie einfordern. Die Opposition mag es vorziehen, die Wahlen zu boykottieren, aber sie sollte es von Innen heraus tun: nicht indem sie sich von der Politik abwendet, sondern indem sie gegen jede einzelne daran geknüpfte

Bedingung kämpft. Das ist die einzige Chance, die palästinensische Gesellschaft zu repolitisieren - und zu verhindern, daß die zivile Gesellschaft, die zumindest ein Minimum an Selbstorganisation auf einer modernen Grundlage aufweist, sich völlig auflöst. Folglich müssen wir den Osloer Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit entgegentreten, einschließlich ihrer Prinzipien und Werte. Aber unsere Aktivitäten müssen die neuen politischen Bedingungen in Betracht ziehen, die sich im Zuge der Abmachungen von Oslo herausbildeten.

■ *Azmi Bishara ist Professor für Philosophie und Kulturelle Studien an der Bir-Zeit-Universität und Forscher im unabhängigen Van-Leer-Institut, Jerusalem. Der Artikel wurde erstveröffentlicht in „News from Within", Vol. 11, Nr.7, Juli 1995.*

Gleichberechtigung in einem Staat

Meron Benvenisti

Wenn Sie erlauben, möchte ich mich auf den Titel dieser Konferenz beziehen: „Zwei Staaten oder ein Apartheidsstaat?" Dieser Titel impliziert, daß eine Zweistaatenlösung ideal sei. Was heute geschieht, führt aber in keiner Form zu einem seperaten (zweiten) Staat.

Das Apartheidssystem in Südafrika brach aufgrund von unüberwindlichen internen Widersprüchen zusammen. In Israel führt der politische Prozeß zu einem auf Seperation basierenden Unterdrückungssystem. Ein System der Seperation könnte lange andauern, weil es ein enormes Machtgefälle zwischen Israelis und Palästinensern gibt. Hier fehlen die wirtschaftlichen Bedingungen, demographischen Variabeln und sozialen Kräfte, die ein permanentes Seperationssystem in seinen Grundfesten erschüttern könnten. Bis vor zwei Jahren haben die Leute z.B. gedacht, daß die israelische Wirtschaft ohne die Arbeiter aus dem Ghaza-Streifen nicht überleben könne. Aber es ist deutlich geworden, daß das nicht so ist: Israel hat 80.000 ausländische Arbeiter ins Land geholt und so seine Abhängigkeit von den Arbeitern aus Gaza praktisch überwunden. Im Gegensatz dazu gab es für die ökonomischen Widersprüche in Südafrika keine Lösungen. Es ist aber möglich, Ähnlichkeiten zwischen Israel und Südafrika bei der Haltung der Liberalen in beiden Ländern gegenüber der Seperation zu finden: hier und dort gingen die Liberalen mit der Separation um, als ob sie einen positiven Wert darstelle. Sie dachten, es sei möglich, ein System zu schaffen, das die parallele, aber getrennte Entwicklung der zwei Gemeinschaften (Weiße und Schwarze in Südafrika bzw. Israelis und Palästinenser hier) auf gleichberechtigter Grundlage erlauben würde. Tatsächlich ist jedoch die hier realisierte Seperation ein System der Unterdrückung, das alle Prinzipien und Regeln des Regierungsgeschäfts bestimmt. Hier wurde dieses System von den Liberalen geprägt, die die Losung „Seperat in Frieden" geprägt haben.

Das Ziel der zwei seperaten Staaten ist nicht zu verwirklichen. Der derzeitige politische Prozeß wird nicht dorthinführen. In Oslo haben die Palästinenser ein Kapitulationsabkommen unterzeichnet, das sie fast völlig Israels Gnade anheimstellt. Heute regiert im ganzen Land Israel eine einzige Regierung, in der es verschiedene Interessengruppen gibt. Arafats Palästinensische Verwaltung (PA) ist lediglich eine davon. Arafat muß genauso wie Shas (die religiöse Sephardische Partei) Anfragen an die Regierung richten und mit ihr verhandeln. Israel investiert 1 Milliarde Shekel [ungefähr 333 Millionen US-Dollar in diesem Jahr, eine ähnliche Summe wird in den kommenden Jahren jährlich investiert], um die Situation in den besetzten Gebieten zu entschärfen und die endgültigen Grenzen der Kantone festzulegen, die eher den Bantustans Südafrikas zur Zeit der Apartheid ähneln werden. Dies wird durch den Bau eines Netzes an Umgehungsstraßen [damit die Siedler sich fortbewegen können, ohne palästinensische Ortschaften zu passieren] und durch die Verstärkung der Siedlungen möglich gemacht. Damit ist ein weiterer Schritt zur Verwirklichung des Seperationsplanes gewährleistet. Die Umsetzung der Übergangsphase wird zur Verfestigung der israelischen Herrschaft über die besetzten Gebiete führen.

Ich weise die Behauptung zurück, daß dieser Seperationsprozeß ein Friedensprozeß sei. Ohne eine Umverteilung der Grundressourcen wie Wasser und Land wird keine dauerhafte Friedenslösung erreicht werden. Wer denkt, es sei möglich, ein endgültiges Abkommen zu erreichen, das Palästina in zwei Staaten teilt, gibt sich Illusionen hin. Die bei vielen von uns vorherrschende Wahrnehmung dessen, was Friedensprozeß genannt wird, hat in Wirklichkeit keine Grundlage. Die Merkmale der Seperation sind durch und durch reaktionär. Wer die Seperation aus scheinbaren „Sicherheits"gründen vertritt - d.h. „damit palästinensische Arbeiter nicht länger in Israel umherziehen" -, trägt zu einem System der Unterdrückung und Diskriminierung auf jedem Gebiet bei. Im Kontext des stattfindenden Prozesses haben die Palästinenser praktisch anerkannt, daß es in Palästina zwei nationale Gemeinschaften gibt. Die israelische Öffentlichkeit hat sich dafür entschieden, keine Kompromisse zu machen und sich weiter

auf Gewalt zu verlassen, um die Kapitulationsbedingungen zu diktieren, die die Palästinenser wieder einmal zu akzeptieren haben. Es ist nicht mehr angebracht, sich unter der Losung „zwei Staaten" zu organisieren. Wir müssen uns vielmehr auf der Basis eines Prinzips zusammenschließen, das der Realität entspricht: Der Kampf für die Gleichberechtigung zwischen den beiden Nationen, die in Palästina-Israel leben - eine Gleichberechtigung, die auf einer Umverteilung natürlicher, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ressourcen beruht.

■ *Meron Benvebisti war stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem. Er gründete und leitete das Westbank Data Base Project, das Daten und Analysen über die israelische Besatzung veröffentlichte. Der Artikel wurde erstveröffentlicht in „News from Within", Vol. 11, Nr. 7 Juli 1995.*



Grenzübergang Gaza/Israel — *M. Kraal/Hollandse Hoogte*

Die neue/alte palästinensische Ordnung

Neil Partrick

Mit der Etablierung der *Palestinian National Authority* („Palästinensischen Nationalen Autorität", PNA) ist etwas entstanden, was am besten als Mini-Staat Gaza mit einer „Satellitenstadt" Jericho in der Westbank beschrieben werden kann. Mit wenig mehr als einer symbolischen Unabhängigkeit ausgestattet, welche sich im wesentlichen auf die Freiheit beschränkt, die Nationalflagge schwenken und die Nationalhymne singen zu können, hat die Etablierung der PNA nicht den Umsturz des palästinensischen politischen Systems bewirkt, das in seinen Grundfesten im wesentlichen unverändert geblieben ist.

Die Nähe der palästinensischen Führer zu ihren Mittelsmännern und treu ergebenen Anhängern hat sichergestellt, daß das System faktionaler Manipulation der Politik in Gaza und der Westbank von außerhalb einer effektiveren, hierarchisch strukturierten Kontrolle gewichen ist. Dies beschränkt sich aber keinesfalls auf die dominierende *Fatah* von Yassir Arafat. Das Kairo-Abkommen vom Mai 1994 führte nicht nur zur Etablierung der PNA und zur Rückkehr von Tausenden von *Fatah*-Leuten, es brachte auch eine Reihe von PLO-Leuten zurück, die offiziell gegen den in Madrid initiierten Prozeß sind - ganz zu schweigen von dem weit darüber hinausgehenden Oslo Abkommen. Top-Leute der linken *Popular Front for the Liberation of Palestine* (PFLP) wie Ali Nasser und Mohammed Mossalimi verlegten ihre Basis von Damaskus in den Gaza-Streifen. Die begrenzten Konzessionen, die im Oslo-Abkommen bezüglich eines „Rechts" auf Rückkehr verankert sind, werden von der alten Garde der palästinensischen Linken - George Habash von der PFLP und Nayef Hawatmeh von der *Democratic Front for the Liberation of Palestine* (DFLP) ausgenutzt. Sie entsenden nun ihre Leute, damit die effektive Re-Etablierung der Tunis-PLO als Gaza-PNA - mit all der Macht lokaler Patronage, die dies impliziert - nicht zu viele ihrer Anhänger in Versuchung führt, politische Apostasie zu begehen und es denen gleichzutun, die bereits zur PNA übergewechselt sind.

Hätten die säkularistischen Oppositionsgruppen in der PLO und vor allem die weit populärere Hamas sich zu einer Unterstützung der PNA durchgerungen, hätte trotz deren eingeschränkter Autorität vielleicht eine neue politische Ordnung mit zumindest einigen Charakteristika eines demokratischen Parteiensystems entstehen können. Nebeneinander bestehende soziale und ökonomische Infrastrukturen, die bislang als Instrument zur Stützung konkurrierender Machtstrukturen dienten, müßten integrierenden und sich ergänzenden zivilen Organisationen weichen. Ohne tatsächliche Souveränität jedoch kann die PNA oppositionelle Gruppen nicht dazu bewegen, ihre eifersüchtig bewachten Wohlfahrts- und Gesundheitsstrukturen einem Regierungssektor zu überantworten, der erst durch eine Integration der Opposition in die PNA an Neutralität gewinnen würde.

Israels Weigerung, der Selbstverwaltungsbehörde legislative Vollmachten zuzugestehen, hat dafür gesorgt, daß die politischen Kräfte, die traditionell eine maximalistische Haltung gegenüber jeder Friedensinitiative einnehmen, nicht kooperieren. Folglich beschränkt die begrenzte Autonomie eher die Möglichkeiten der Opposition, Israel mittels bewaffneter Aktionen zu größeren Konzessionen zu bewegen, als daß sie ihr Anlaß zur Hoffnung gibt, durch den Friedensprozeß zumindest einige Elemente von Eigenstaatlichkeit sichern zu können. Dies hat zur Folge, daß nur *Fatah* und ihr Verbündeter FIDA zusammen mit kleinen und kleinsten Gruppierungen wie der *Popular Struggle Front* und einer der Ba'th Parteien - den Friedensprozeß gutheißen. Die *Palestine People's Party* (PPP) jedoch ist, wenngleich nicht offiziell im PNA-„Kabinett" vertreten, ein verläßlicher Partner, der das Oslo-Abkommen unterstützt und ohne Zweifel an Wahlen zum Autonomierat teilnehmen würde.

Wie Arafats *Fatah* haben sich auch FIDA - selbst ein Ergebnis einer Abspaltung von der DFLP - und die PPP (die frühere Kommunistische Partei) bereit gefunden, ungeachtet jedweden ideologischen Ballastes im politischen Strom mitzuschwimmen. Die Politik derjenigen palästinensischen Organisationen, die nicht aus der Ablehnungskultur geboren wurden, hat sich als flexibel genug erwiesen, um am derzeitigen politischen Prozeß teilzunehmen. Folglich spaltet die Debatte über nationalistische Strategien weiterhin die palästinensische politische Szene in einen sogenannten Mainstream und eine Ablehnungsfront. Die damit unvermeidlich einhergehende sektiererische Mentalität, die zur Sicherung der jeweiligen Pfründe - die verschiedenen NGO-Organe - dient, wird auf diese Weise zementiert, bleibt wie eh und je auf die jeweilige Faktion beschränkt und dient weiterhin Eigeninteressen. Die Übernahme von „Regierungs"macht führte dazu, daß *Fatah* die eigene zivile Machtbasis mittels ihres Patronage-Netzes ausbaute und dem „Staat" unterordnete. Die Rolle der zwei kleinen Verbündeten *Fatahs* reduziert sich - ausländischen Beobachtern zuliebe und nicht zuletzt um des Überlebens dieser Faktionen willen - auf die Funktion einer



Begräbnis des Arafat Stellvertreters Abu Jihad in Damaskus 1988 *R. Maro*

pluralistischen Fassade für das, was tatsächlich eine Einparteien-Regierung ist.

Wenngleich sich das alte Patronage-Spiel, das dem palästinensischen politischen Pluralismus zugrunde liegt und bis zur Errichtung konkurrierender Gesundheitszentren in vielen Dörfern führte, unter der eingeschränkten Autonomie nicht gewandelt hat, schwächt es sich doch paradoxerweise selbst. Der finanzielle Vorteil, den *Fatah* aufgrund des Oslo-Prozesses und der Kontrolle der PLO-Führung gegenüber den Opponenten hat, bedroht die Basis, die säkularistische PLO-Gruppen, einschließlich FIDA und vor allem die PPP, so gewissenhaft aufgebaut haben. Vorbei sind die Tage, in denen die PLO-Führung faktionale Kooperation durch Verteilen von Geldern zumeist aus den arabischen Golfstaaten erkaufte. Das Resultat von Arafats taktischem *faux pas* nach der irakischen Invasion in Kuwait und die Tatsache, daß nach Oslo der Westen seine Unterstützung auf die PNA und ihre Institutionen (d.h. hauptsächlich Polizei und Armee) konzentriert, haben die neben *Fatah* existierenden säkularistischen Organisationen in eine prekäre Lage versetzt. Nicht dazu geneigt, aus dem faktionalen Ghetto herauszukommen, das westliche NGOs und Geldgeber aus der falschen Annahme heraus förderten, es handle sich um eine embryonale, aber genuine Zivilgesellschaft, ist das Schicksal dieser Organisationen nun ironischerweise an das gebunden, was deren Ideologen in den siebziger Jahren als Bastionen westlichen, neo-kolonialistischen Einflusses brandmarkten.

Letztendlich geben jedoch damals wie heute die Führungsspitzen der einzelnen Gruppen den Ton an, die ihre Basis nach und nach wieder in den bestzten Gebieten aufbauen. Dies mag auch eine Bereitschaft innerhalb der säkularistischen Opposition signalisieren, an den geplanten Wahlen zum palästinensischen Autonomierat teilzunehmen, die seit mehr als einem Jahr überfällig sind. DFLP-Führer Hawatmeh deutete kürzlich seinen Wunsch an, nach Gaza „zurückzukehren" (er kommt aus Jaffa). Dieser Wunsch hängt vielleicht damit zusammen, daß die DFLP bei den Wahlen weniger als ein Prozent erhalten könnte. Dies ergaben zumindest in Nablus durchgeführte Umfragen des *Centre for Palestine Research and Studies*, die auch nahelegen, daß innerhalb des oppositionellen Lagers Un-

terstützerinnen und Unterstützer der DFLP trotz deren Aufruf zum Wahlboykott das größte Interesse an den Wahlen zeigen.

Vermutungen, ein Prozeß palästinensischer politischer „Normalisierung" finde statt, müssen jedoch den Umstand berücksichtigen, daß sich die führenden Islamisten Dr. Marzouk (Hamas) und Fathi Shikaki (Islamischer Jihad) im Exil in Damaskus befinden. Es ist unwahrscheinlich, daß Israel der Rückkehr Dr. Marzouks zustimmt. Dies gilt selbst für den Fall, daß der Versuch des Vorsitzenden der israelischen Arbeiterpartei, Nissim Zvilli, den politischen Flügel von Hamas zur Teilnahme am politischen Prozeß zu bewegen, erfolgreich sein sollte. Ob Hamas die Sinn-Fein-Option wählt und nach Aufgabe des bewaffneten Kampfes einen politischen Dialog beginnt, ist fraglich, selbst wenn sie 20% der Sitze im Autonomierat bekäme.

Die Annahme wäre falsch, daß die Festlegung der säkularistischen und der islamistischen Opposition auf einen Wahlboykott unabänderlich ist. Wahrscheinlich werden sie auf Nummer sicher gehen und sogenannte unabhängige Kandidaten aufstellen. Ihre einheimische Anhängerschaft mag mit überwältigender Mehrheit wählen wollen: Aber wollen die Führungsspitzen sich einlassen auf Wahlen zu einem 24-köpfigen Rat, der keine bedeutsame legislative Macht besitzt, und auf eine wahrscheinlich weiter andauernde Präsenz israelischer Truppen in oder um viele Städte der Westbank? Politischen Einfluß durch „Unabhängige" zu erlangen und sich gleichzeitig den Einsatz von Bomben vorzubehalten, erscheint wahrscheinlicher.

Seit ihrer Etablierung hat die PNA durch offene Parteilichkeit die politischen Auseinandersetzungen nur weiter angeheizt. Durch die Weigerung der Oppositionskräfte, die PNA zu unterstützen, wurde dies natürlich weiter forciert. Aber der Umstand, daß die palästinensischen Sicherheitsorgane überwiegend aus *Fatah*-Milizionären rekrutiert werden, hält besonders unter den Islamisten das Bestreben nach Beibehaltung getrennter Machtzentren weiter aufrecht. Die Islamisten haben mit einer Welle spektakulärer Selbstmord-Bombenanschläge das Fehlen einer effektiven Strategie bei der säkularistischen Opposition ausgenutzt, mit den Unzulänglichkeiten des Friedensprozesses umzugehen.

Mit der Einrichtung von Militärgerichten in Gaza im April dieses Jahres - etabliert unter Berufung auf die fragwürdige Legalität alter ägyptischer Militär-Notstandsgesetze - wurde damit begonnen, bewaffnete Aktivisten von Hamas und vom Islamischen Jihad zu inhaftieren: Es sah so aus, als ob der seit langem vorhergesagte Showdown nun beginnen würde. Obwohl der befürchtete Bürgerkrieg zwischen PNA und Islamisten nicht ausbrochen ist, sorgt der kontinuierliche israelische Druck, zum Schlag gegen die „Terroristen" auszuholen, für ein hohes internes Konfliktpotential. Auf jeden Fall zeichnet sich ein arabisches Herrschaftsmuster ab, für das die sogenannten progressiven Politiker, die sich ihre revolutionären Sporen in der Nasser Zeit verdienten, stehen: Einparteienherrschaft und Benutzung des Staates als ultimatives Mittel zur Patronage.

No taxation without representation

Arafats Problem besteht darin, daß er nicht einmal soviel souveräne Macht besitzt, die Forderungen an die unter seiner Herrschaft stehenden Palästinenser legitimieren zu können. *„No taxation without representation"* könnte mehr und mehr zur allgemeinen Parole werden, wenn die PNA den Menschen hohe Steuerforderungen aufzubürden versucht, diese aber wenig von den ökonomischen und politischen Früchten des Friedens sehen und erwarten, daß die von ihnen gewählte Regierung wenig Macht haben wird. Kann die nicht voll souveräne PNA die Legitimität und auch die Herrschaftsgewalt für sich beanspruchen, eine Opposition zu entwaffnen, die die allgemein verhaßte Besatzung herausfordert? Arafat und sein Justizminister Freih Abu Middein mögen damit drohen. Aber können sie wirklich riskieren, ebenso entschieden zu handeln wie der frühere Hagannah Führer David Ben-Gurion, der als israelischer Premierminister 1948 die umstrittene Anordnung zum Versenken der *Altalena* und ihrer Waffenladung mit dem Argument erließ, daß in einem demokratischen Staat kein Platz für eine bewaffnete Opposition sei?

Die Islamisten werden sich das „Recht auf Widerstand" vorbehalten, und werden es, anders als die säkularistische Opposition, auch uneingeschränkt wahrnehmen. Gleichzeitig werden sie eine in der Bevölkerung verankerte und finanziell abgesicherte Infrastruktur aufrechterhalten, die in Verbindung mit ihren militärischen Aktionen die Wahrnehmung verstärkt, sie seien die wahren Verteidiger und Versorger des Volkes. Für die linken Oppositionskräfte, angeblich noch in der PLO, kristallisiert sich mehr und mehr der Gegensatz heraus zwischen der zurückgekehrten alten Garde, die versucht, die Sprache der Zivilgesellschaft zu sprechen, und der angeblich völlig anders eingestellten „jungen Garde"; diese fungiert als Sprecher der Gruppen und leitet die auf Organisationszugehörigkeit basierenden, dem Westen freundlich gesinnten NGOs.

Diese neuartige säkularistische Opposition sieht die NGOs, aus Verzweifelung ebensosehr wie aufgrund einer post-marxistischen ideologischen Wendung, als die neue Avantgarde für die alte Revolution. Verschwunden sind unausgegorene Theorien über die *fedayin* als Stoßtrupps maoistisch geprägter Bauernrevolten und jegliches Bekenntnis zur internationalen proletarischen Revolution; heute sind es die NGOs, die als wahrhaft demokratische, zivile Struktur präsentiert werden, durch die die Rechte der Frauen, sozialer Wandel und nichts geringeres als die Demokratisierung einer streng hierarchischen Ordnung erreicht werden könne. In der Zwischenzeit konsolidiert *Fatah* ihre Umwandlung vom „Staat-in-Wartestellung" zu einem embryonalen (Möchtegern-)Staat; und die anderen Gruppen und ihre „zivilen" Unterstützungsstrukturen bleiben, wie auch immer ihre abstruse ideologische Selbstrechtfertigung sein mag, so festgefahren und sektiererisch wie immer.

■ *Neil Partrick, London, Publizist zum Thema Naher Osten.*

Hamas und die palästinensische Teilautonomie: Zwischen ideologischer Ablehnung und pragmatischem Arrangement

Kirsten Maas

Durch ihren bewaffneten Kampf und ihre blutigen Anschläge gegen israelische Zivilisten ist die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas) über Paästina hinaus bekannt geworden. Mit ihrer maximalistischen islamistischen Ideologie präsentiert sie sich als Erzgegner des Friedensprozesses. Diese Selbstdarstellung paßt durchaus in das westliche Feindbild Islam, trägt jedoch wenig zum Verständnis des Aufstiegs von Hamas und der Strategie bei, die diese auf dem Weg zur Macht bzw. Teilhabe an der Macht verfolgt.

Hamas lehnt das zwischen der israelischen Regierung und der PLO ausgehandelte „Autonomie-Abkommen" ab. Mit fortdauernden Anschlägen ihres militärischen Flügels kämpft die Bewegung zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Grundlagenabkommens von Oslo gegen die Besatzung. Dieselbe Hamas wird dennoch am Friedensprozeß beteiligt sein. Einzelne Hamas-Ideologen halten ein Mitwirken an der palästinensischen Selbstverwaltung für durchaus möglich. Solche pragmatischen Überlegungen bedeuten keinen radikalen Paradigmenwechsel; vielmehr erweist sich bei genauerer Sicht auf die Geschichte palästinensischer Islamisten Realpolitik als beständiges Element.

Der Name Hamas tauchte erstmals während der Intifada auf: Wenige Tage nach Beginn des Aufstandes im Dezember 1987 kursierte im Gazastreifen ein Flugblatt, das mit dem Akronym unterzeichnet war, das im Arabischen soviel wie Eifer oder Enthusiasmus bedeutet: Hamas steht als Abkürzung für Harakat al-Muqawama al-Islamiya (Islamische Widerstandsbewegung). In ihrem vierten Flugblatt vom Februar 1988 präsentierte sich Hamas als „schlagkräftiger Arm der Bewegung der Muslimbruderschaft", womit die Bewegung ihre weit zurückreichenden Wurzeln erkennen ließ.

Ende der 20er Jahre gründete Hasan al-Banna in Ägypten die Muslimbruderschaft, deren Ideen eines politischen Islam bald auch von Palästinensern aufgenommen wurden. 1945 entstanden die ersten Vereinigungen in Jerusalem, Jaffa, Lydda, Haifa, Nablus und Tulkarem. Die palästinensische Muslimbruderschaft erklärte die Befreiung Palästinas zu ihrem Ziel, doch der Weg dazu führte für sie über die moralische Befreiung der Gesellschaft. Die *Da'wa*, die Bemühung, möglichst viele Menschen zu erreichen, um sie zur Besinnung auf den Islam zu leiten und zu gläubigen Moslems zu erziehen, blieb für Dekaden „Programm" der Muslimbruderschaft.

Nach der *Nakba* - der Katastrophe von 1948, wie es im arabischen Sprachgebrauch heißt - traten der Nationalstaat Israel und das Königreich Jordanien an die Stelle des britischen Mandats, und der Gazastreifen wurde unter ägyptische Militärverwaltung gestellt. Während sich Muslimbrüder in Jordanien ab 1954 an den Parlamentswahlen beteiligen konnten, waren sie im Gazastreifen die meiste Zeit illegal und agierten im Untergrund. Nachdem der Gazastreifen 1967 von Israel erobert worden war, gab die Muslimbruderschaft ihr konspiratives Organisationsprinzip auf und bildete islamische Gesellschaften, die von den Besatzern legalisiert wurden. Die Israelis hofften, die Islamisten würden den Einfluß der Nationalisten zurückdrängen.

Scheich Ahmad Yasin, der spätere Führer der Hamas, gründete 1973 ein islamisches Zentrum, das *Mujamma al-Islami*, das karitative, kulturelle und religiöse Aufgaben erfüllte. Das Zentrum entwickelte sich von einer Wohltätigkeitseinrichtung zu einer Machtinstitution, die große Teile des gesellschaftlichen Lebens im Gazastreifen beherrschte. Auch in der Westbank nutzte die Muslimbruderschaft ihre engen Verbindungen zu wichtigen Persönlichkeiten der traditionellen religiösen Institutionen und zu wohlhabenden Geschäftsleuten, um die Aktivitäten neu gegründeter islamischer Gesellschaften auszuweiten. Das meiste Geld floß jedoch aus Kuwait und Saudi Arabien. „Ihre Ideologie ist aus Ägypten, ihre Organisation aus Jordanien und das Geld aus dem Golf." Auf diese einfache Formel bringt es Iyad Barguti, Dozent der Universität von Nablus und Kenner des Islamismus in Palästina.

Die erfolgreiche iranische Revolution 1979 und die Tatsache, daß die Schiiten im Irak und in den Golf-Staaten sowie sunnitische Bewegungen in Saudi-Ara-



Eine Frau auf den Überresten ihres zerstörten Hauses — *M. de Ruiter/Hollandse Hoogte*

bien, Ägypten und Tunesien bedeutende politische Kräfte wurden, bestärkten die Islamisten in den besetzten Gebieten ebenso wie die politische Instrumentalisierung des biblischen Anspruchs der Juden auf „Judäa und Samaria" durch die 1977 gewählte Likud-Regierung.

„al-Islam huwa al-hall !"
Der Islam ist die Lösung

Nach dem Camp David-Abkommen von 1979, der Zerschlagung der militärischen Strukturen der PLO im Libanon und angesichts der Politik der schleichenden Annexion erschien vielen Bewohnern der besetzten Gebiete der von der PLO vertretene Nationalismus perspektivlos. Die Palästinenser begannen nach Alternativen zu suchen. *„Al-Islam huwa al-hall !"*, der Islam ist die Lösung: Dieses Versprechen der Islamisten klang für viele verheißungsvoll. Den Entrechteten vermittelte es ein Gefühl von Solidarität, wiedergewonnener Würde und die Illusion, ein taugliches Mittel im Kampf gegen die Besatzung gefunden zu haben. „Die Israelis haben unser Land genommen und es gibt niemanden, an den wir uns wenden können. Alles, was uns geblieben ist, sind die Religion und unsere Würde. Der Islam bringt die Menschen zusammen und ermöglicht es, unsere Differenzen zu überwinden." Diese Aussage eines jungen Mannes aus der Westbank gab eine Tendenz wieder, welche die islamistische Bewegung zu kanalisieren wußte.

Die Islamisten waren Ende der 70er Jahre vor allem unter der palästinensischen Jugend erfolgreich: 1979 gewannen islamistische Listen bei den Studentenratswahlen an drei Universitäten in den besetzten Gebieten die absolute Mehrheit. Die wachsende Popularität ermutigte die Bewegung; gewalttätige Angriffe auf exponierte Nationalisten, vor allem aber auf Kommunisten, und auf unverschleierte Frauen, Spirituosenläden oder Kinos waren Anfang der 80er Jahre an der Tagesordnung.

Zu dieser Zeit trat aber noch eine „konkurrierende" islamistische Bewegung auf die Bildfläche: der Islamische Heilige Krieg, *al-Jihad al-Islami*, der bald durch Angriffe auf die israelische Okkupationsmacht von sich reden machte. Zwischen 1986 und 1987 verübten kleine Untergrundzellen dieser islamistischen Bewegung eine Reihe von Anschlägen, darunter ein Granaten-Angriff auf Rekruten einer Elite-Einheit der israelischen Armee während ihrer Vereidigung an der Klagemauer in Ost-Jerusalem am 15. Oktober 1986 war. Der Vater eines Soldaten starb und 69 Personen wurden verletzt, als Mitglieder des militanten Flügels des Islamischen Jihad drei Handgranaten in die Menge warfen.

Der Beginn der Intifada im Dezember 1987 stellte die islamischen Gesellschaften mit ihrem erzieherischen Programm an den Rand des politisch relevanten Geschehens. Nur die aktive Beteiligung an der Erhebung konnte sie vor einer drohenden Bedeutungslosigkeit bewahren. „Die Teilnahme an der Intifada war das Resultat einer Debatte innerhalb der Bewegung darüber, ob sie auf das Entstehen eines islamischen Staates warten oder die direkte Konfrontation mit Israel aufnehmen solle," verriet 1989 ein junger Hamas-Aktivist. Die islamischen Gesellschaften entschieden sich dafür, ihr rein erzieherisches Programm zu modifizieren und das Monopol des *Jihad al-Islami* für den islamistischen Widerstand gegen die Okkupation zu brechen - Hamas entstand. Parallel zur Vereinten Führung der Intifada, einem Zusammenschluß der anderen politischen Fraktionen, gab Hamas in Flugblättern konkrete Anweisungen für den Widerstand und rief eigene Streiktage aus.

Zielstrebig wurde der organisatorische Apparat der Islamischen Widerstandsbewegung aufgebaut: Drei führende Mitglieder des *Mujamma' al-Islami* deckten die Aufgabengebiete politische Angelegenheiten, militärische Aufgaben und Propaganda ab. Die Mitglieder schlossen sich in Untergrundzellen zusammen. Ein militärischer Arm war für die Herstellung und das Verstecken von Waffen verantwortlich. Für Ahmad Yasin, dem unbestrittenen Hamas-Führer, wurde ein spezieller Geheimapparat aufgebaut. Nach seiner Gefangennahme im Mai 1989 und der Verurteilung zu lebenslänglicher Haft übernahm Dr. Abd al-Aziz Rantisi das „Kommando" über die Bewegung im Gazastreifen.

Großzügige Finanzquellen erleichterten den Aufbau der Bewegung. Neben Spenden einzelner Moslems im In- und Ausland floßen beachtliche Summen durch die Kanäle islamischer Organisationen aus Jordanien, Ägypten, Saudi Arabien und den Golf-Staaten in die Hände der Hamas.


Hamas-Aktivisten in Gaza, Januar 1995 F. Meyst/Hollandse Hoogte

Auch der Sudan und Iran unterstützten die Bewegung. Auf knapp 40 Seiten veröffentlichte Hamas im August 1988 ihre Ideologie. Das als „Charta" bezeichnete Dokument war eine Absage an die Charta der PLO und ließ Hamas als politische Fraktion mit einer eigenen politischen Doktrin in Erscheinung treten. Kernpunkt ist die Überzeugung, daß Palästina islamisches *Waqf* ist: ein unveräußerliches, den Muslimen schon bei der islamischen Eroberung auf ewig gestiftetes Staatsland. „Seine Vernachlässigung oder die eines Teils von ihm ist nicht zulässig", heißt es in dem Dokument. „Es ist nicht Besitz eines Königs oder Präsidenten oder einer Organisation, gleichgültig ob palästinensisch oder arabisch." Da für Hamas der „Verzicht auf irgendeinen Teil Palästinas ein Verzicht auf einen Teil der Religion" bedeutet, lehnt die Bewegung Friedenskonferenzen kategorisch ab.

Die einzig mögliche Lösung des Konflikts besteht für Hamas im *Jihad*, den sie als individuelle Pflicht eines jeden Muslimen begreift. Letztlich geht es um den Kampf für die Errichtung eines islamischen Staates in ganz Palästina. Der PLO wird in der Charta die Übernahme säkularistischer Positionen zum Vorwurf gemacht: Erst wenn die Palästinensische Befreiungsbewegung den Islam zum Programm mache, könnten die Hamas-Mitglieder ihr folgen.

Den von den säkularen, nationalistischen Kräften in Gang gesetzten Prozeß in Richtung einer politischen Lösung vermochte Hamas nie wirklich zu blockieren. Die Deklaration eines palästinensischen Staates und die klare Forderung nach Verhandlungen, die im November 1988 im Palästinensischen Nationalrat beschlossen wurden, bedeuteten eine wichtige Initiative in diesem Prozeß, der im Gaza-Jericho-Abkommen münden sollte. Doch war dies keine gradlinige Entwicklung; mehr als einmal befand sich die PLO diplomatisch in der Sackgasse, und der Staat Palästina blieb weiterhin eine Fiktion. Die Intifada kostete noch viele Opfer und die ökonomische Situation verschlechterte sich drastisch. Hamas erhielt gerade in dieser Zeit, wie immer bei wachsender Frustration, starken Zulauf und aktivierte alle Energien, sich in den besetzten Gebieten als schlagkräftige Bewegung darzustellen. Eine Reihe von blutigen, größtenteil Hamas zugeschriebenen Attentaten auf israelische Zivilisten im Kernland veranlaßte die Besatzungskräfte hunderte von Aktivisten in Haft zu nehmen und zahlreiche Hamas-Führer zu deportieren. Im Sommer 1990 und auch im folgenden Jahr kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von Hamas und Fatah. Die Führung der Hamas machte hingegen im Frühjahr 1990 erstmals einen Vorstoß in Richtung Repräsentation im Palästinensischen Nationalrat. Sie forderten 40% der Sitze im „Exilparlament", was nach eigener Schätzung ihrem Einfluß in den besetzten Gebieten entspräche. Die ideologisch so kompromißlos formulierte Ablehnung einer säkularistischen PLO hatten die Strategen der Hamas damit zu überspringen gewagt. Die Bewegung wollte sich im Fall einer politischen Lösung des Konflikts einen Standort sichern, von dem aus sie dann weiterhin Einfluß üben könnte.

Das westliche Ausland registrierte dieses Signal und suchte Kontakt mit der Hamas. Anfang 1993 wurden zwei Treffen zwischen offiziellen Vertretern der US-amerikanischen Botschaft in Amman und Ibrahim Ghouscheh, einem Hamas-Vertreter in Jordanien bekannt. Auch von Hamas-Kontakten mit „Unterhändlern" Großbritaniens, Frankreichs, der Bundesrepublik und Italiens war zu erfahren.

Die Massendeportation von 415 Palästinensern, größtenteils Hamas-Mitglieder, im Dezember 1992 verhalf der Bewegung dann zu ungeahnter Popularität. Der israelischen Regierung gelang mit der Deportation die Entdämonisierung derjenigen, die sie so wirkungsvoll als fanatische Terroristen porträtiert hatte. Der Sprecher der Deportierten, Dr. Rantisi, landete geradezu einen public-relations-Coup, als

er der westlichen Welt über den Äther der internationalen Medien in perfektem Englisch frohe Weihnachten wünschte. Während der „Madrider Friedensgespräche“, die im Herbst 1991 begonnen hatten, bildete Hamas eine Oppositionsfront mit den die Verhandlungen ablehnenden Fraktionen. Die Ablehnung blieb bestehen, nachdem im September 1993 das in Oslo zwischen der israelischen Regierung und der PLO-Führung ausgehandelte Gaza-Jericho-Abkommen bekannt wurde. *„Gaza-Ariha: fadiha!“*, Gaza-Jericho: eine Schande! skandierten Hunderte von Hamas-Anhängern auf Demonstrationen im Gazastreifen und der Westbank. Die Oppositions-Allianz, zu der auch Hamas gehört, kündigte in Damaskus die Gründung einer Alternative zur PLO an. Doch ein wirkungsvolles Zusammenspiel der ideologisch so unterschiedlichen Fraktionen auf politisch-taktischer Grundlage erschien von anfang an aussichtslos.

Hinter den Kulissen bemühten sich einzelne Hamas-Vertreter längst um einen Kompromiß mit der PLO. Bald nach der Unterzeichnung des Abkommens stimmte die Bewegung einem Treffen mit PLO-Vertretern im Jemen zu. Arafat versuchte die ägyptische Muslimbruderschaft als Vermittler zwischen PLO und Hamas einzuschalten, und die Regierung Sudans bot sich ebenfalls für diese Rolle an: So ist Khartoum bis heute Verhandlungsort zwischen PLO und Hamas.

Am 11. Oktober 1993 ließ die israelische Regierung verlauten, Hamas habe eine Beteiligung an den Autonomieverhandlungen angeboten und als Voraussetzung dafür einen „Waffenstillstand“ zwischen ihr und dem israelischen Militär gefordert. Weitere Anschläge des militärischen Hamas-Flügels *„Kata'ib Izz al-Din al-Qassam“* deuteten jedoch nicht unbedingt auf einen solchen Waffenstillstand. Die Gewaltspirale ist offensichtlich nicht durchbrochen. Und vieles deutet darauf hin, daß die moderate Führung der Hamas die bewaffneten Kämpfer der Bewegung nicht mehr wirklich kontrollieren. Arafat hingegen taktiert - auch unter dem enormen Druck Israels und der USA, „mit den eigenen Gegnern fertig zu werden“, mit Zuckerbrot und Peitsche; er spricht immer wieder vom Versuch des Dialogs mit der Hamas-Führung und läßt mit Hilfe seines gigantisch ausgebauten Sicherheitsapparats hunderte Aktivisten der Bewegung verhaften. Darunter befinden sich auch immer wieder die Führer, die für ihre moderate Haltung bekannt sind, wie etwa Scheikh Sayid Abu Msameh, der einen Tag nach seiner Verhaftung im Mai dieses Jahres von dem von Arafat speziell eingerichteten Militärgerichtshof wegen „Aufruhrstiftung“ zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde. Im November 1994 hatte die innerpalästinensische Auseinandersetzung bereits etliche Menschenleben gekostet, als Sicherheitskräfte der Autonomie vor einer Moschee in Gaza auf (vermeintliche) Hamas-Anhänger das Feuer eröffneten und ein Blutbad anrichteten.

Es stellt sich die Frage, wie und wofür Hamas weiterhin kämpfen wird. Lange Zeit schien es, als sei eine gewisse „Ruhe“ eingekehrt, die auf eine Übereinkunft zwischen der palästinensischen Autorität und der Bewegung zumindest für den Zeitraum der Verhandlungen mit Israel über die zweite Phase des Autonomieabkommens hindeutete, bei der es um den Rückzug des israelischen Militärs aus den Städten der Westbank und um palästinensische Wahlen geht: Doch diese „Ruhe“ erwies sich als trügerisch, wie der Anschlag am 24. Juli in Tel Aviv zeigte. Bereits am 15. Mai hatte Hamas die Autorität in einem Flugblatt, das zugleich den antisemitischen Gehalt offenlegt, offen herausgefordert: „Die Fortsetzung des schmutzigen Spiels der Autorität hat alle Grenzen überschritten. Sie begeht weiterhin den Fehler anzunehmen, daß die Fähigkeit der Hamas zur Geduld und zur Absorbierung von Mißhandlung Schwäche und Unfähigkeit bedeuten. Die Autorität scheint vergessen zu haben, daß Hamas starker und aufrichtiger Arm alle Feinde unseres Volkes, wo auch immer sie sich befinden, erreichen kann wie auch jeden, der akzeptiert hat, ein Werkzeug in den Händen der Juden zu sein in der Konfrontation des Kampfes für Befreiung und Würde.“

Die maximalistische Ideologie von Hamas beinhaltet als Ziel die Errichtung eines islamischen Staates in Palästina. Entscheidender für die politische Entwicklung in Palästina ist allerdings, welche unmittelbaren strategischen Schritte Hamas unternimmt und ob sie sich damit einen steigenden Machtgewinn sichern kann. Uneinigkeit scheint in erster Linie darüber zu bestehen, ob sich die Bewegung lediglich an den Wahlen zu den Stadtverwaltungen und Berufsverbänden beteiligen soll, oder auch an den bedeutenderen und gerade erst wieder verschobenen Wahlen zur Selbstverwaltung.

Ein prominenter Vertreter der ersten Option, der Dozent und Ex-Deportierte Bassam Jarrar, erklärte das Dilemma bereits vor einigen Monaten in einem Interview mit folgenden Worten: „Eine Beteiligung an der Selbstverwaltung würde dem Friedensprozeß Legitimation verleihen. Die Islamisten wären dann in der Position, mit den Israelis auf der Basis der Übereinkunft von Oslo zu verhandeln. Sie müßten die Legitimation des Abkommens anerkennen, obwohl sie es ablehnen.“

Andere Mitglieder der Führungsriege der Hamas scheinen da anderer Ansicht zu sein. Sie befürchten bei einer Nichtteilnahme an den Wahlen zur Selbstverwaltung, politischen Einfluß zu verlieren. Seit dem Frühjahr lassen einzelne Hamas-Führer in der Presse verlauten, Hamas sei bereit, sich als „Islamische Partei“ zu konstituieren. Der Kampf gegen die Besatzung sei nicht allein durch den bewaffneten Widerstand sondern auch in Worten und in der Einigung des Volkes zu führen. Die arabische Tageszeitung „al-Hayat“ zitierte den früheren Hamas-Deportierten und Dozenten an der Islamischen Universität Gaza, Ismail Hanieh, mit den Worten: „Hamas wird sich an den gesetzgebenden Wahlen beteiligen, vorausgesetzt, diese finden als freie Wahlen statt.“ Sollte Hamas sich tatsächlich an den Wahlen zur palästinensischen Legislative beteiligen, werden die Forderungen der Bewegung, so deutet sich an, darin liegen, dem Islam im öffentlichen Leben mehr Raum zu geben. Die Besetzung von Schlüsselpositionen in den Bereichen Kultur, Bildung und Information ist denkbar. Ob Hamas die dann anstehende Etablierung als eine in die politische Verantwortung gezogene Oppositionspartei langfristig zum Sieg verhelfen oder gerade zum Verhängnis wird, muß sich herausstellen.

■ *Kirsten Maas, Berlin, arbeitet als freie Journalistin.*

Die Last der Rechtsgeschichte - Beschränkungen und Hoffnungen bei der Suche nach einer souveränen Rechtssprache

Raja Shehadeh

Die Konfrontation zwischen der israelischen und der palästinensischen Nationalbewegung hat im Laufe der Jahre viele Formen angenommen. Mit Beginn der Madrider Friedenskonferenz und den bilateralen palästinensisch-israelischen Verhandlungen ist ein neues Stadium erreicht, in dem sich der juristische Diskurs beider Seiten hinsichtlich der von Israel besetzten Gebiete - notwendigerweise unterscheidet. Im folgenden sollen beide Diskurse analysiert werden, wobei die Bodenfrage und die jüdischen Siedlungen im Mittelpunkt stehen.

Der palästinensische Diskurs

Einige Elemente des Diskurses seit der Akzeptanz der Verhandlungen mit Israel können bis zur Sitzung des Palästinensischen Nationalrates (PNC) in Algier am 15. November 1988 zurückverfolgt werden. Bei diesem Treffen wurde „die Notwendigkeit der Einberufung einer wirksamen internationalen Konferenz über den Mittleren Osten und über die Palästinafrage" anerkannt. Als Hauptziel wurde „die Annulierung aller Maßnahmen der Annexion und Aneignung, sowie die Auflösung der Siedlungen, die Israel in den palästinensischen und arabischen Gebieten seit 1967 errichtet hat," formuliert.[1]

Drei Jahre nach diesem Teffen nahm die PLO die Einladung zur internationalen Friedenskonferenz in Madrid an. In dem Einladungsschreiben wurde das Ziel der Konferenz folgendermaßen beschrieben: „Bezüglich der Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern ... werden die Verhandlungen in einzelnen Phasen geführt. Sie beginnen mit den Gesprächen über die Vereinbarungen der vorläufigen Selbstverwaltung. Diese Gespräche werden mit dem Ziel geführt, innerhalb eines Jahres ein Abkommen zu erzielen. Ist eine Abkommen erreicht, werden die Vereinbarungen über die vorläufige Selbstverwaltung für einen Zeitraum von fünf Jahren gelten. Mit Beginn des dritten Jahres werden die Verhandlungen über den endgültigen Status geführt. Diese Verhandlungen werden ebenso wie die Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten auf der Grundlage der Resolutionen 242 und 338 geführt."

Die von den Palästinensern bekundete Bereitschaft, den Konflikt mit Israel schrittweise zu lösen, ließ einige Fragen in den Vordergrund rücken, wie die nach der Bestimmung der Interimszeit und den Grundlagen der Selbstverwaltung. Sollten das die Anordnungen sein, die durch das israelische Militär im Laufe der israelischen Besetzung der palästinensichen Gebiete erlassen worden waren, oder würden zwischen beiden Seiten neue Abmachungen verhandelt werden? Als die Palästinenser den Verhandlungen über die Selbstverwaltung zustimmten, bekannten sie sich eindeutig nicht ausschließlich zu den Abmachungen, die in den Jahren vor den Verhandlungen einseitig von Israel aufgezwungenen worden waren.

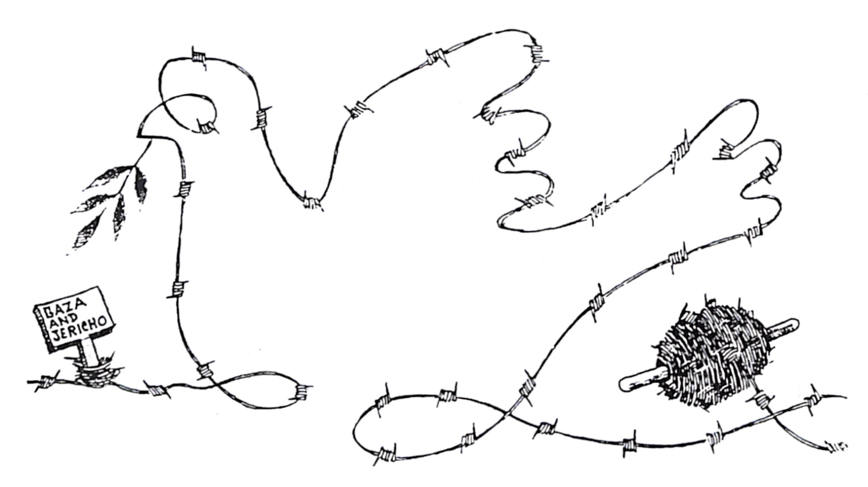
Für die palästinensische Seite galt als Grundbedingung, daß sie eine eigene Alternative einbrachten, um so andere Vereinbarungen über die Selbstverwaltung erreichen zu können als diejenigen nach den Vorstellungen Israels.

Ich nahm im ersten Jahr an den in Washington DC stattfindenden bilateralen Verhandlungen teil und werde mich in diesem Teil des Aufsatzes sowohl auf meine persönlichen Erfahrungen und Kenntnisse als auch auf die Dokumente, die beide Seiten erstellten, stützen. Ich werde zeigen, daß, trotz der Bemühungen der ursprünglichen Verhandlungsdelegation bei den Washingtoner Gesprächen, das Fehlen einer Rechtsstrategie charakteristisch war für die Position der palästinensischen Führung in den späteren Verhandlungen.

Zu Beginn muß hervorgehoben werden, daß während der ersten Verhandlungsphase die Mitglieder des palästinensischen Teams aus den besetzten Gebieten stammten und von der PLO ernannt worden waren; sie betonten mehr als einmal, daß sie im Interesse ihrer Führung, der PLO, handeln würden. Diese Position wurde jedoch von der israelischen Seite abgelehnt, weil sie gläubig an der Fiktion festhielt, nicht direkt mit der PLO zu verhandeln. Dies änderte indes nichts an der Tatsache, daß das palästinensische Team die Verhandlungslinie mit der Führung in Tunis abgestimmt hatte und sich an deren Direktiven gebunden fühlte.
Meine eigene Beteiligung an den Verhandlungen begann, als ich durch den Leiter des palästinensichen Teams, Dr.

Haydar Abd al-Shafi, um Rat gefragt wurde, wie man angesichts der bereits gemachten Vereinbarungen die Frage der israelischen Siedlungen in die Verhandlungen einbringen könne. Dabei wurde mir bewußt, daß die israelische Strategie auf der Formulierung eines bestimmten Verhandlungszieles für die Übergangszeit basierte. Solange beide Seiten nur von Verhandlungen über die vorläufige Selbstverwaltung der Palästinenser ausgingen, würde jeglicher Versuch, die israelischen Siedlungen einzubeziehen, von Israel mit dem Hinweis darauf abgetan, daß diese Angelegenheiten nicht Gegenstand der Verhandlungen seien. Es war klar, daß eine palästinensische Strategie, wenn sie erfolgreich sein sollte, diese Siedlungen in die Diskussion einbringen müßte. Ich glaubte deshalb, daß die palästinensische Seite vor allem auf der Erörterung grundlegender Probleme - wie Land, Wasser und Verwaltung der Siedlungen - beharren sollte, da dies die ersten Schritte jeglicher Autonomieverhandlungen sein müßten. Die Antwort auf die zu erwartende israelische Ablehnung wäre gewesen, daß Verhandlungen über die Selbstverwaltung ohne vorherige Prüfung der derzeitig bestehenden Vereinbarungen unmöglich seien.

Einer der vorgeschlagenen vorbereitenden Maßnahmen war zum Beispiel der Zugang zu Informationen. Es wurde diskutiert, daß die palästinensische Seite schlechterdings über neue Vereinbarungen zur Selbstverwaltung verhandeln könne, ohne Kenntnis des Bevölkerungsregisters, des Verwaltungsbugdets oder der Lage und Größe von Land, das als Staatsland eingetragen und ausschließlich in israelischem Besitz ist. Weitere Vorschläge betrafen die nochmalige Prüfung der bestehenden Vereinbarungen, inklusive der speziellen außerterritorialen Gesetzgebung. Die israelischen Siedlungen wurden auf der Grundlage israelischer Gesetze verwaltet, die auch in den besetzten Gebieten Anwendung fanden. Da diese Gebiete nun der Selbstverwaltung unterliegen, würden die Palästinenser das Recht in Anspruch nehmen, diese außerterritoriale Gesetzgebung zu überprüfen, um sie abzuschaffen. Sie hätten ebenfalls einen Rechtsanspruch darauf, daß Israel für die Gebiete, die Gegenstand der Verhandlungen sind, keine neuen Gesetze mehr erläßt.



Quelle: Middle East International

Des weiteren wurde vorgeschlagen, daß der Militärkommandeur der besetzten Gebiete keine Befehle mehr erläßt. Sonst könnte alles, was verhandelt wurde, durch einseitige Gesetzesänderungen seitens Israel annulliert oder abgeändert werden. Außerdem wurde darum ersucht, die mit der Landregistrierung von 1968 zusammenhängenden Befehle rückgängig zu machen, um die Landregistrierung wiederaufnehmen und den Disput über den Landstatus in den besetzten Gebieten durch ein neutrales Gericht beilegen zu können. In einem solchen Falle könnte auch das Landgesetz, das die Regierung zur Realisierung der Landregistrierung benötigt, wieder angewendet werden. Dann könnten auch die einseitigen Maßnahmen Israels, große Gebiete palästinensischen Landes als öffentliches Land zu deklarieren, auf denen die jüdischen Siedlungen gebaut werden, untersucht werden. Die Grundlage der Landkonfiszierung für den Siedlungsbau könnte dann überprüft werden.

Dies waren einige der gemachten Vorschläge. Offensichtlich handelt es sich hier um einen juristischen Ansatz. Es war beabsichtigt, das Thema der jüdischen Siedlungen indirekt in die Verhandlungen einzubeziehen, als deren Gegenstand die palästinensische Selbstverwaltung erklärt worden war

Die palästinensische Delegation hatte nur einen Juristen unter ihren Mitgliedern, der sich aber mehr mit der Politik als mit der Juristerei beschäftigte.[2] Keines der anderen Mitglieder war in die juristischen Auseinandersetzungen gegen die Okkupation involviert gewesen. Obwohl im Team, das die Delegation unterstützte, mehrere Juristen vertreten waren, konnten sie nicht den Verhandlungsraum betreten, da Israel darauf bestand, daß Palästinenser, die nicht aus den besetzten Gebieten stammten oder einen Jerusalemer Ausweis hatten, an den Verhandlungen nicht teilnehmen dürften. Daran hielt Israel bis zur letzten Runde der Washingtoner Gespräche fest. Die israelische Delegation wurde jedoch von einem Juristen geleitet; zudem befand sich in ihr eine Reihe von Delegierten, die auf eine langjährige Erfahrung in der Zivilverwaltung der besetzten Gebiete zurückblicken konnten. Das Team umfaßte zum Beispiel den ehemaligen Rechtsberater der israelischen Zivilverwaltung der West Bank.

Die palästinensische Delegation diskutierte lange über diese Fragen, um eine Verhandlungsstrategie zu entwickeln. Gleichzeitig wurden Beratungen mit der Führung in Tunis abgehalten. Die Strategie vom 3. März 1992 trug den Titel: 'Ein erweiterter Grundriß. Übereinkunft der vorläufigen palästinensischen Selbstverwaltung: Konzepte, einführende Maßnahmen und Wahlmodalitäten.'[3]

Nach Artikel 2 des zweiten Teils „Vorbereitung der Interimsphase" wurde die „Vorbereitungsphase" definiert als „die Periode zwischen dem Beginn des Friedensprozesses am 29. Oktober 1991 und den Wahlen der PISGA (Palestine Interim Self-Government Authority) und ihrer anschließenden, nicht später als am 29. Oktober 1992 stattfindenden Amtseinführung". Während dieser Phase werden diese „vorbereitenden Maßnahmen" durchgeführt.

Artikel 4 enthielt weitere Details: „Während der Okkupation palästinensischen Gebiets sind die israelische Militärverwaltung und die israelische Regierung besonders seit 1967 zunehmend von den Prinzipien des Haager Abkommens von 1907, der Vierten Genfer Konvention von 1949, den Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates und anderen internationalen Konventionen und Normen abgewichen."

Um diese Übertretungen zu korrigieren wurde vorgeschlagen:

„6. Diskriminierende und außerterritoriale Gesetzgebung muß rückgängig gemacht werden, und der Erlaß neuer Militärbefehle, in Form einer primären oder sekundären Gesetzgebung, muß unterlassen werden.

8. Die israelischen Behörden sollten unverzüglich folgende Maßnahmen bezüglich natürlicher Ressourcen und Land erfüllen: (...) Rücknahme des Militärbefehls 291, mit dem die Landregistrierung beendet wurde, und somit erlauben, daß die Landregistrierung gemäß dem Gesetz fortgesetzt wird."

Die *raison d'être* wurde so erklärt: „7. Die Offenlegung der rechtlichen Basis dieses diskriminierenden Systems in den besetzten palästinensischen Gebieten ist für einen erfolgreichen Übergang in die Interimsphase und für einen grundlegenden Erfolg des Friedensprozesses insgesamt notwendig."

Mit dem Fortschreiten der Verhandlungen fanden hoffnungsvolle Entwicklungen statt, in denen mehr und mehr Mitglieder der Verhandlungsdelegation und der palästinensischen Führung in Tunis anerkannten, daß auf den Vorbedingungen zu bestehen sei. Das Team verfolgte weiterhin eine klare Rechtsstrategie. Ich betrachtete es als oberstes Ziel, die israelische Strategie - bei den Verhandlungen von den einseitig von Israel während der Besatzungszeit auferlegten Vereinbarungen auszugehen - nicht zu akzeptieren.

Ich selbst nahm an den Verhandlungen als juristischer Berater bis September 1992 teil. Ein ganzes Jahr lang hatten wir die Führung in Tunis davon zu überzeugen versucht, daß eine Überprüfung einiger der für die Palästinenser nachteiligen Militärbefehle in die Verhandlungen einfließen mußten; am 13. September jedoch erreichten uns aus Tunis Instruktionen, daß eine solche Überprüfung bedeutungslos sei, würden dadurch die Militärbefehle doch nur anerkannt und legitimiert. Ich akzeptierte die Zweifel der Führung und nahm an, daß sie es vielleicht als gefährlich ansah, wenn die Interimsvereinbarungen auf den gültigen Militätbefehlen gründen würden, und eine andere, noch geheime Strategie verfolgen wollte. Ich beriet aber die Delegation in Washington nicht mehr.[4]

Am 13. September 1993 unterzeichnete die PLO die „Declaration of Principles" (DoP). Ihr folgte am 4. Mai 1994 das Abkommen über den Gazastreifen und das Jerichogebiet. Dieser israelische Erfolg, die PLO zur Anerkennung des Besatzungsrechts gebracht zu haben, kommt in den späteren Abkommen noch klarer zum Ausdruck. Artikel VII,9 erklärt, daß „... Gesetze und Militärbefehle, die im Gazastreifen und im Jerichogebiet vor der Unterzeichnung in Kraft waren, weiterhin in Kraft bleiben, bis sie in Übereinstimmung mit diesem Abkommen geändert oder aufgehoben werden."[5]

Die palästinensische Führung gab sich mit allgemeinen Bestimmungen zufrieden

Die Sicherheiten, mit denen die palästinensische Führung zufrieden schien, waren allgemeine Bestimmungen, die in fast allen Abkommen erschienen: „Das Ergebnis der Verhandlungen über den endgültigen Status soll weder vorweggenommen noch vorher festgelegt werden durch Abkommen über die Interimsphase." (DoP, Artikel V [4]).[6] Andere legten fest, daß „... die Westbank und der Gazastreifen von beiden Seiten als eine territoriale Einheit betrachtet werden" (DoP, Artikel IV)[7], oder daß „... der endgültige Status zur Realisierung der Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates führen wird" (DoP, Artikel 1).[8]

Als die PLO-Führung die Befehlsgewalt im Gazastreifen und im Jerichogebiet übernahm, versuchte sie, alle vorherigen juristischen Unterlassungen durch einen formalen Rechtsak zu korrigieren. Überprüft man das erste Dekret, wird die Einstellung der Führung zu rechtlichen Angelegenheiten deutlich. Yasir Arafat erklärte, daß „die Gesetze, Vorschriften und Anordnungen, die vor dem 5. Juni 1967 in der Westbank und im Gazastreifen in Kraft waren, bis zur Vereinigung in Kraft bleiben werden". Die Presse interpretierte dies dahingehend, daß er auf diese Weise stillschweigend die Militärbefehle aufhob.[9]

Unübersehbar ist die Nachlässigkeit einer solchen Rechtsentscheidung mit allen ihren möglicherweise weitreichenden Konsequenzen. Das Dekret erwähnt nicht die rechtlichen Veränderungen, die nach dem 5. Juni 1967 gemacht wurden, und läßt somit eine Interpretation zu, diese würden nicht als Teil des Gesetzes anerkannt und wären daher ungültig. Es wurde noch nicht einmal versucht, dieses Dekret mit Artikel VII,9 des Gaza-Jericho Abkommens in Einklang zu bringen. In diesem Artikel werden die Gesetze und Militärbefehle, die zur Zeit der Unterzeichnung des Abkommens in Kraft waren und noch immer sind, explizit bestätigt. Die Führung zog weder die Aussichten in Betracht, solch eine drakonische Maßnahme anzuwenden, noch die Konsequenzen, die diese für das Leben der Menschen in den Autonomiegebieten nach sich gezogen hätten

.

Mit dem Dekret wurde wohl beabsichtigt, die Kritiker des Gaza-Jericho Abkommens zu beschwichtigen und die Moral der Palästinenser zu heben. Die Leute, so glaubten die Politiker, wollten sicher sein, daß das Abkommen einen Schlußstrich unter das Besatzungsrecht zieht, unter dem sie nahezu 30 Jahre gelitten hatten. Die fahrlässige Instrumentalisierung eines später sowieso dem Vergessen anheimfallenden Rechtsdekrets für politische Zwecke ist sehr aufschlußreich hinsichtlich der Einstellung der Führung zu Rechtsfragen.

Trotz dieser ersten Deklaration der palästinensischen Autonomiebehörde ist das im Gazastreifen weiterhin angewandte Gesetz Ausdruck des durch die israelischen Besatzer verhängten dualen Rechtssys-

tems: Ein Gesetz gilt für die Palästinenser im Gazastreifen, ein anderes für die dort lebenden israelischen Siedler. Wahrscheinlich ist es selbst der palästinensischen Führung schlicht und ergreifend unklar, ob sie die Entscheidung des Palestinian National Council (PNA) von 1988, „... alle Maßnahmen der Annexion und Aneignung zu annulieren sowie die israelischen Siedlungen zu beseitigen", in die Tat umsetzt oder dies für die Zukunft plant.

Für einen Rechtsdiskurs ist es bedeutsam, daß er von der Realität der Menschen ausgeht, für die er zu sprechen vorgibt. Der Versuch der palästinensischen Delegation während der Washingtoner Gespräche, einen solchen Diskurs zu entwickeln, war ein einmaliges Ereignis in der Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung, obwohl sich schon zuvor einzelne palästinensische Rechtsexperten und NGO Menschenrechtsorganisationen darum bemüht hatten.

Die palästinensiche Führung war, wie sich herausstellte, unfähig, die in einer solchen Strategie liegenden Möglichkeiten zu verstehen. Offensichtlich sah sie auch nicht die Notwendigkeit, eine alternative Rechtsstrategie zu formulieren. Der Mißerfolg beschränkte sich indes nicht nur auf die Verhandlungen. Angesichts der zur Zeit der Geheimverhandlungen in Oslo existierenden Kräfteverhältnisse konnte die Führung keine eigene Strategie entwickeln. Als die Vereinbarungen unterzeichnet wurden, gab es keinerlei Hinweis darauf, wie die Führung die Kluft zu überbrücken gedachte, die zwischen der von den Palästinensern in den besetzten Gebieten erfahrenen Realität und dem proklamierten Ziel der Errichtung eines unabhängigen palätinensischen Staates bestand.

Parolen sind weit davon entfernt, eine souveräne Rechtssprache zu bilden

Der Diskurs bewegte sich auf der Ebene von Gemeinplätzen, Abstraktionen und Parolen; gleichzeitig wurde von den Leuten erwartet, daß sie der Führung weiterhin blindes Vertrauen entgegenbringen. Trotz der restriktiven Vereinbarungen und trotz der Bestätigung der Besatzungsgesetze, denen die Palästinenser unter großen Opfern Widerstand geleistet hatten, sollten sie glauben, die Führung bringe sie schon sicher zu dem Ziel, für das sie gekämpft hatten. Parolen sind weit davon entfernt, eine souveräne Rechtssprache zu bilden, die das palästinensiche Volk so dringend braucht.

Im Laufe der Verhandlungen legte die palästinensiche Führung immer wieder den Schwerpunkt auf die UN-Resolution 242, die in fast allen bisher getroffenen Vereinbarungen auftaucht. Sie wurde als absolut und eindeutig interpretierbar betrachtet - nämlich aus palästinensischer Sicht. Diese Einstellung zu einer UN-Resolution, die sich durch eine bewußte Vieldeutigkeit auszeichnet, ist ebenso bezeichnend für die Denkart der Führung, wenn es um Rechtsangelegenheiten geht, wie ihr gescheiterter Versuch, eine Position rechtlich zu untermauern und Sicherheiten in das Abkommen zu integrieren, die ihre Interpretation der Resolution nachvollziehbar machen. Für diese Denkart sind Abstraktheit und eine Suche nach Absolutheit charakteristisch. Sie verhindert, daß eine gewandelte Rechtsrealität in Betracht gezogen wird, daß eine Modifikation des Verhandlungsgegenstand die juristische Position der Gegenseite erkannt wird; dadurch geht die Fähigkeit abhanden, eine adäquate Anwort darauf zu finden. Fast immer steht das juristische Denken des palästinensichen Establishments in direktem Kontrast zu dem des israelischen, der Gemeinplätze vermeidet, sich durch seine deduktive sowie positivistische Art auszeichnet und starken Wert auf Details legt.

Der israelische Diskurs

Als die israelische Armee 1967 die palästinensischen Gebiete besetzte, war auf den ersten Blick die juristische Grundlage eher schwach. Sie waren Besatzer: So wurde es weltweit gesehen. Dieser Status wurde selbst vom Kommandanten der Westbank anerkannt, der in der Militärdeklaration drei anerkannte, daß die Vierte Genfer Konvention anwendbar sei. Nur wenig später taten sich israelische Akademiker mit seltsamen Formulierungen und Unterscheidungen hervor, die dann Eingang in offizielle Kreise fanden. Einer dieser Gelehrten war Yehuda Blum, der später israelischer Botschafter bei den VN wurde.[10] Seine Schlußfolgerung über den Status der besetzten Westbank war folgende: „Immer wenn es aus dem einen oder anderen Grund zu keiner Übereinstimmung zwischen einem 'legitimen Souverän' und einem 'kriegerischen Besatzer' eines Gebietes kommt, ist nur der Teil des Besatzungsrechtes anzuwenden, der den Schutz der humanitären Rechte der Bevölkerung vorsieht. Umgekehrt finden, wie bereits gezeigt, die Regeln zum Schutz der rechtliche Anwartschaft des legitimen Souveräns keine Anwendung, wenn ein solcher Souverän nicht existiert. Die rechtliche Stellung Israels in den Gebieten ist die eines Staates, der gesetzesmäßig die Kontrolle über ein Gebiet ausübt unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Anspruch anderer Staaten darauf geringer ist. Oder wenn man die Kategorien der 'kriegerischen Besetzung' bevorzugt, ist die Stellung Israels in den umstrittenen Gebieten die eines kriegerischen Besatzers. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Jordanien KEINEN Anspruch auf die rechtliche Anwartschaft eines Souveräns besitzt."

Die „Annexion ohne Annexion" vollzog sich, ohne daß Israel den fundamentalen Bruch des Völkerrechtes eingesteht oder gar unter den Konsequenzen eines solchen Rechtsbruchs zu leiden hätte.

Yehuda Blum kam, kurz gesagt, im Rahmen eines bloßen Zeitschriftenartikels tatsächlich zu dem Schluß, daß eine Besatzung nach internationalem Recht manchmal legitim ist und daß das durch die israelische Armee besetzte Gebiet zur allgemeinen Verfügung steht. Würde die israelische Regierung alle anderen „nicht-humanitären" Vorgaben internationaler Konventionen zum Schutz der Bewohner besetzter Gebiete (was immer diese undefinierten Vorgaben auch sein mögen) verletzen, würde es sich folglich um keine Verletzung internationalen Rechtes handeln. Und wenn Israel sein eigenes Volk auf dem besetzten Land ansiedelt, wird dieses Land niemandem genommen, kann sich daran doch jeder bedienen.



Gazastreifen 1987: israelische Siedlung — *N. Mattes*

Es muß an dieser Stelle angemerkt werden, daß Israel mit Ausnahme Ostjerusalems samt Umgegend die besetzten Gebiete nicht formal annektierte. Gleichzeitig aber ging es mit ihnen um, als wäre es de facto israelisches Territorium. Ein derartiges Verhältnis zum Gesetz unterscheidet das israelische vom palästinensischen Rechtsverständnis. Anstatt sich mit Abstraktionen aufzuhalten und damit die annexionistischen Positionen zu verteidigen, befaßte sich Israel direkt mit den Gebieten, trieb physische und rechtliche Veränderungen voran, als wäre das Gebiet wirklich annektiert. Daraus resultierte eine vollständige Annexion eines Großteils des 1967 besetzten Landes eine vollkommene Annexion, wenngleich dies nicht s genannt wird. In diesen Gebieten leben Israelis, zu deren Gunsten israelisches Recht angewandt wird, für die israelische Gerichte zuständig sind und die in vielen israelischen Gesetzen als Bürger betrachtet werden, die innerhalb Israels leben. Diese „Annexion ohne Annexion" vollzog sich, ohne daß Israel den fundamentalen Bruch des Völkerrechtes eingesteht oder gar unter den Konsequenzen eines solchen Rechtsbruchs zu leiden hätte.

An dieser Stelle sollen jetzt nicht die legalistischen Manöver der israelischen Besatzer bei der Akquirierung palästinensischen Landes in den besetzten Gebieten beschrieben werden. Eine kurze Auflistung der Positionen, auf die diese Entwicklung basierte, dürfte jedoch hilfreich sein, das Rechtsverständnis Israels und dessen einer Kolonisation nahekommende Vorgehensweise bloßzulegen.

Es scheint so, als sollte die Einhaltung aller Formalitäten die Verstöße gegen das jordanische Recht und das Völkerrecht als legale, saubere und korrekte Rechtspraxis erscheinen lassen.

Erstens wurde keine Zeit mit der Argumentation verloren, die Landaneignung sei gemäß israelischem Recht erfolgt. Nach Meinung des israelischen Obersten Gerichtshofes war in der Westbank jordanisches Recht anzuwenden, weshalb das ganze Verfahren auf der Grundlage dieser Gesetzgebung rechtfertigt werden mußte. Als die Siedler im Elon Moreh-Fall nicht anerkennen wollten, daß ihre Ansiedlung im Rahmen militärischer Sicherheitsmaßnahmen erfolgte, und sie stattdessen auf ihrem Recht beharrten, das Land allein aus ideologischen und religiösen Gründen zu besiedeln, wies das Gericht diese Argumentation zurück.

Zweitens wurde bei der Anwendung jordanischer Gesetze weder die Auslegung durch die jordanische Rechtssprechung zugrundegelegt, noch wurde auf jordanische Präzedenzfälle zurückgegriffen oder die jordanische Rechtspraxis berücksichtigt. Vielmehr beriefen sich israelische Gerichte auf die vom militärischen Gebietskommandeur erlassenen juristischen Modifikationen, ohne dabei deren Rechtmäßigkeit zu überprüfen. So verlangt das jordanische Recht von der Verwaltung die Registrierung des Landes, eine Vorgabe, die der israelische Kommandeur durch Militärbefehl einfach aufhob. Außerdem änderte er die Gesetze so, daß er unregistriertes Land per Bekanntmachung als öffentliches Land deklarieren lassen konnte. Wer Ansprüche auf das Land anmelden wollte, mußte sich an ein Miltiärtribunal wenden. In der Praxis war nur in Ausnahmefällen der Beweis möglich, daß eine solche Deklarierung durch die Militärbehörden nicht Rechtens war.

Viel wurde geschrieben, um diese besondere Form von Landraub zu verteidigen. Dabei wurde argumentiert, daß diese Praxis mit jordanischem Recht sowie mit dem Völkerrecht übereinstimme und, was am stärksten schockiert, daß die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit eingehalten worden seien, könne doch Berufung eingelegt werden.[11] Wirklich bemerkenswert an dieser Praxis ist die Sorgfalt. Auch wenn die Regierung anders hätte vorgehen können, legte sie doch immer großen Wert auf eine Erklärung, die dem Bürgermeister des betreffenden Dorfes ausgehändigt wurde; und im Falle einer Berufung wurde diese immer sorgfältig zur Kenntnis genommen. Es scheint so, als sollte die Einhaltung aller Formalitäten die Verstöße gegen das jordanische Recht und das Völkerrecht als legale, saubere und korrekte Rechtspraxis erscheinen lassen.

Es ist auch interessant zu beobachten, wie das israelische Rechtsverständnis funktioniert. Im Obersten Gericht Israels vertrat Richter Landau während des Elon Moreh-Falles die Ansicht, das Recht des jüdischen Volkes, in der Westbank zu siedeln, basiere auf der zionistischen Doktrin.[12] Andere gehen noch weiter und bestehen darauf, daß die Juden im ganzen „Land Israel" das Recht auf Ansiedlung hätten. Unter Maßgabe dieses Prinzips ist tatsächlich alles zu verstehen. Dies funktioniert in etwa so: Zwischen der Zeit, zu der Juden das Land bevölkerten, und der Gegen-

wart kamen Nichtjuden und nahmen die Westbank in Besitz. Die Rechte dieser Menschen auf das Land werden solange anerkannt, wie diese es wirklich besitzen. Wenn sie es einmal aus irgendeinem Grund verlassen, wie z.B. bei Ausbruch eines Krieges, verlieren sie das Recht auf ihr Land, das dann an seine ursprünglichen Besitzer, die Juden, zurückgegeben wird. Daher kommt der Begriff „aufgegebenes Land", der das rechtliche Besitzverhältnis hinsichtlich des während des Krieges von 1967 verlorenen Grundbesitzes beschreibt.[13] Vom Militär als öffentlich deklariertes Land wird jüdischen Siedlern zugesprochen. Um den jüdischen Anspruch auf dieses als öffentlich deklarierte Land zu widerlegen, muß der Nichtjude vor dem israelischen Militärtribunal den Beweis erbringen, daß der Boden während einer Zeitspanne von mindestens zehn Jahren bis in die Gegenwart kontinuierlich genutzt worden ist; ansonsten wird dem Nichtjuden dieses Land abgesprochen und jüdischen Siedlern zur Verfügung gestellt.[14]

Durch die Anwendung solcher Methoden konnte sich die Besatzungsmacht große Teile palästinensischen Landes aneignen und auf der Basis israelischer Gesetze besiedeln. Schon seit Beginn der Verhandlungen mit den Palästinensern unterbreitete die israelische Seite Vorschläge, die auf eine Sicherung der während der Besatzungszeit erreichten Vorteile hinausliefen; gleichfalls schlug Israel vor, die Abmachungen über juristische und verwaltungstechnische Angelegenheiten aufrechtzuerhalten, aufgrund derer die jüdische Gemeinde in den besetzten Gebieten von den dort lebenden Palästinensern physisch und funktional getrennt wird. Diese Vorschläge änderten kaum etwas am Verlauf der Verhandlungen. So beinhalten die „Ideen für ein friedliches Zusammenleben in den Gebieten während der Interimsphase", die der palästinensischen Delegation am 20. Februar 1992 vorgelegt wurden, eine Passage (Provision B.5.c.), die besagt, daß „die Gesetze und Befehle, die in Judäa, Samaria und dem Gaza-Streifen in Kraft sind, sowie alle sich daraus ergebenden Vollmachten in Kraft bleiben." In der „Informellen Sammlung israelischer Ideen bezüglich eines Konzepts über die Vereinbarungen zur vorläufigen Selbstverwaltung", die am 10. Dezember 1992 vorgelegt wurde, heißt es, daß „während der Interimsphase die geltenden Gesetze in den Territorien in Kraft bleiben und Gegenstand von Modifikationen sein werden, denen nach einer Überprüfung durch eine gemischten juristischen Arbeitsgruppe beidseitig zugestimmt werden muß." Alle israelisch-palästinensischen Abkommen - die DoP, das Gaza-Jericho-Abkommen und das „Agreement on Preparatory Transfer of Powers and Responsibilities" - bestätigen die ursprünglichen von Israel eingenommene Verhandlungsstrategie seit dem Beginn des Friedensprozesses.

Eines dieser Prinzipien betrifft die Landfrage und kam in einem Vorschlag zum Ausdruck, den die israelische Verhandlungsdelegation in Washington am 14. September 1992 unterbreitete: „Die allgemeine geographisch- territoriale Frage sollte Teil der ständigen Status-Verhandlungen sein. Das Konzept der Gerichtshoheit während der vorläufigen Selbstverwaltung sollte sich an Macht und Verantwortlichkeit orientieren. Das bedeutet, daß sich vom israelischen Standpunkt aus die jüdischen Siedlungen nicht Gegenstand der Verhandlungen sind, da ansonsten vor allem Macht und Verantwortlichkeit über Menschen und nicht die über Land verhandelt würden.

Da zur israelischen Delegation Architekten, Verteidiger sowie juristische und verwaltungstechnische Praktiker gehörten, die in den besetzten Gebieten aktiv gewesen waren, und da weder der Delegationsleiter noch eine nennenswerte Anzahl anderer Delegationsmitglieder während der Verhandlungen ausgetauscht wurden, konnte die israelische Delegation durchgängig ihre Strategie beibehalten. Erwähnt werden sollte an dieser Stelle auch, daß diese Strategie nach der Ablösung der rechtsgerichteten Likud-Regierung durch die Arbeiterpartei unter Führung Yitzhak Rabins nicht wesentlich verändert und auch der Delegationsleiter nicht ausgetauscht wurde.

Nachdem die israelische Regierung durch die Abkommen mit der PLO die Ziele, die während der Besatzungszeit aufgestellt worden waren, erreicht hatte, entwickelte sie ihren juristischen Diskurs weiter, indem sie weitere Militärbefehle und Bekanntmachungen für die palästinensischen Gebiete (die ja Gegenstand der Verhandlungen waren) und gleichzeitig Gesetze zur Implementierung der Abkommen erließ.

Der erste derartige Rechtsakt war die Bekanntmachung Nr. 4, die dreizehn Tage nach Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens erfolgte[15] sowie die israelische Zivilverwaltung im Gazastreifen auflöste und deren Zuständigkeiten an die palästinensische Verwaltung übertrug. So wurde deutlich, daß diese Zuständigkeiten bei der israelischen Militärverwaltung gelegen hatten. Gleichzeitig wurde die Militärherrschaft aufrechterhalten. Dies entsprach der ursprünglichen israelischen Vorstellung über die Funktion der Verhandlungen, wie sie in den oben erwähnten „Ideen für ein friedliches Zusammenleben" zum Ausdruck kam. Dort heißt es, daß „die bestehenden Verbindungen zwischen Judäa, Samaria, Gazastreifen und Israel beibehalten werden." Dabei wurde auch klargemacht, daß alle Vollmachten und Kompetenzen, der palästinensischen Behörden „an die dafür vorgesehenen Verwaltungsorgane delegiert" werden würden."[16] Hinsichtlich der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten wurden im August und September 1994 einige Militärbefehle erlassen; sie änderten die Befehle 783 und 892, die die regionalen und lokalen jüdischen Siedlerräte in der Westbank betrafen, deren Zuständigkeiten erweiterten und deren administrative Trennung von der palästinensichen Lokalregierung verfügten.

Am 25. Juli 1994 brachte die Regierung in der Knesset eine „Gesetzesvorlage zur Umsetzung des Abkommens über den Gazastreifen und das Jerichogebiet (Gesetzesnovelle) 1994" ein. In vielen der darin enthaltenen Artikel wird zwischen den „Gaza- und Jericho-Gebieten" und den Gegenden unterschieden, die als „Judäa, Samaria und Gaza-Streifen, mit Ausnahme der Gebiete Gaza und Jericho" bezeichnet werden. Während sich einige Verfügungen auf beide Gebiete beziehen, gelten die meisten nur für die Gebiete Gaza und Jericho. Für beide Gebiete gilt der Vorschlag, die Vollmachten eines Polizeioffiziers durch eine Novellierung des Einreisegesetzes nach Israel dahingehend zu verändern, daß er Besucher, die

sich ohne gültige Aufenthaltserlaubnis auf palästinensischem Gebiet befinden, ausweisen kann (Artikel 5 des vorgelegten Gesetzesentwurfs). Artikel 55, der den Transport und den Besitz landwirtschaftlicher Produkte verbietet, besitzt hingegen nur für Gaza und Jericho Gültigkeit, nicht aber für die Westbank. Insgesamt sollen durch den Gesetzesentwurf fünfzehn israelische Gesetze verändert werden. In den Anmerkungen zu Kapitel B des Gesetzesentwurfs wird darauf hingewiesen, daß einige der in dem Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Änderungen von Notfallregularien bis zum 3. Mai 1999 gültig seien, dem Datum des Ablaufs der Interimsphase. Anscheinend geht Israel nicht davon aus, daß das Interim-Abkommen, das der DoP zufolge noch verhandelt und unterzeichnet werden muß, überhaupt zustande kommt, oder glaubt, daß, wenn dem doch so wäre, sich dieses Abkommen kaum vom Gaza-Jericho-Abkommen vom 4. Mai 1994 unterscheiden wird.

Was Israel erreichte, ist nicht weniger als der Sieg und die Dominanz des eigenen juristischen Diskurses.

Wie bereits dargelegt wurde, taucht in allen drei wichtigen Abkommen zwischen Israel und der PLO ein Artikel auf, der die Integrität des Gazastreifens und der Westbank aufrechterhält. Diese sollen „als eine territoriale Einheit" betrachtet werden. Auch wenn der israelische Gesetzesvorschlag wie eine Verletzung dieses Prinzips erscheint, gab es dagegen keinen Einspruch von palästinensischer Seite; es wurde auch nicht darauf hinzuweisen versucht, daß Israel durch die Verabschiedung dieses Gesetzes gegen das Abkommens verstoßen würde.

Was Israel erreichte, ist nicht weniger als der Sieg und die Dominanz des eigenen juristischen Diskurses. Die palästinensische Seite entwickelte keinen Diskurs und konnte auch keinen Diskurs geltend machen, der den Hoffnungen des eigenen Volkes entsprach. Die Palästinenser konnten keine Position entwickeln, die Aufschluß darüber gibt, wie sie unter den gegebenen Umständen die in fünf Jahren angestrebte Situation erreichen wollen. Der israelische Diskurs bestimmte und bestimmt weiterhin das Schicksal der Palästinenser in den besetzten Gebieten. Wenn eine symbolische Sprache Attribut eines Gesetzes ist, so wurde bisher während des langen und schmerzhaften Verhandlungsverlaufs keine Sprache des Friedens und der Versöhnung gefunden. Dafür brachte der bisherige Verlauf eine Wiederherstellung der alten Verhältnisse. Die stärkere Seite, Israel, diktierte der anderen Seite ihre Bedingungen. Das israelische Militär übertrug den palästinensischen Behörden die juristischen Werkzeuge, die zur Erreichung der allgemeinen Ziele der Besatzung geschaffen worden waren. Diese beinhalten die tatsächliche Annexion großer Teile der besetzten Gebiete und all die Einschränkungen des zivilen Lebens der Palästinenser. Dadurch wird sichergestellt, daß sich nichts in irgendeiner Weise entwickeln kann, was Israel mißfällt oder seiner langfristigen Politik zuwiderläuft.

■ *Raja Shehadeh ist Rechtsanwalt in der Westbank und Mitbegründer der palästinensichen Menschenrechtsorganisation „Al-Haqq".*

Die sehr viel ängere Originalfassung des Artikels erscheint in: Cotran, Eugene/-Mallat, Chibli (eds.): The Arab-Israeli Agreements: Legal Perspectives. CIMEL (Centre of Islamic and Middle Eastern Law), Series at Kluwer Law International, The Hague, London, Oktober 1995.

Anmerkungen:

1) Für den Text des Kommuniques siehe Journal of Palestine Studies, Vol. 18, Nr. 2, Winter 1989, 215-223.
2) Dies war Frieh Abu Meddien. Anis al-Qasem, ein Experte für Internationales Recht war Mitglied des Beratungskomitees, dem auch Palästinenservon außerhalb der besetzten Gebiete angehörten, das aber von Israel nicht als Teil der Delegation akzeptiert wurde. Ich selbst war niemals Mitglied der Delegation. Als deren Rechtsberater wurde mir, da mein Wohnort Jerusalem ist, jede Form der Teilnahme an den Verhandlungen und selbst an den Arbeitsgruppen von Israel verweigert.
3) Vollständiger Text in: The Journal of Palestinian Studies, Vol. 21, Nr. 3, Frühling 1992, 135-141.
4) Nur im April 1993 wurde ich um Beratung beim Wasser- und Landproblem gebeten, für das sich ein eigenes Komitee konstituierte.
5) Ich habe das Gaza-Jericho Abkommen analysiert in: „Questions of Jurisdiction: A legal analysis of the Gaza-Jericho Agreement", The Journal of Palestine Studies, Vol. 23, Nr. 4, Sommer 1994, 18-25
6) Artikel 23.5 des Gaza-Jericho Abkommens und gleichlautend Artikel 13.3 des Abkommens über die vorbereitende Übertragung von Machtbefugnissen und Verantwortlichkeiten (Transfer Abkommen): „Nichts in diesem Abkommen soll das Ergebnis der gemäß der DoP geführten Verhandlungen über das vorläufige Abkommen oder über den endgültigen Status beeinträchtigen".
7) Gaza-Jericho Abkommen, Artikel 23.6: „Beide Seiten betrachten die Westbank und den Gazastreifen als eine territoriale Einheit unter Wahrung der Integrität während der Interimsphase." Der gleiche Satz steht im Transferabkommen, Artikel 13.4.
8) Präambel des Gaza-Jericho Abkommens: „Die Verhandlungen über den endgültigen Status werden zur Erfüllung der Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates führen". Der gleiche Satz steht in der Präambel zum Transferabkommen.
9) Dieses Dekret wurde in der vom Justizministerium herausgegebenen Palestinian Official Gazette (Vol. 1, 20. November 1994, 10) publiziert.
10) Yehuda Blum, „The Missing Reversioner", Israel Law Review, Vol.3 (1968), No.2, 294.
11) Siehe z.B. D.Yahav, „Israel, the Intifadah and the Rule of Law", Israel Ministry of Defense Publications, 1993.
12) Izat Mohammad Mustafa Dwalkat und andere gegen die Regierung von Israel und andere, Az.: HCJ 390/79 (1980, 34 P.D. [1] 1).
13) Das ist der Begriff, der in Militärbefehl 58 vom Gebietskommandanten der Westbank veröffentlicht wurde. Siehe „Proclamations Orders and Appointment", Vol.3, 158.
14) Diese ideologische Rechtfertigung für die Erwerbung palästinensischen Landes ermöglichte es dem ehemaligen israelischen Premierminister zu erklären: „Wir nehmen niemandem Land weg. Nichts." (Time Magazine, 9. April 1984).
15) Der Text ist abgedruckt in „Proclamations, Orders, and Appointments", Vol.154, Mai 1994, 1563 (Herausgegeben vom militärischen Rechtsberater Judäas und Samarias).
16) Teil B Abschnitt 4. Der Kommandeur der israelischen Armee übertrug an die palästinensischen Behörden die Zuständigkeiten für die Bereiche Erziehung, Gesundheit, Sozialleistungen, Tourismus, direkte Besteuerung und Mehrwertsteuern, wie zwischen Israel und der PLO gemäß Bekanntmachung Nummer 5 vom 11. Dezember 1994 vereinbart worden war. Die Bekanntmachung trägt den Titel „Bekanntmachung über die Einrichtung des Abkommens zur vorbereitende Übertragung von Machtbefugnissen und Verantwortlichkeiten (veröffentlicht in „Proclamations, Orders and Appointments", Vol. 159, 1750f. (herausgegeben vom militärischen Rechtsberater Judäas und Samarias). Der Militärbefehl 1430 („Zusatz Nummer 6 zur Auslegung von Befehl Nummer 130" (veröffentlicht ebd., Vol. 159, 1751) definiert „die palästinensische Behörde" als diejenige, „die gemäß dem Abkommen über den Gazastreifen und das Gebiet um Jericho eingerichtet worden ist".

ZUM TODE VON MATTITYAHU PELED

Fritz Steppat

Am 10. März ist Mattityahu Peled gestorben, einer der entschiedensten israelischen Vorkämpfer für eine friedliche Lösung des Palästinakonflikts. Peled, Offizier der israelischen Armee, war 1956 Militärgouverneur des Gaza-Sektors und im Krieg von 1967 Mitglied des israelischen Generalstabs. Nachdem er 1968 als Generalmajor den Dienst quittiert hatte, wandte er sich gleichzeitig der Wissenschaft und der Politik zu, wobei beide in einem höchst sinnvollen Zusammenhang standen. Peled promovierte 1971 an der Universität von Kalifornien in Los Angeles bei Gustave von Grunebaum in moderner arabischer Literatur. Später erhielt er eine Professur für dieses Fachgebiet an der Universität Tel-Aviv. Sein Interesse galt den intellektuellen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den arabischen Ländern. Er veröffentlichte eine Reihe von scharfsinnigen Aufsätzen sowie ein bemerkenswertes Buch über Nagib Mahfuz, fünf Jahre, bevor dieser den Nobelpreis erhielt.

Von 1973 bis 1975 leitete Peled ein Komitee im israelischen Erziehungsministerium, das für die arabischen Schulen zuständig war. Dann ging er mit der Forderung, daß neben Israel ein arabischer Staat in Palästina errichtet werden müsse, in die Politik. 1975 beteiligte er sich an einem Aufruf für die gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO und trat öffentlich für Verhandlungen ein. Seither traf er immer wieder mit führenden Palästinensern zusammen, im Januar 1983 mit Yasir Arafat. 1977 gehörte er zu den Mitbegründern der linksgerichteten Partei für Frieden und Gleichheit (Sheli). Bei den Wahlen im Juli 1984 kandidierte er auf einer jüdisch-arabischen Liste, die zwei Knesset-Sitze gewann; den ersten nahm der arabische Rechtsanwalt Muhammad Miyari ein, den zweiten Peled.

In unermüdlicher publizistischer Tätigkeit war Peled bemüht, um Verständnis für die Bestrebungen der palästinensischen Araber zu werben, selbst als sie während des Golfkriegs Saddam Hussein Beifall klatschten. Den Friedensabkommen von Oslo und Kairo stand er allerdings skeptisch gegenüber, da er die arabischen Interessen darin nicht ausreichend berücksichtigt sah. Trotz seiner unkonventionellen politischen Haltung haben die Streitkräfte ihm ein feierliches Begräbnis nicht versagt, bei dem sowohl Jitzhak Rabin als auch Ariel Scharon anwesend waren.

Wir können mit ein wenig Genugtuung feststellen, daß ein humanistisch denkender „Orientalist“ in Israel viel zur Schaffung eines psychologischen Klimas beigetragen hat, in dem der israelisch-palästinensische Friedensprozeß möglich geworden ist. Wenn dieser tatsächlich zu einer dauerhaften Lösung führen soll, werden allerdings noch viele energische Anstrengungen in der von Matty Peled vorgegebenen Richtung notwendig sein.

■ *Fritz Steppat, Berlin, ist Professor emeritus für Islamwissenschaft*

Die Palästinenser im Libanon: Zukunft ungewiß

Fadia Foda

Seit der Unterzeichnung der israelisch-palästinensischen Prinzipienerklärung 1993 richtet sich das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf die Entwicklung in den autonomen und nach wie vor besetzten Gebieten. Wir wollen uns hier mit der Frage beschäftigen, was das Abkommen bzw. der Friedensprozeß für die ca. vier Millionen Flüchtlinge der palästinensischen Diaspora bedeutet. Die Lage der Palästinenser im Libanon ist dabei in jeder Hinsicht eine besondere.

Von Camp David nach Oslo

Der erste Schritt zur Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens wurde nach dem Oktoberkrieg 1973 zwischen Ägypten und Israel unternommen, die nach langen Verhandlungen den Vertrag von Camp David schlossen. Ihm sollten ähnliche Verträge mit den anderen arabischen Staaten folgen.

Damals waren die Bedingungen für ihr Gelingen allerdings noch nicht reif. Syrien als „Führungsmacht der Staaten der Ablehnungfront" konnte sich mit Unterstützung der Sowjetunion durchsetzen. Ägypten konnte seine Rolle als Vorreiter der Normalisierung der Beziehungen zu Israel nicht ausspielen, sondern wurde im Gegenteil in der arabischen Welt isoliert. Der 2. Golfkrieg, Modell einer unter dem Banner der Vereinten Nationen geführten und geglückten Intervention in das Gebiet der Ölstaaten, bedeutete in diesem Zusammenhang den Beginn einer neuen Epoche.

Der Golfkrieg war nicht nur eine Rettungsoperation für den durch die weltweite wirtschaftliche Flaute bedrohten militärisch-industriellen Komplex in den USA und Europa. Er eröffnete auch die Perspektive einer Neuordnung der Märkte - im Namen der Vereinten Nationen. Als Exporteur strategisch wichtiger Rohstoffe und Abnehmer von Industrieprodukten hat die arabische Welt eine besondere Bedeutung. Der Golfkrieg spiegelte auch das Ende des Kalten Krieges und damit den endgültigen Wegfall der Sowjetunion als Verbündeter der ohnehin brüchigen arabischen Ablehnungsfront wider.

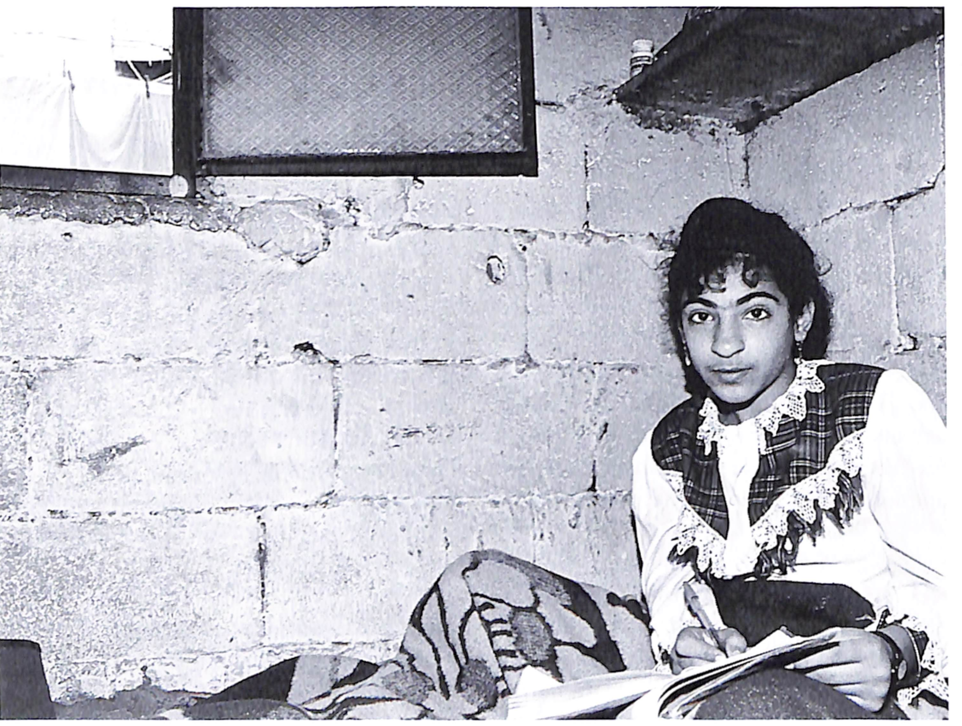
Dies war die Ausgangssituation für die Konferenz von Madrid 1991. Die Vereinigten Staaten und Europa üben vielfältigen Druck aus, um diesen Verhandlungen zum Erfolg zu verhelfen. Das Schaffen des gemeinsamen nahöstlichen Marktes ist hierbei Hauptanliegen und Hauptziel des gegenwärtigen Verhandlungsprozesses. Aufgrund der ökonomischen und technologischen Überlegenheit Israels gehen viele Wirtschaftsexperten davon aus, daß Israel diesen Markt dominieren wird. Westliche Staaten und Konzerne erwarten von den arabischen Regimes, vor allem aber von Israel, die Herstellung der notwendigen Stabilität durch die Niederschlagung jeder revolutionären Veränderung in der Region.

Während der Verhandlungen nach Madrid führte das Ausmaß der strittigen Punkte zwischen Israel und den arabischen Delegierten dazu, daß mit dem Abbruch der Verhandlungen gedroht wurde, bzw. diese in eine Sackgasse gerieten. In einem solchen Moment wurde im Juli 1993 vor aller Welt die Nachricht bekannt, daß Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) in Geheimverhandlungen, über die vollständiges Stillschweigen bewahrt worden war, zu einer Einigung gekommen waren. Es war für die israelische Seite von Nutzen, daß diese Verhandlungen geheim geführt wurden, da diese sich öffentlichen Druck vom Halse schaffte, vor allem und an erster Stelle den der UN-Resolutionen, die Israel auf einen bedingungslosen Abzug aus den von ihm besetzten Gebieten verpflichten. Das gilt ebenso für die Verpflichtung, Jerusalem zu räumen und den Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr zu gewähren. Die Geheimgespräche ermöglichten es der israelischen Verhandlungsführung, einen Abschluß zu den günstigsten Bedingungen zu erreichen.

Die palästinensische Seite hatte Geheimverhandlungen zugestimmt, weil sie sich nach dem Golfkrieg und den weltweiten politischen Veränderungen, dem Ende des kalten Krieges und dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion isoliert sah. Die israelische Dominanz in den öffentlichen Verhandlungsteilen mag bei der PLO die Hoffnung genährt haben, in Geheimgesprächen zu einem besseren Ergebnis zu kommen. Die PLO-Führung befürchtete außerdem, daß die Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung für das Ablehnungslager zunehme.

Aus den Geheimgesprächen resultierte das Abkommen „Gaza-Jericho first", das öffentlich und in Anwesenheit der amerikanischen und russischen Schirmherren des Friedenprozesses am 13. September 1993 in Washington unterzeichnet wurde. Die Prinzipienerklärung bietet dem palästinensischen Volk zwei Prozent des Territoriums von Mandatspalästina zur Errichtung einer Semi-Selbstverwaltung, die weitgehend von Israel abhängig ist. Auf die Frage der Flüchtlinge wird in Artikel 11 der Prinzipienerklärung eingegangen, wo es heißt: „Beschlossen wird die Einrichtung eines ständigen Ausschusses, der in Übereinstimmung über die Art und Weise der Ausstellung von Einreisevi-

sa für Personen entscheidet, die 1967 aus der Westbank und Gaza vertrieben wurden, sowie über die notwendigen Schritte zur Verhinderung von Zusammenstößen und Verstößen gegen die herrschende Ordnung." (Prinzipienerklärung, 13.9.1993)



Vertriebene des Bürger- und Lagerkrieges im Ghaza Building *R. Maro*

Die Flüchtlinge von 1948 bleiben völlig ausgeschlossen.

„Gaza-Jericho First" vertiefte die Spaltung unter den Palästinensern. Zur Bekämpfung des Abkommens gründeten zehn palästinensische Organisationen die „Allianz der palästinensischen Kräfte". Auch im Lager der Befürworter traten nach Bekanntwerden des Abkommens einige Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO zurück, darunter einige, die an vorbereitenden Treffen mit den Israelis teilgenommen hatten.

46 Jahre Wartestand

Die meisten der 3,8 Millionen palästinensischen Flüchtlinge außerhalb von Mandatspalästina sind Flüchtlinge von 1948. Laut UNRWA-Statistik leben im Libanon 328.176 als Flüchtlinge registrierte Palästinenser[1]. Ihre tatsächliche Zahl wird auf ca. 400.000 geschätzt. Offiziell leben 53% von ihnen in Lagern - mehr als in allen anderen Teilen der palästinensischen Diaspora. Der libanesische Staat, vertreten durch die jeweiligen Regierungen, hat nach 1948 weder ihren Status geklärt noch ihre rechtliche Situation geregelt. Erst 1959 wurde die Rechtsverordnung Nr. 42 erlassen, welche die Schaffung einer „Behörde für Flüchtlingsangelegenheiten" als Abteilung des libanesischen Innenministeriums vorsah. Die Aufgaben dieser Behörde wurden durch den Präsidialerlaß Nr. 927 definiert.
Die wichtigsten davon sind:

- Koordination mit der UNRWA und Gewährleistung ihrer Dienstleistungen für die Flüchtlinge,
- Ausstellung von Reisedokumenten und Dokumenten in Heirats-, Scheidungs-, Geburts- und anderen Fällen,
- Entscheidungen über Anträge auf Familienzusammenführung,
- Festlegung der Standorte von Flüchtlingslagern,
- Verlegung des Aufenthaltsortes von einem Flüchtlingslager in ein anderes in notwendigen Fällen und unter Berücksichtigung von Sicherheitsinteressen.

Die libanesischen Behörden beschränkten ihren Umgang mit der palästinensischen Existenz auf den Aspekt der Staatssicherheit. Sie unterdrückten jede palästinensische politische Bewegung, die versuchte, Kräfte für den Konflikt mit Israel zu mobilisieren. Zudem unterdrückten sie jede Forderung nach Verbesserung der sozialen Bedingungen der Palästinenser. Und obwohl in der Zwischenzeit Jahre vergangen waren, kamen sie ihrer Aufgabe nicht nach, die gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, um ein gewisses Maß an bürgerlichen, sozialen und politischen Rechten festzuschreiben.

1962 erließ das libanesische Innenministerium eine Verordnung, die die Palästinenser in die Kategorie „besondere Gruppe von Ausländern" einordnete. Durch diese Verordnung wurden die im Libanon wohnenden Palästinenser verpflichtet, eine Arbeitserlaubnis zu beantragen, um einen Beruf ausüben zu können. Eine Ausnahme bildeten „Gelegenheitsarbeiten". Diese Arbeitserlaubnis bedeutete eine zusätzliche Last für die Palästinenser und unterwarf sie einer Reihe zusätzlicher Verpflichtungen gegenüber dem Staat (Steuern, Sozialversicherungen etc.), ohne daß der Staat oder die Arbeitgeber ihnen gegenüber irgendeine Verpflichtung eingingen: Letztere waren weder zur Zahlung von Abfindungen bei Dienstende noch zu Krankenversicherungsleistungen verpflichtet. Die Palästinenser waren von den Sozialversicherungen ausgeschlossen; den Gewerkschaften war nicht gestattet, deren Rechte gegenüber den Arbeitgebern zu verteidigen. Ebenso war es ihnen verboten, ihre eigenen Gewerkschaften zu gründen.

Die PLO wurden zu einer wichtigen Macht im Libanon

Im Vertrag von Kairo, den die libanesische Regierung und die PLO 1969 unter dem Eindruck der Popularität der Fedayin und der sozialrevolutionären Unruhe in der arabischen Welt nach dem Juni-Krieg unterzeichneten, wurden die zivilen, politischen und sozialen Rechte der Palästinenser im Libanon festgelegt. Dieser Vertrag wurde allerdings nicht in konkretes Recht umgesetzt, das in der Lage gewesen wäre, gegenüber den Veränderungen standzuhalten. Die PLO wurden zu einer wichtigen Macht im Libanon, beteiligte sich am libanesischen Bürger-

krieg - und wurde seit der israelischen Invasion 1982 Zug um Zug entmachtet. Die Massaker von Sabra und Shatila im Schatten der Invasion und die Belagerung der Palästinenserlager durch prosyrische Milizen markieren den Übergang von der Bekämpfung der PLO zum Krieg gegen die weder rechtlich noch militärisch ausreichend geschützte Lagerbevölkerung.



Das Lager Shatila: 2.000 Familien leben auf engstem Raum. *R. Maro*

Der Vertrag von Kairo wurde in der Amtszeit von Staatspräsident Amin Gemayel am 21.5.1987 einseitig von libanesischer Seite anulliert. Damit war die Rechtlosigkeit der Palästinenser von vor 1969 wiederhergestellt. Dies hat bis heute Gültigkeit. Seither versuchten verschiedene palästinensische Delegationen, mit jeder neuen libanesischen Regierung die politische und soziale Krise der Palästinenser zu erörtern. Aber erst die während der Amtszeit von Staatspräsident Hrawi gebildete Regierung reagierte positiv und beschloß am 3. Juli 1991 den Beginn eines libanesisch-palästinensischen Dialogs. Ein „Zweiministerkomitee" wurde gegründet, dem Abdallah Al-Amin und Shauqi Fakhouri angehörten. Die palästinensische Seite wurde durch Salah Salah und Fadl Sharur vertreten. Dieser Dialogausschuß trat allerdings nur einmal zusammen: Während des Treffens legte die palästinensische Seite ein Memorandum vor, das ihre Sicht der sozialen, zivilrechtlichen und politischen Situation wiedergab. Die libanesische Regierung unterbrach daraufhin den Dialog, da sie sich nicht vor Abschluß der Friedensverhandlungen Verpflichtungen auferlegen wollte. Dieser Aufschub verhinderte eine Erörterung der dringendsten Probleme von 400.000 im Libanon lebenden Palästinensern.

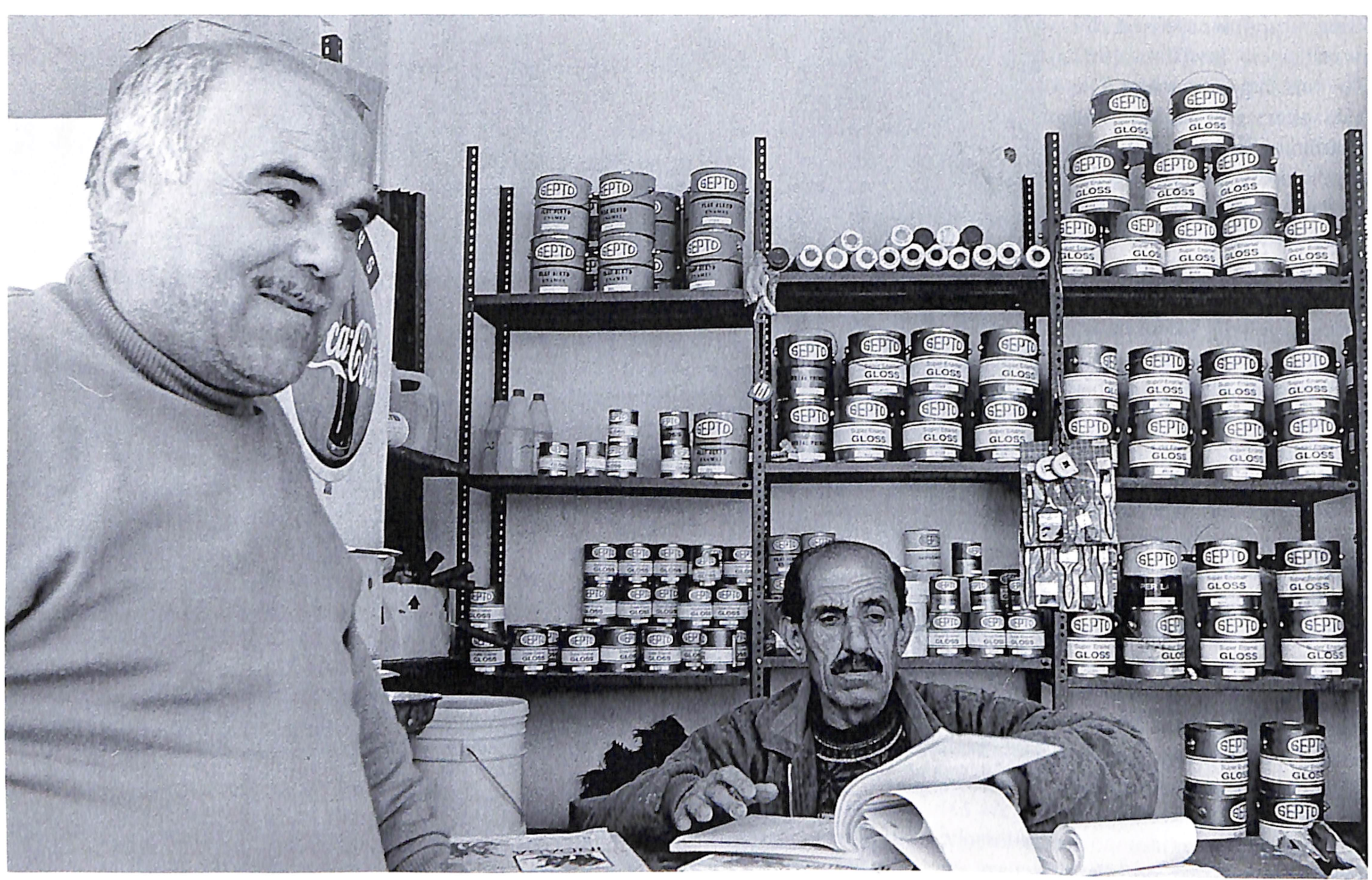
... hinter verschlossenen Türen

Die Arbeitsgruppe „Flüchtlinge" des multilateralen Teils der Nahostverhandlungen ist von einer Mauer des Schweigens umgeben. Über Projekte und Vorstellungen zur Lösung der Flüchtlingsfrage wurde nicht offen gesprochen. Wenn Nachrichten veröffentlicht werden, dann als Testballon, um die Reaktion auf diese Projekte und die Vorstellungen in den Staaten auszuloten, die in diese Schemata einbezogen sind. Eines dieser Projekte beinhaltet die Möglichkeit, das UN-Embargo gegen den Irak aufzuheben, wenn dieser sich bereit erklärt, eine große Zahl von im Libanon lebenden Palästinensern aufzunehmen und ihnen die irakische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Diese Nachricht wurde von einer Vielzahl arabischer Zeitungen unter Berufung auf „informierte internationale Quellen" berichtet[2]. Auch Marokko ist als mögliches arabisches Aufnahmeland im Gespräch. Marokko seinerseits ist am Einsatz israelischer Technologie bei der Verarbeitung von Ölschiefer und in der Landwirtschaft interessiert[3].

Offiziell sind die Aufgaben der multilateralen Flüchtlingsgruppe beschränkt. Abbas Shiblaq, Mitglied der palästinensischen Delegation in diesen Verhandlungen, antwortete auf die Frage nach der Arbeitweise des Auschusses und den Themen, die er behandelt: „Der multilaterale Ausschuß befaßt sich nicht mit der Diskussion über das Schicksal der Flüchtlinge, sondern diskutiert die Mittel und Wege, mit denen die Lebensbedingungen der Flüchtlinge verbessert werden können."[4] Man kann jedoch annehmen, daß im weiteren Umkreis der Teilnehmer, zu denen auch die EU gehört, mögliche Verteilungsschlüssel und Umsiedlungskonzepte diskutiert werden.

„Der multilaterale Ausschuß befaßt sich nicht mit der Diskussion über das Schicksal der Flüchtlinge, sondern diskutiert die Mittel und Wege, mit denen die Lebensbedingungen der Flüchtlinge verbessert werden können."

Der israelische Delegierte in der Flüchtlingsgruppe lehnte anfangs jede Diskussion über das Recht der palästinensischen Flüchtlinge kompromißlos ab. Er betrachtet das Rückkehrrecht als ein „Werkzeug zur Zerstörung des Staates Israel"[5]. Die Zugeständnisse, die Israel bei der Frage der Familienzusammenführung und der 1967 Vertriebenen machte, stellen



Libanon, Lager Shatila, Mai 1995 *R. Maro*

zwar einen Fortschritt dar, bekräftigen aber den Ausschluß des Hauptkontingents der Flüchtlinge.

Die USA, Führungsmacht des Verhandlungsprozesses und Hauptfinanzier der UN-Agentur für die palästinensischen Flüchtlinge (UNRWA), konnte sich mit ihrer Position durchsetzen, nicht die Rechte sondern die unmittelbaren Bedürfnisse der Flüchtlinge zu thematisieren.

Die arabischen und palästinensischen Vertreter fordern Rechte für die Flüchtlinge - im Sinne der UN-Vollversammlungsresolution 194, die die Rückkehr bzw. Entschädigung der Flüchtlinge vorsieht. Dem Junktim, daß ein Teil der Flüchtlinge außen vorbleibt, mußten aber auch sie zustimmen. „Das Rückkehrrecht der Palästinenser von 1967 ist garantiert. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit mit der israelischen Seite," so Mohammad Sabih, Geheimsekretär des Palästinensischen Nationalrates, aber „die Rückkehr der 1948er-Palästinenser bedarf einer internationalen Diskussion."[6]

Syrien blieb den Sitzungen der multliateralen Flüchtlungsgruppe bisher fern. Im Libanon, dessen Geschicke Damaskus gegenwärtig dominiert, unterstützen die syrischen Offiziellen alledings nicht einmal die Forderung der lokalen Palästinenservertretung nach einer Anerkennung eines Flüchtlingsstatus' ähnlich wie in Syrien.

Keine Anerkennung, keine Ansiedlung

Die libanesische Reaktion auf die Unterzeichnung der Prinzipienerklärung bestand in einer definitiven Ablehnung einer Ansiedlung (Tawtin) von Palästinensern im Libanon. Um einem solchen Szenario zuvorzukommen, ergriffen die politischen und religiösen Führungen der verschiedenen libanesischen Gemeinschaften die Initiative und erklärten ihre Ablehnung jeglicher Ansiedlungspläne. So erklärte der maronitische Patriarch Butrus Sfeir: „Die Ansiedlung wird das konfessionelle Gleichgewicht durcheinanderbringen. Die Störung des konfessionellen Proporz' bedeutet die Erschütterung des Ganzen."[7] Das konfessionelle Gleichgewicht im Libanon ist der neuralgische Punkt, der politische Bewegungen und Entscheidungsstrukturen im Libanon bestimmt. „Unter den vielen historischen Faktoren, die die libanesische Antipathie bzw. Indifferenz gegenüber den Palästinensern bedingt haben, sollte das Auseinanderbrechen der Libanesischen Nationalbewegung nicht vernachlässigt werden. Diese breite Koalition arabisch-nationalistischer, muslimischer und progressiver Parteien wurde von Kamal Jumblat bis zu seiner Ermordung 1977 geführt. An ihre Stelle traten konfessionelle Milizen (Amal, die PSP, Hizbollah), die nicht länger in der Opposition, sondern Teil des Regimes und ein Angelpunkt der syrisch-libanesischen Beziehungen waren. Diese

„Die Störung des konfessionellen Proporz' bedeutet die Erschütterung des Ganzen."

fundamentale Änderung in der politischen Arena des Libanon erhöhte den Druck in Richtung auf konfessionelle Kantone, in denen kein Platz für die Palästinenser ist.“[8]

Der libanesische Staatspräsident lehnte die Ansiedlung der Palästinenser mit den Worten ab: „Ich werde das Wort tawtin nicht unterschreiben, und mein einziger Rat an meinen Nachfolger ist, nach Übernahme der Amtsgeschäfte die Ansiedlung nicht zu unterzeichnen, koste es was es wolle.“[9]

Denkbar wird die Ansiedlung eines Teils der im Libanon lebenden Palästinenser allein im Rahmen einer multilateralen „Umverteilung“. Außenminister Fariz Boueiz erklärte sich öffentlich in dieser Richtung mit dem Vorschlag, 20 % der im Libanon lebenden Palästinenser sollten in die Gebiete zurückkehren, die unter palästinensischer Verwaltung stehen, oder per Familienzusammenführung zu ihren Angehörigen in Syrien, Ägypten, Kanada oder Australien gelangen. Für die von dieser Regelung nicht Erfaßten forderte Boueiz Einwanderungsländer wie Kanada und Australien auf, den Palästinensern die Türen der Migration zu öffnen[10]. 50-100.000 Palästinenser, so Boueiz, könnten dann bleiben.

Einen Sturm der Empörung löste Walid Jumblat, Minister für Vertriebene im libanesischen Kabinett, im August 1994 mit seiner Ankündigung aus, im Ort Qrayy'a im Iqlim al-Tuffah Land für die Ansiedlung von mehrfach vertriebenen Palästinensern zu kaufen. Im Zuge des Wiederaufbaus wurden immer mehr palästinensische Familien, deren Lager im Zuge des Bürgerkrieges zerstört worden waren, und die in Ruinen Zuflucht gesucht hatten, obdachlos. Jumblat hatte zur Begründung erklärt, daß nach der Unterzeichnung der israelisch-palästinensischen und israelisch-jordanischen Abkommen die Ansiedlung der Flüchtlinge beschlossene Sache sei, da das Recht auf Rückkehr nirgends erwähnt sei. Nachdem die Proteste bis ins Parlament und die Regierung hineinreichten, wurde eine ministerielle Untersuchungskommission eingesetzt und das Projekt zumindest vorläufig auf Eis gelegt.
Indessen verschlechtert sich die soziale Situation der Flüchtlinge aus Palästina kontinuierlich. Die Arbeitslosenrate beträgt bei ihnen fast 40 %[11]. Im letzten Jahr wurden nur 100 Arbeitserlaubnisse für Palästinenser ausgestellt. Die PLO-Sozialversorgung für die Familien von Gefallenen wurde von der Zentrale in Tunis radikal reduziert, ebenso die Finanzierung palästinensischer Sozial- und Bildungseinrichtungen. Auch die UNRWA reduzierte ihre Mittel für den Libanon, und es gehen Gerüchte um, daß sie in ein paar Jahren ihre Arbeit im Libanon ganz einstellen wird.

Palästinensische Basisorganisationen, die bis zum Ende des Bürgerkriegs Mittel von internationalen NGOs bekamen, sind seit einigen Jahren damit konfrontiert, daß diese Mittel als „peace bonus“ in die besetzten und autonomen Gebiete umgeleitet werden, und sie mehr und mehr leer ausgehen. Das strikte Arbeitsverbot für palästinensische Ärzte und Apotheker wirkt sich verschärfend aus: viele von ihnen verlassen das Land. Auch der von Jassir Arafats Bruder Fathi geleitete Rote Halbmond hat den Gesundheitseinrichtungen im Libanon die Mittel drastisch gekürzt. Das „Komitee der patriotischen Arbeit“, ein Zusammenschluß der palästinensischen Hilfsorganisationen im Libanon, legte beim Sozialgipfel in Kopenhagen einen ausführlichen Bericht über die Not der Flüchtlinge vor. Im letzten Sommer gab es im Lager Ain al-Hilwe bei Sidon kein Wasser mehr. Aus Nahr al-Bared, einem großen Lager im Nordlibanon, wurden Fälle von Typhus berichtet.

In Ain al-Hilwe wurde im vergangenen Juli ein aus Blechhütten bestehender Teil des Lagers von der Stadtverwaltung abgerissen - 750 Familien wurden obdachlos[12]. Ein ähnliches Schicksal droht den Bewohnern der Beiruter Lager Shatila und Burj al-Barajneh sowie des Stadtteils Sabra, die dem milliardenschweren Sanierungs- und Stadterneuerungsprogramm von Ministerpräsident Hariri zum Opfer fallen sollen. In Sabra soll für die Mittelmeerspiele 1996 ein neues Sportstadion errichtet werden. Bedenkt man, daß innerhalb der bestehenden Camps der Bau und die Instandsetzung von Häusern untersagt ist, und der Wiederaufbau der zerstörten Lager Nabatiya und Tell al-Za'tar völlig ausgeschlossen ist, entsteht ein bedrohliches Bild.

Die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon stehen dem - mit wenigen Ausnahmen - innerlibanesischen und internationalen Konsens über ihre Ausgrenzung ziemlich allein gegenüber. Eine deutliche Mehrheit von ihnen lehnt das Abkommen von Oslo und Arafats Autonomie ab und beharrt aus politischen und sozialen Gründen auf ihren Rechten. Doch die Aussichtslosigkeit ihrer Lage und die Vertiefung der Armut bleiben nicht ohne Folgen: in den Camps kursieren Drogen, und mehr und mehr Menschen fliehen auf eigene Faust weiter - in jene Länder, die in Ottawa, Tunis und Ankara am Verhandlungstisch der multilateralen Flüchtlingsgruppe sitzen.

■ *Fadia Foda lebt in Berlin. sie war in der palästinensischen Frauenvereinigung aktiv und ist Mitbegründerin der Hilfsorganisation Popular Aid for Relief and Development (PARD), die medizinische und soziale Hilfsprogramme in Beirut und im Südlibanon betreibt.*

Dieser Text ist ein Vorabdruck eines ausführlichen Berichts, der mit bisher unveröffentlichten Dokumenten als exemplarische Studie über die Ausgrenzung und Marginalisierung von Flüchtlingspopulationen Ende 1995 erscheinen wird.

Bestellungen und Informationen bei:
Projekt Genocide Watch
Schliemannstr. 23
10437 Berlin

Anmerkungen:

1) The Center for Policy Analysis on Palestine, Palestinian Refugees: Their Problems and Future. October 1994, Washington DC, 30.
2) Al-Hayat und Ash-Shira'a vom 4.10.1993.
3) Financial Times, 27.5.1995.
4) Gespräch mit der Autorin, 25.5.1994.
5) Al-Hayat, 12.5.1993.
6) Al-Hayat, 2.9.1994.
7) Al-Hayat, 13.9.1993.
8) Rosemary Saigh, Palestinians in Lebanon, Harsh Present, Uncertain Future (unpublished paper) 1995.
9) Al-Hayat, 6.7.1993.
10) As-Safir, 18.4.1994.
11) Middle East Report, Jan-Feb., 1994, 20.
12) Le Monde Diplomatique, Sept. 1994.

Jordanien: Die Erwartungen waren wohl zu groß

Klaus Polkehn

Für viele Außenstehende recht überraschend hatten König Hussein von Jordanien und Israels Regierungschef Yitzhak Rabin am 25. Juli 1994 in Washington eine Deklaration unterzeichnet, mit der der Kriegszustand zwischen beiden Ländern beendet wurde, und die den Weg frei machte zu weiteren Verhandlungen. Als Sofortmaßnahmen waren die Einrichtung direkter Telefonverbindungen zwischen beiden Ländern, die Vernetzung der beiden Elektrizitätsnetze, die Eröffnung von zwei neuen Grenzübergängen speziell für ausländische Touristen, beschleunigte Verhandlungen über einen internationalen Luftkorridor zwischen Israel und Jordanien sowie die Kooperation der Polizei beider Länder bei der Verbrechensbekämpfung und insbesondere beim Drogenschmuggel vereinbart worden. Während es beim israelisch-palästinensischen Verhältnis nur sehr mühsam und mit vielen Rückschlägen vorangeht, haben sich die Beziehungen zwischen (West-) Jerusalem und Amman zügig entwickelt. Bereits am 26. Oktober 1994 wurde im Wadi Araba der Friedensvertrag zwischen beiden Ländern unterschrieben. Darin einigte man sich über die Verteilung der knappen Wasservorräte (Artikel 6). Was zunächst brisant erscheint, wurde von dem Experten Sharif S. Elmusa mit den Worten kommentiert: „Israel hatte im Abkommen mit Jordanien nicht viel Wasser zu gewinnen oder zu verlieren, so war die Wasserfrage von zweitrangiger Bedeutung."[1] Am 10. November 1994 weilte König Hussein zu seinem ersten offiziellen Besuch in Israel. Am 11. Dezember 1994 tauschten Israel und Jordanien Botschafter aus. Am 9. Mai 1995 wurden drei israelisch-jordanische Verträge über die Kooperation auf den Gebieten Landwirtschaft, Energie und Umwelt paraphiert. Inzwischen sind im Wadi Araba im Norden des Landes von Israel besetzte Gebiete an Jordanien zurückgegeben worden.

In der ersten Hälfte des Jahres 1995 war man in Amman intensiv damit beschäftigt, nunmehr die vom jordanisch-israelischen Verhältnis betroffenen Beziehungen zu den Palästinensern auf neue Grundlagen zu stellen. Am 26. Januar 1995 wurde in Amman von Yassir Arafat ein Kooperationsabkommen mit der jordanischen Regierung unterzeichnet, das unter anderem auch der Beilegung des Streits um die Zuständigkeit über die Heiligen Stätten in Jerusalem diente: Jordanien werde die ihm im Abkommen mit Israel zugesicherte traditionelle Rolle als „Hüter" dieser Stätten (Artikel 9 des jordanisch-israelischen Friedensvertrages) an die Palästinenser abtreten, sobald Ost-Jerusalem unter deren Souveränität gestellt sei; im Gegenzug erkannte Arafat die „spezielle Rolle" Jordaniens in Jerusalem an. Am 23. Mai 1995 wurde eine palästinensisch-jordanische Abmachung über Finanzfragen abgeschlossen, die vor allem Umfang und Procedere der Eröffnung von Filialen jordanischer Banken im Westjordangebiet regelt.

Was seit dem vorigen Herbst in offiziellen Erklärungen als großer Sieg des Friedens und des Realismus gefeiert wurde, traf in Jordanien - wie bei vielen Gesprächen schnell festzustellen war - weithin auf Skepsis oder offene Ablehnung. Zahlreiche Gespräche lassen vielmehr den Schluß zu, daß es hinsichtlich der Beurteilung der Abkommen mit Israel drei verschiedene „Richtungen" in Jordanien gibt. Da sind zunächst jene Kräfte, die die Abmachung prinzipiell ablehnen, wie sie auch das Gaza-Jericho-Abkommen zwischen PLO und Israel verurteilen. Hierzu gehören die islamischen Gruppen sowie die Majorität der in Jordanien lebenden palästinensischen Flüchtlinge. Acht politische Parteien (von insgesamt in Jordanien existierenden 20 Parteien) haben mehrere Erklärungen gegen die Verhandlungen und gegen die Vereinbarungen abgegeben. Einhellige Zustimmung kommt hingegen von einem Teil der jordanischen Bourgeoisie und dem Establishment, die sich ökonomische und politische Vorteile aus dem Deal versprechen. Auch scheint sich aus diesem politischen Segment eine Art rechtsgerichtete transjordanische „nationale" Bewegung zu bilden, die am liebsten die Palästinenser und die Palästina-Frage aus dem Lande hätte. Ein Führer dieser „Nationalisten" ist Abdul Hadi al-Majali, ein Bruder des vorherigen Ministerpräsidenten[2]. Dieser Trend widerspricht allerdings den Intentionen von König Hussein, der immer Wert auf eine „nationale Einheit" gelegt hat, die Jordanier wie Palästinenser umfasse. Zwischen den Polen bedingungsloser Bejahung und totaler Ablehnung schließlich steht ein Teil der Linken (darunter die Kommunistische Partei Jordaniens), der einerseits dem Prinzip einer Verhandlungslösung zustimmt, andererseits aber die Konditionen der abgeschlossenen Vereinbarungen für schädlich, ungenügend oder falsch hält.

Mit dem Gipfeltreffen in Washington vom Juli 1994 waren 45 Jahre jordanischer Geheimdiplomatie zu Ende gegangen. Denn ungeachtet des seit 1948 andauernden Kriegszustandes (zwischen 1949 und 1967 gab es lediglich ein Waffenstillstandsabkommen, desgleichen in den letzten 25 Jahren) haben sich sowohl König Hussein als auch sein Großvater König Abdullah vielmals insgeheim mit hochrangigen israelischen Politikern getroffen. Die Gesamtsituation im Nahen Osten hatte es bis dato immer geraten erscheinen

lassen, solche Zusammenkünfte zu verschweigen oder energisch zu dementieren. Erst in den letzten Jahren leistete man es sich, ein wenig offener zu sein. Auch König Hussein und Yitzhak Rabin sahen sich in Washington nicht zum ersten Mal. Das erste Treffen der beiden Politiker fand vielmehr schon während der ersten Amtszeit Rabins als Premier am 29. August 1974 statt, als der König in Begleitung seines damaligen Regierungschefs Ziyad Rifai und eines Adjutanten mit einem jordanischen Militärhubschrauber zum Jerusalemer Flugplatz Atarot flog, von wo ihn ein israelischer Militärhubschrauber in ein Gästehaus bei Tel Aviv brachte.

Das Königreich östlich des Jordan befindet sich seit seiner Gründung in einer delikaten Lage. Sein Territorium war bis zum Ende des 1. Weltkrieges Bestandteil des Osmanischen Reiches. Die koloniale Aufteilung des Nahen Ostens, bei der Gebiete wie das ölreiche Mesopotamien (später Irak) und das strategisch wichtige Palästina im Vordergrund des Interesses lagen, und bei der Großbritannien die Ansprüche der zionistischen Bewegung wie auch der arabischen Kriegsverbündeten unter einen Hut bringen mußte, führte zur Schaffung des Emirats Transjordanien. Emir (seit März 1946 König) Abdullah griff 1948, als der UN-Plan für die Teilung Palästinas am Widerstand der Palästinenser und der anderen arabischen Staaten scheiterte, kurzerhand zu: Seine Truppen besetzten das Jordan-Westufer; 1950 proklamierte er auf beiden Ufern des Jordan das Haschemitische Königreich. König Abdullah zahlte teuer für das, was in arabischen Augen Verrat war: Am 20. Juli 1951 wurde er in der al-Aqsa-Moschee in Jerusalem erschossen. Sein Enkel Hussein, der bei dem Attentat neben ihm gestanden hatte, bestieg 1953 den Thron.

Der Anschluß der Westbank im Jahre 1948 verhalf Transjordanien vorübergehend zum Zuwachs einer besser entwickelten Region mit einer qualifizierteren Bevölkerung. Der Junikrieg von 1967 aber, in dem sich König Hussein ohne Zögern auf die Seite Ägyptens geschlagen hatte, brachte den Verlust dieses Gebiets und den Zustrom einer gewaltigen Zahl palästinensischer Flüchtlingen, deren Zahl oft mit 950.000 angegeben wurde. Der

CORPUS SEPARATUM? DER STATUS VON JERUSALEM

Norbert Mattes

Während des Krieges 1948 zwang Israel ungefähr 30.000 Palästinenser, die in West-Jerusalem wohnten, zur Flucht. Das Büro des Premierministers, die Knesset und der Hohe Gerichtshof wurden nach Jerusalem verlegt.

UN-Generalversammlung
Resolution 303, 9. Dezember 1949

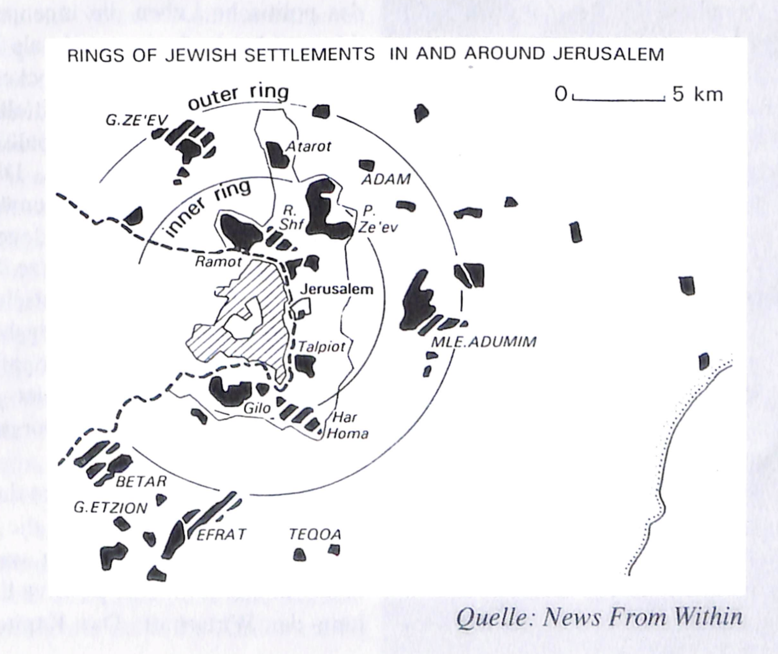
„Der Stadtbezirk von Jerusalem soll als ein *Corpus separatum* unter einem internationalen Sonderregime errichtet und durch die UN verwaltet werden."

Treuhänderrat
Resolution 113, 19. Dezember 1949

Der Treuhänderrat drückt seine Besorgnis aus über die Verlegung bestimmter Ministerien und zentraler Abteilungen der Regierung Israels nach Jerusalem. Er sieht darin eine Mißachtung der Resolution 303 vom 9. 12. 1949.

Treuhänderrat
Resolution 232, 4. Arpil 1950

Das vom Treuhänderrat angenommene Statut von Jerusalem soll Israel und Jordanien zugestellt werden.
Die UN-Vollversammlung unternahm in dieser Angelegenheit keine weiteren Schritte. Nach 1952 wurde die Jerusalemfrage 15 Jahre lang nicht mehr diskutiert. Nachdem Israel 1967 Ost-Jerusalem erobert hatte, wurden die Palästinenser aus Teilen der Altstadt vertrieben. Am 10. Juni mußten 100 Familien im Maghrebi-Viertel der Altstadt innerhalb von drei Stunden ihre Häuser verlassen. Bulldozer hatten bis zum Morgen des 12. Juni an der Westmauer (Klagemauer) Platz für religiöse Zeremonien geschaffen.
Palästinensische Araber, die im jüdischen Viertel der Altstadt wohnten, wurden vertrieben. Viele von ihnen waren 1948 aus dem Westteil von Jerusalem geflüchtet. Schlomo Goren, der Chef-Rabbi der israelischen Streitkräfte, kam eine halbe Stunde nach der Eroberung von Ostjerusalem, am 7. Juni, mit der Tora und dem Schofar an die Klagemauer: „Ich, General Schlomo Goren, Chef-Rabbi der israelischen Verteidigungskräfte, bin zu diesem Platz gekommen, um ihn nie wieder zu verlassen"[1]. Daß Jerusalem auf immer und



Quelle: News From Within

ewig Israels Hauptstadt bleibt, betonten kurz danach am gleichen Ort Oberst Mordechai Gur, General Haim Bar-Lev und Mosche Dayan.

UN-Generalversammlung Resolution 2253, 4. Juli 1967

Die GV betrachtet die von Israel getroffenen Maßnahmen, die die Rechtsstellung von Jerusalem verändern, als ungültig.

UN-Generalversammlung Resolution 2254, 14. Juli 1967

Die GV beklagt, daß Israel es unterlassen hat, die Resolution 2253 auszuführen. Sie fordert Israel noch einmal auf, die getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen.

Sicherheitsrat Resolution 250, 27. April 1968

Israel wird aufgefordert, die geplante Militärparade für den 2. Mai zu unterlassen, weil sie einer friedlichen Regelung der Verhältnisse im Gebiet abträglich ist.

Sicherheitsrat Resolution 252, 21. Mai 1968

Der SR bedauert zutiefst die Mißachtung der Resolution 250 durch Israel.

Sicherheitsrat Resolution 252, 21. Mai 1968

Der SR nimmt zur Kenntnis, daß Israel seit der Annahme der Resolutionen 2253 und 2254 durch die UN-Generalversammlung weitere Maßnahmen und Aktionen ergriffen hat, die diesen Resolutionen zuwiderlaufen und bedauert, daß Israel es unterlassen hat, diese Resolutionen zu erfüllen.

Sicherheitsrat Resolution 267, 3. Juli 1969

Der SR nimmt zur Kenntnis, daß Israel weitere Maßnahmen ergriffen hat, die darauf abzielen, den Status der Stadt Jerusalem zu ändern. Er bestätigt, daß alle von „Israel getroffenen legislativen und Verwaltungsmaßnahmen und Handlungen, einschließlich der Enteignungen von Land und darauf befindlichen Gütern, welche darauf abzielen den Status Jerusalems zu

Palästina-Faktor hat von 1948 bis heute die jordanische Politik entscheidend beeinflußt. So wie heute wahrscheinlich mehr als die Hälfte (genauere Statistiken gibt es nicht) der 4,2 Millionen Einwohner Jordaniens palästinensischer Herkunft ist, so steht außer Frage, daß die Palästinenser in der Führung der Wirtschaft des Landes genau wie in Wissenschaft und Kultur eine überproportional wichtige Rolle spielen. Das von König Abdullah erdachte simple Modell, es gebe keinen Unterschied zwischen Palästinensern und Jordaniern, hatte in Israel stets wohlwollende Zustimmung gefunden, bis hin zu der Losung jener Zionisten, die das ganze Gebiet westlich des Jordan annektieren wollen („Jordan is Palestine"). Es erwies seine Brüchigkeit nicht erst 1964, als die Gründung der Palästina-Befreiungsorganisation die eigenständige palästinensische Identität unterstrich, oder Ende 1966, als die israelische Armee (um die palästinensischen Guerrillas zu „bestrafen") den Westbank-Ort Samu'a überfiel und die Bevölkerung des Westjordanlandes mit Unruhen gegen die Untätigkeit der jordanischen Regierung protestierte. Bereits der Aufschwung der anti-imperialistischen Bewegung 1956/57, die Kündigung des britisch-jordanischen Vertrages, der Abzug der britischen Militärs und der Versuch des Ministerpräsidenten Nabulsi, ein progressives Regime zu errichten, wurde vor allem von der Bevölkerung der Westbank getragen. Der Militärputsch, durch den Nabulsi im April 1957 gestürzt wurde, hat mit all den Beschränkungen für das politische Leben die innenpolitische Atmosphäre Jordaniens mehr als 30 Jahre lang bestimmt. Politische „Lockerungen" gab es in dieser Zeit nur unmittelbar nach 1967 unter dem Druck der palästinensischen Befreiungsbewegung. Die PLO ihrerseits aber war immer bemüht, sich aus den jordanischen Angelegenheiten herauszuhalten. Der „Schwarze September" von 1970 brachte die entscheidende Konfrontation zwischen Königshaus und Staatsmacht einerseits und der palästinensischen Bewegung andererseits, aus der König Hussein siegreich hervorging.

Der Sieg über die PLO und die darauffolgende „politische Stabilität", die weitgehend eine Gefängnisstabilität war, legte den Grundstein für eine positive Entwicklung der Wirtschaft: Das Kapital investierte. Aus dem ökonomischen Aufschwung der Golfstaaten infolge der Ölpreiserhöhungen vermochte auch Jordanien Vorteile zu ziehen: Die Geldüberweisungen einer gewaltigen Zahl jordanischer Fachleute und Arbeiter aus dem Ausland bildeten eine wichtige Grundlage der Prosperität. Vor allem die Hauptstadt Amman profitierte davon. Innerhalb von nur zwei Jahrzehnten wuchs die Stadt um das Vielfache. Heute lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung Jordaniens im Raum von Groß-Amman.

Die Krise des jordanischen Modells

Mit Beginn der 90er Jahre aber ist das jordanische Modell in eine bedrohliche Krise geraten. Als ein verschärfendes Moment erwies sich der Golfkrieg. König Hussein war durch die Entscheidung Saddam Husseins, Kuwait zu besetzen, vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Einerseits mochte ihn eine Art natürlicher Solidarität mit dem kuweitischen Herrscherhaus verbinden. Andererseits bot Jordanien dem Irak seit Beginn des iranisch-irakischen Krieges, also seit 1980, ziemlich die einzige Verbindung zur Außenwelt. Für Jordanien war das Transitgeschäft mit dem Irak zu einem wichtigen Posten in der Handelsbilanz geworden, ganz abgesehen davon, daß Irak 20 Prozent aller jordanischen Exporte abnahm und damit größter Außenhandelspartner war. So entschloß sich König Hussein zu einer vorsichtigen Bundesgenossenschaft mit Saddam. Eine Folge war, daß zwischen 300.000 und 400.000 Jordanier aus Kuwait und den anderen Golfstaaten ausgewiesen wurden. Die Heimkehrer benötigten Wohnungen, und sie brachten erst einmal Geld mit. Jordanien erlebte einen Bauboom. 1990 wurden 2,7 Millionen Quadratmeter Wohnfläche neu errichtet, 1991 waren es 4,4 und 1992 sogar 5,9 Millionen Quadratmeter. Hinter diesen Zahlen verbarg sich die Krise. Es gab ja keine Arbeitsplätze für die Heimkehrer. Der rasch gewachsene Bedarf führte andererseits zu einem Anstieg der Importe von 1,6 Milliarden Dinar (= 248 Milliarden Dollar) im Jahr 1991 auf 2,05 Milliarden Dinar im Jahre 1992. Die Exporte Jordaniens stiegen im gleichen Zeitraum nur von 430 auf 460 Millionen Dinar. Infolge des von der ame-

rikanisch geführten Anti-Irak-Koalititon verhängten totalen Embargos gegen Irak brach der gewinnbringende Transithandel durch Jordanien völlig zusammen. Das Außenhandelsdefizit von 1,59 Milliarden Dinar war klarer Ausweis der sich rasch verschlechternden Lage. Die Arbeitslosigkeit erreichte indessen 1993 offiziell die Höhe von 20 Prozent, tatsächlich dürfte sie heute bei 30 Prozent liegen. Man muß diese Zahlen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sehen. Eine außerordentlich hohe Geburtenrate hat schon jetzt dazu geführt, daß 70 Prozent der jordanischen Bevölkerung jünger als 35 Jahre und immerhin noch 33 Prozent jünger als 17 Jahre sind[3]. Damit entsteht ein zusätzliches Konfliktpotential.

Die neuerliche Wirtschaftskrise von 1993 weckte in Amman ungute Erinnerungen an das Frühjahr 1989, als der Internationale Währungsfonds Jordanien die weitgehende Kürzung von Subventionen verordnet hatte, und als die Bevölkerung vor allem in den Städten des Südens auf die Straße gegangen war. 1990 war es dem König u.a. mit einer vorsichtigen politischen Öffnung gelungen, die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. Ende 1989 hatten die ersten Wahlen in Jordanien nach 22 Jahren stattgefunden. Die PLO hielt sich aus dem politischen Gerangel heraus - König Hussein hatte ein Jahr zuvor seinen offiziellen Verzicht auf die Westbank erklärt.

„Perestroika" am Jordan

Was seit zwei Jahren allmählich in Jordanien vor sich geht, könnte man in einer Art historischer Analogie als „Perestroika" bezeichnen. Es begann 1993 mit dem Erlaß eines neuen Pressegesetzes, das - zumindest auf dem Papier - die Zeitungen vor willkürlicher Schließung und die Journalisten vor willkürlicher Verhaftung schützen soll. Infolge dieses Gesetzes gibt es heute sechs Tageszeitungen in Jordanien, vorher waren es drei (dazu sieben Wochenzeitungen und 17 Periodika, die mit politischen Gruppierungen verbunden sind). Dabei ist zu erwähnen, daß viele der neuen Zeitungen bunte Blätter vom Niveau der „Bild"-Zeitung sind. Ebenfalls Anfang 1993 wurde ein Dekret über die Zulassung von Parteien erlassen. Seit 1957 waren alle politischen Parteien verboten, eine gewisse Ausnahme bildeten allein die Moslembrüder, die nicht als politische Partei, sondern als wohltätige Institution galten, weil der König hoffte, sie in eigenem Interesse instrumentalisieren zu können. Ausgenommen vom 1993er Dekret blieben zunächst die Kommunisten und die Baath-Partei(en). Ein nächster Schritt in der jordanischen „Perestroika" war die Parlamentswahl vom November 1993, zu der nun auch die Linksparteien antreten durften. Änderungen des Wahlgesetzes verfehlten ihre Wirkung im Interesse des Königshauses nicht. Wahlmodus und Einteilung der Wahlkreise begünstigten die Königstreuen von vornherein. So vertritt ein Abgeordneter im dichtbevölkerten Amman 35.000 Wähler, während im gemeinhin Husseintreuen Kerak 11.000 Wähler ein Mandat im Unterhaus besetzen können. Die Wahlbeteiligung war gering, von 1,8 Millionen Wahlberechtigten beteiligten sich nur 821.000 an dem Votum. In dem neuen Unterhaus werden 59 Sitze von Abgeordneten der sogenannten politischen Mitte, also den Parteien des Establishments, oder von nicht parteigebundenen Abgeordneten eingenommen, die von einer rein lokalen oder stammesgebundenen Klientel gewählt wurden, und mit denen Regierung und König fest rechnen können. 16 Sitze errang die Islamische Aktionsfront, die politische Partei der Moslembrüder, zwei weitere unabhängige Abgeordnete gelten ebenfalls als Gefolgsleute der Islamisten. Drei Mandate gewann die Linke (darunter ein Sitz für die Sozialdemokratische Partei, die sich von der Kommunistischen Partei abgespalten hatte; und ein Sitz für die Demokratische Volkspartei, die der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas nahesteht). Das neue Parlament in der erwünschten Zusammensetzung war denn auch die nötige Manövriermasse des Königs bei seinem Abkommen mit Israel. In einem Interview mit Radio Monte Carlo meinte Hussein, der es nicht für nötig befunden hatte, die Volksvertretung überhaupt einzuberufen, um sie über die Vereinbarung zu unterrichten, er sei sicher, daß zwei Drittel der Abgeordneten seine Schritte unterstützten, und deshalb sei es auch nicht nötig, ein Referendum dazu durchzuführen. Was die Opposition angehe, sagte der König, „so glaube ich, daß es sich um eine Minderheit handelt, die nicht die Ansichten der

ändern, rechtsungültig sind und diesen Status nicht ändern können."

Sicherheitsrat Resolution 271, 15. September 1969

Der SR fordert Israel wegen der Brandstiftung in der al-Aksamoschee in Jerusalem auf, „die Bestimmungen der Genfer Konventionen und des Völkerrechts über militärische Besetzung strikt zu beachten, und es zu unterlassen, irgendwelche Behinderungen des Obersten Islamischen Rates von Jerusalem bei der Erfüllung seiner feststehenden Aufgaben zu verursachen..." Er verurteilt, daß Israel es unterlassen hat, die Resolutionen 252 und 267 zu erfüllen.

Hier wurde zum ersten Mal in einer Resolution, die Jerusalem betraf, auf die Genfer Konvention verwiesen und nicht auf die UN-Beschlüsse, die Jerusalem als *corpus separatum* behandeln.

Sicherheitsrat Resolution 298, 25. September 1971

Der SR erklärt die Ungültigkeit der Maßnahmen Israels zur Änderung des Rechtsstatus von Jerusalem. Die Resolutionen des SR 252 und 267 werden bestätigt.

Israels Knesset proklamiert Jerusalem am 29. Juli 1980 als Hauptstadt

Das vereinigte Jerusalem ist die Hauptstadt Israels, Sitz des Staatspräsidenten, der Knesset, der Regierung und des Hohen Gerichtshofes.

6. September 1982. Erklärung auf dem Gipfel der Arabischen Liga in Fez

Israel zieht sich aus den besetzten Gebieten zurück und aus dem arabischen Teil Jerusalems. Ein unabhängiger palästinensischer Staat wird errichtet, mit Jerusalem als Hauptstadt. Die Erklärung basiert auf dem Friedensplan des saudi-arabischen Königs Fahd vom 6. August 1981.

Groß-Jerusalem

1990 begannen 150 militante Juden von Ateret Cohanim im Christenviertel das

leere St. Johns Hospitz zu besetzen. Sie waren die ersten Juden, die seit der Besetzung 1967 versuchten, sich im Christenviertel anzusiedeln. Es folgten heftige Demonstrationen der arabischen Christen und internationale Proteste.

Einige Hundert militante Juden, darunter Knessetmitglieder, stürmten am 9. Oktober 1991 palästinensische Häuser in Silwan im arabischen Ostjerusalem und besetzten sechs. Die Polizei griff ein und holte sie wieder heraus. Am 12. Dezember wurden sechs Häuser besetzt. Die Militanten wurden von der Polizei escortiert, die Palästinenser verjagt.

In der Washington Post vom 10. Oktober 1990 waren schon Pläne bekanntgeworden, die auf eine jüdische Kolonisierung außerhalb der Stadtmauern der Altstadt im arabischen Teil hinwiesen. Vorgesehen waren 22 Orte bei den Dörfern Schaykh Dscharra, Wadi Dschawz, Amerikanische Kolonie, Damaskustor, Dschabal Muqabbir und Silwan. Dort sollten 4.000 Wohneinheiten für Juden errichtet werden.

Der Wohnungsbauminister Ariel Scharon

enthüllte der Knesset am 28. August 1991, daß er Pläne hätte, Jerusalem auszudehnen bis zu den Westhöhen des Jordantals, für eine Bevölkerung von einer Million Juden.

Die zwei Siedlungskreise Jerusalems

Ein innerer Kreis mit Neubauten im arabischen Ostjerusalem und einen äußeren Kreis, der die Siedlung Giva't Zeev im Norden umfaßt, Abir Yaacov, Adam, Almon, Maale Adumin im Osten, Tekoa, Efrat, Gush Etzion und Betar im Südwesten. Die Außenbezirke Jerusalems reichen jetzt bis an die Westbankstädte Ramallah, Jericho und Hebron.

Der israelische Einwanderungsminister Yair Tsaban (Meretz)

erklärt, daß Israel seit 1967 23.000 Dunum Land enteignet hat, das entspreche etwa einem Drittel seiner gesamten Fläche (1 Dunum enspr. 1.000qm; 23.000 Dunum

Mehrheit des jordanischen Volkes vertritt, aber diese Frage steht nicht zu Diskussion, bevor nicht das Ergebnis der anstehenden Verhandlungen feste Gestalt angenommen hat."[4] Diese Beschreibung der Stärke der Opposition dürfte allerdings ein Produkt von Wunschdenken sein.

Ich habe im Lande niemanden getroffen, der die Abmachungen ohne wenn und aber begrüßt hätte. Klar, daß bei Gesprächen mit Palästinensern zum Beispiel im Lager Baq'a (etwa 100.000 Einwohner) die Ablehnung der Abmachungen allgemein ist: Diese Menschen sind 1948 aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden, lebten dann in Lagern auf der Westbank und wurden 1967 erneut verjagt. Welche Regelungen gegenwärtig auch immer ausgehandelt werden - diese Menschen bleiben auf jeden Fall außen vor. Sehr genau registrieren sie auch bestimmte Untertöne des jordanischen Establishments, das schon mal relativ offen davon spricht, daß es doch recht nützlich wäre, sich dieses Teils der palästinensischen Diaspora, der in den Lagern lebt, irgendwie zu entledigen. Da in ihren Augen die PLO-Führung ihrerseits eine gewisse Kumpanei mit Israel eingegangen ist, richtet sich der Hauptzorn in den Lagern gegen Arafat und nicht einmal so sehr gegen König Hussein. Die politischen Exponenten in Baq'a sind die mit den jordanischen Moslembrüdern eng verbundene Hamas-Bewegung sowie die PLO-Oppositionsgruppen (insbesondere die Fatah-Intifada - auch als Abu-Musa-Gruppe bekannt, aber auch die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas).

Ein Funktionär einer der islamistischen Gruppen erläuterte mir die Position der jordanischen moslemischen Opposition: Angesichts jüngster Erfahrungen könne es weder in Palästina eine Zwei-Staaten-Lösung noch anderweitige Vereinbarungen mit Israel gebe. Die Beseitigung Israels sei die einzig mögliche Lösung des Konflikts. Der eigentliche Schock aber sei es gewesen, daß in dem israelisch-jordanischen Abkommen vom 25. Juli der jordanischen Monarchie ein Mitspracherecht für eine künftige Regelung des Status der Heiligen Stätten in Jerusalem eingeräumt worden sei. Das nämlich bedeute, daß mit Zustimmung der jordanischen Regierung die Jerusalem-Frage auf das Problem der Heiligen Stätten reduziert wurde. Mit anderen Worten: Die islamische Opposition in Jordanien war der Auffassung, mit dem Abkommen habe Jordanien endgültig der Annexion Jerusalems durch Israel zugestimmt, und damit Verrat am Islam und an der arabischen Sache begangen.

Es war, so mein Eindruck, ein leiser Schock in Jordanien, ohne Aufruhr, ohne Demonstrationen, aber mit viel Verbitterung und Wut. In Baq'a hörte man im vorigen Herbst von zahlreichen Verhaftungen an der islamischen und der linken Basis. Die Geheimpolizei, der Mukhabarat, griff zu, sperrte ein, ließ wieder frei, mal früher, mal ein wenig später. Gefoltert wird allen Aussagen zufolge nicht mehr. Das einzige erkennbare Muster dieses Vorgehens: Die Opposition soll permanent eingeschüchtert werden.

Im Spannungsfeld zwischen dem erklärten Wunsch der jordanischen Führung nach guten Beziehungen zu Israel und der ablehnenden Haltung der Bevölkerung tun sich zahlreiche widersprüchliche Erscheinungen auf. Die Grenze nach Westen ist offener geworden (einschließlich der Öffnung neuer Grenzübergänge), aber auf offiziellen jordanischen Landkarten erscheint der Name Israel nicht. Seit dem 1. Februar 1995 führt der Grenzübergang an der König-Hussein-(Allenby-) Brücke über den Jordan erstmals einen offiziellen Grenzstempel, bis dato reiste man dort mit Papieren, die so taten, als bleibe man im Lande. Gegenstand heftiger Debatten ist in Jordanien die Frage, ob nun auch die Schulbücher hinsichtlich der Geschichte Palästinas umgeschrieben werden müßten. Das Gesetz 66 von 1953, das Handel mit Israel verbietet, muß aufgehoben werden, und auch das Gesetz 30 von 1973, das Bodenverkauf an Israelis verbietet, steht zur Disposition. Andererseits gibt es zahlreiche Besucher aus Israel in Amman, aber eine ganze Reihe von jordanischen Berufsverbänden hat sich entschieden gegen Kontakte mit den vergleichbaren israelischen Verbänden ausgesprochen. Man verwies darauf, daß der jordanische Demokratisierungsprozeß mit dem Abschluß der Abkommen ins Stocken gekommen sei. Menschenrechtsorganisationen beklagten zunehmende Verletzungen der Bürgerrechte.

Wirtschaftliche Perspektiven der Normalisierung

Nicht erst seit dem letzten Herbst wird im jordanischen Establishment darüber spekuliert, wo die Vorteile der Abkommen mit Israel für Jordanien liegen. Zunächst nahm man mit Erleichterung die amerikanischen Zusagen zur Kenntnis, die sicherlich für die Zustimmung Jordaniens eine wichtige Rolle spielten. Präsident Clinton hatte den Kongreß aufgefordert, Jordanien die direkten Schulden in Höhe von 702 Millionen Dollar gänzlich zu erlassen und neue Militärhilfe zu bewilligen. Das scheint, verglichen mit der jordanischen Gesamtverschuldung (1992 waren es 7,3 Milliarden Dollar) nicht sehr viel. Aber: „Für eine Wirtschaft, deren Bruttosozialprodukt insgesamt wenig mehr als 4 Milliarden Dollar beträgt, könnte dieser Schritt eine Dosis wirtschaftlichen Adrenalins bieten."[5] Indessen hat man sich im amerikanischen Kongreß nur zu einer Reduzierung der jordanischen Schulden um 225 Millionen Dollar in diesem Jahr entschließen können. Die Clinton-Administration hat indessen für das Haushaltsjahr 1996 für Jordanien Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 48 Millionen Dollar beantragt, was enttäuschend wenig ist, wenn man diese Summe mit dem vergleicht, was Israel zugesagt wurde. Der bis Ende des vorigen Jahres amtierende Ministerpräsident Abdul Salam al-Majali hat in einem Vortrag vor der Rand Foundation in Los Angeles darauf aufmerksam gemacht, daß ein Friedensschluß mit Israel Jordanien von einer Reihe Belastungen befreien würde. So haben die israelischen Behörden seit 1970 Einfuhren aus Jordanien und jordanische Investitionen in den besetzten Gebieten unterbunden und zugleich den palästinensischen Markt für israelische Produkte geöffnet. Dies habe Israel in zwanzig Jahren einen Handelsüberschuß von 7,5 Milliarden Dollar eingebracht, wohingegen sich der Verlust für Jordanien auf 2 Milliarden Dollar belaufe. Außerdem, so Majali, würden Jordaniens Schulden, „die wir als direktes Resultat des Konflikts angesammelt haben, ein reales Hindernis für unsere progressive Politik" darstellen[6]. Majali hat zugleich auf die Möglichkeit negativer Folgen der Vereinbarungen hingewiesen: „Die kurzfristige fiskalische Auswirkung ist für Jordanien wahrscheinlich negativ. Die Weltbank schätzt, daß unser Bruttosozialprodukt sich jährlich um vier Prozent verringern wird." Der Ministerpräsident hat keine Angaben darüber gemacht, worauf sich diese Prognose im Einzelnen gründet.

Erwähnt aber wurde eine Auswirkung des Gaza-Jericho-Abkommens zwischen Israel und PLO: Allein die Möglichkeit der Schaffung einer eigenen palästinensischen Währung habe in den besetzten Gebieten bereits zu einer Flucht aus dem jordanischen Dinar und in den US-Dollar geführt, und es habe ähnliche spekulative Schritte in Jordanien selbst gegeben. Die Öffnung der Wirtschaftsgrenzen zwischen Israel und Jordanien wird nicht folgenlos bleiben. Dem jordanischen Bruttosozialprodukt in Höhe von vier Milliarden Dollar jährlich stehen in Israel 64,3 Milliarden Dollar gegenüber. Angesichts dieses Mißverhältnisses wächst die Furcht, daß der schwache jordanische Markt in kürzester Frist von der israelischen Wirtschaft überrannt werden könnte. Ungeachtet der jordanischen Bemühungen, europäische oder amerikanische Investoren zu Gemeinschaftsunternehmen ins Land zu holen, ziehen es diese offenbar vor, ihre künftigen Nahostgeschäfte via Israel abzuwickeln. So wurde das Projekt zum Bau einer Magnesium-Fabrik am Toten Meer vom Volkswagen-Konzern nicht mit Jordanien sondern mit Israel abgeschlossen. Projekte von Daimler Benz über den Ausbau des nahöstlichen Eisenbahnnetzes werden in Israel und nicht in Amman debattiert. Auffällig auch, daß die großen japanischen Gesellschaften Büros in Israel eröffnet haben. Selbst das am 3. Oktober 1994 in Washington zwischen Israels Außenminister Peres und dem jordanischen Kronprinzen Hassan vereinbarte Projekt für die Entwicklung der Jordan-Senke (JRV) ist nicht vorangekommen. Energiegewinnung, Ausbau der Landwirtschaft und Tourismus sollten „hunderte von Arbeitsplätzen" schaffen - ein recht bescheidenes Ziel. Ein internationales Symposium in Amman sollte im April dieses Jahres den Startschuß geben. Aber „alle Teilnehmer reisten enttäuscht ab"[7]. Jordanien hatte bei diesem Symposium 30 Projekte mit einer Investitionssumme von 4 Milliarden Dollar vorgestellt, darunter eine Küstenstraße am Golf von Aqaba von Aqaba über Eilat nach Taba, eine Eisen-

entspr. 2.300 Hektar). 85% des Landes sei vormals arabischer Besitz gewesen. Darauf seien 35.000 Wohneinheiten errichtet worden - „ausschließlich für Juden". Wohnungsbauminister Benjamin Ben-Eliezer gab am 9. Mai 1995 als Zielplanung für die kommenden Jahre den Bau von 30.000 neuen Wohnungen bekannt[2].

Bericht der Menschenrechtsorganisation B'tselem vom 14. Mai 1995

Seit 1967 sind in jüdischen Siedlungen Ostjerusalems 64.870 Wohnungen gebaut worden (arabische Wohnungen 8.890). Die Regierung „unterdrückt jede Bautätigkeit und Entwicklung für die palästinensische Bevölkerung." Teddy Kollek, ehemaliger Bürgermeister von Jerusalem, erklärte zu der Frage, daß er doch soviel für die Araber der Stadt gemacht habe: „Quatsch! Märchen! Der Bürgermeister tat nichts. Für das jüdische Jerusalem tat ich etwas. Für Ostjerusalem? Nichts. Bürgersteige? Keine. Kulturelle Einrichtungen? Nicht eine. Ja, wir bauten ein Abwassersystem und verbesserten die Wasserversorgung. Glauben Sie, das taten wir zu ihrem Vorteil? Vergessen Sie das. Es gab ein paar Cholerafälle. Die Juden fürchteten, sie könnten sich anstecken, also installierten wir Wasser- und Abwassersysteme"[3].

18. Mai 1995

Die USA blockieren eine Resolution, die von allen anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates der UN unterstützt wurde. Die entscheidende Stelle in der beantragten Resolution lautete, daß „die Enteignung von Land durch Israel, die Besatzungsmacht, in Ostjerusalem ungültig ist und gegen relevante Entschließungen des Sicherheitsrates und gegen die Bestimmungen der IV. Genfer Konvention vom 12. August 1949 verstößt[4].

■ *Norbert Mattes ist freier Journalist und Mitarbeiter der Redaktion.*

Anmerkungen:

1) Moskin, J.R. (1982): Among Lions: The battle of Jerusalem, June 5-7 1967, New York, 1982, 308.
2) Frankfurter Rundschau vom 10. Mai 1995.
3) Frankfurter Rundschau vom 15. Mai 1995.
4) Neue Züricher Zeitung vom 19. Mai 1995.

bahnverbindung von Haifa nach Mafraq, vom Mittelmeer zum Roten Meer und einen gemeinsamen Flugplatz für Israel und Jordanien. Für all diese Projekte gebe es weder Machbarkeitsstudien, noch Kostenschätzungen oder einen Zeitrahmen, kritisierten die angepeilten Investoren.

Anfangs wurde in Jordanien zweckoptimistisch gedacht und Befürchtungen entgegengetreten, israelische Waren könnten den jordanischen und arabische Märkte überfluten. Israelische Erzeugnisse, so Dr. Abdallah Malki, der Vorsitzende der

„Jordaniens bürokratische Szene war durch Ineffektivität und Korruption gekennzeichnet"

jordanischen Bankenvereinigung, seien entweder von geringer Qualität oder teuer, so daß sie andere ausländische Produkte auf den arabischen Märkten nicht ersetzen könnten. Im Gegenteil würden die Israelis den Wettbewerb mit jordanischen Produkten fürchten. Die „Süddeutsche Zeitung" hingegen zitierte den jordanischen Bankier Riad al-Chouri mit den Worten: „Wir müssen davon ausgehen, daß Israel nach dem militärischen und dem politischen Sieg in den nächsten Jahren auch einen ökonomischen Sieg über uns davonträgt."[8] Hinsichtlich der geplanten Vernetzung der Volkswirtschaften Israels und Jordanien meinte das Blatt, nach Meinung von Experten entsprächen diese Vernetzung einem Joint Venture zwischen einem Konzern und einem Krämerladen. Wie zur Bestätigung solcher düsterer Vorhersagen liest sich die Bilanz des ersten erfolgreichen Resultats der jordanisch-israelischen Vereinbarungen: Touristen reisen in größerer Zahl nach Jordanien. Doch es sind bislang zumeist Tagesreisen von Leuten, die sich vielfach auch Essen und Trinken mitbringen, und die demzufolge nur sehr wenig Geld in Jordanien lassen. Den Markt für die Jordanienreisen beherrscht der israelische Reiseunternehmer Galilee Tours, der entgegen jordanischer Hoffnungen die größten Gewinne einstreicht. Wenigstens in den ersten Julitagen gab es eine echt positive Nachricht: Israel begann damit, 28 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Tiberias-See nach Jordanien zu pumpen, so wie es im Annex zum Friedensvertrag vorgesehen ist. Damit kann die in jedem Sommer spürbare Wassernot in Jordanien gelindert werden.

Die jordanische Führung hat sich angesichts der wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen schon vor einiger Zeit zu einer Flucht nach vorn entschlossen. Sie räumte relativ offen ein, daß nicht alles im Lande zum Besten stehe und versprach schnelle und durchgreifende Besserung.

Mit dem seit dem 8. Januar 1995 amtierenden neuen Premier Scherif Said Ben Shaker hat der König einen engen Verwandten und Vertrauten, der in der Vergangenheit oft höchste Verantwortung für Sicherheitsfragen trug, an die Regierungsspitze berufen. In dessen 31-köpfigen Kabinett sitzen 17 Parlamentsabgeordnete, so daß mit Ausnahme der Islamisten und einiger Linker nunmehr alle wichtigen politischen Gruppen in die Regierungsverantwortung eingebunden sind. Die Spanne reicht vom (auch bereits zuvor amtierenden) Innenminister Salama Hammad, der sich durch hartes Vorgehen gegen die Islamisten einen Namen gemacht hat, bis zu dem neuen Außenminister Abd al-Karim Kabariti, von dem sehr kritische Töne gegen Israel zu hören sind. Ben Shaker war bereits 1989 Regierungschef, als die Demokratisierung Jordaniens eingeleitet wurde, er weigerte sich 1992 als Premier, ein Abkommen zu unterzeichnen, das sein späterer Nachfolger Majali als jordanischer Chefunterhändler mit Israel ausgehandelt hatte. Die Regierung Ben Shaker sei „eingezwängt zwischen dem Zwang, die Opposition zu befrieden und den Demokratisierungsprozeß am Leben zu erhalten, der Notwendigkeit, Gesetze auf den neuesten Stand zu bringen, die Bürokratie und den 'Tribalismus' zu bekämpfen und schnell zu Modernisierung und Pluralismus voranzuschreiten."[9] Anfang Juli lag dem Parlament der Vorschlag für eine Änderung des Anti-Israel-Boykott-Gesetzes vor, und Beobachter erwarteten, daß sie problemlos beschlossen werden.

Eigens zum Zweck durchgreifender Reformen hatte König Hussein schon im Spätsommer 1994 eine „Königliche Kommission für Modernisierung und Entwicklung" berufen, an deren Spitze der Bruder des Königs, Kronprinz Hassan steht. Hassan gilt als Experte für Wirtschaft und Entwicklung, wohl auch deshalb, weil er einer der maßgebenden Eigentümer der größten und aktivsten jordanischen Banken, der Housing Bank, ist. In einem Brief an seinen königlichen Bruder hatte der Kronprinz seine Vorstellungen umrissen. Die Kommission solle die „richtige ökonomische Atmosphäre schaffen," damit die Entwicklung als „nationale kollektive Anstrengung" vorangetrieben werden könne[10]. Seit der Ankündigung der Königlichen Kommission fielen auch in den Medien ungewohnt kritische Worte. Die Bürokratie wurde beklagt, die Nichtbefolgung von Gesetzen und Regeln, oftmals würden die Reputation und Glaubwürdigkeit des Staates unterminiert. Man müsse also endlich die Gesetze durchsetzen, auch - so betonte Kronprinz Hassan in seinem Schreiben an seinen königlichen Bruder nachdrücklich - im Interesse des Fiqh, der islamischen Jurisprudenz(!), ohne Diskriminierung oder Bevorteilung. Die Zeitungen stimmten in die Melodie ein. „Jordaniens bürokratische Szene unter verschiedenen Ministerpräsidenten und Regierungen war durch Ineffektivität und Korruption gekennzeichnet," hieß es in der „Jordan Times" vom 13.8.1994. Aber: „Seine Majestät haben den rechten Mann nominiert," der nun Jordanien in die Zukunft führt und die „richtigen sozialen, politischen, intellektuellen und ökonomischen Strukturen unseres Lebens schafft." Die Voraussicht und Vision des Kronprinzen Hassan sei „von der Zeit geprüft" worden, und man könne sich niemand besseren vorstellen, Jordanien in die neue Zeit zu führen.

Anmerkungen:

1) „Journal of Palestine Studies", No. 95, Spring 1995, 65.
2) The Middle East, Februar 1994.
3) Alle Angaben lt. International Herald Tribune, 25.5.1993.
4) Jordan Times, 18.8.1994.
5) Business Week, 8.8.1994.
6) Jordan Times, 30.8.1994.
7) The Middle East, London, Juli 1995.
8) Süddeutsche Zeitung, 17.8.1994.
9) Middle East International, London, 9. Juni 1995.
10) Jordan Times, 15.8.1994.

„Asad ist nicht Sadat“: Die syrisch-israelischen Verhandlungen

Norbert Mattes

Kontakte und Zusammenarbeit zwischen arabischen und jüdischen Nationalisten gab es seit den Anfängen der Zionistischen Bewegung. Unter dem Osmanengouverneur Dschamal Pascha, der im 1. Weltkrieg zusammen mit dem deutschen General Falkenhayn Richtung Suez marschierte, saßen arabische Nationalisten und Zionisten 1916 zusammen im Gefängnis von Damaskus; beide galten als Verräter am Osmanischen Reich. Emir Faysal, seit der Eroberung von Damaskus durch die Britisch-Arabische Allianz 1918 legitimer Herrscher in einer nur wenige Monate dauernden Unabhängigkeitsphase, in der er zum König erklärt wurde, unterstützte 1920 Elias Sassun bei der Herausgabe einer Zeitung, die zur Verständigung zwischen Juden und Arabern beitragen sollte.[1] Der Einmarsch der Franzosen in Damaskus beendete das Projekt.

Während der britischen und französischen Mandatszeit, vor der Gründung des Staates Israel, versuchten die Zionisten immer wieder in Kontakt mit den syrischen Nationalisten zu kommen (weniger mit den palästinensischen). Sie boten ihre Hilfe im Kampf gegen die Kolonialmächte an. Der Präsident des Nationalen Blocks in Syrien Shukri al-Quwwatli und andere Blockpolitiker waren durchaus für eine jüdisch-arabische Entente, aber daß sie im Gegenzug die uneingeschränkte Einwanderung und die Siedlungstätigkeit unterstützen sollten, lehnten sie ab.[2]

Nach der Gründung des Staates Israel 1948 versuchte der syrische Oberst Husni az-Za'im nach seinem Militärputsch 1949 gegen die Regierung Quwwatli und Khalid al-Azm in Damaskus, ein Friedensangebot an Israel zu machen. Seine Vertreter bei den syrisch-israelischen Waffenstillstandsverhandlungen signalisierten seine Bereitschaft für Frieden, gegenseitige Grenzöffnung, Wirtschaftsbeziehungen und Botschafteraustausch, so berichten die israelischen Generäle Makleff und Yehoshua Palmon. Ben Gurion lehnte jedoch ab, sich mit az-Za'im zu treffen.[3] Ein weiteres Mal signalisierte ein syrischer Militärdiktator (Adib Shishakli) 1952 seine Friedensbereitschaft. Ben Gurion zog die militärische Option vor.[4] Die USA unterstützten diese Friedensinitiativen. Sie selbst initiierten Friedensbemühungen zwischen Israel und Ägypten (Projekt Alpha).

Der israelische Militärüberfall auf Gaza, die Operation Susanna (Lavon-Affaire), die Entführung (1954) eines syrischen Passagierflugzeuges, das in Lydda zur Landung gezwungen wurde[5], und der Krieg gegen Ägypten 1956 setzten den Friedensbemühungen ein Ende.

Eine Friedensinitiative gab es erst wieder 1971, als vom State Department der USA der Rogersplan vorgelegt wurde. Präsident Sadat von Ägypten machte auf dieser Grundlage ein ernsthaftes Friedensangebot. Israel lehnte ab. Yehoshua Leibovitz hatte damals für den Roger-Plan plädiert, er sei fair und optimal für Israel. Nach dem von Ägypten und Syrien begonnenen Krieg 1973 zur Rückeroberung des 1967 von Israel eroberten Sinai und Golan begannen die Verhandlungen unter Vermittlung von Außenminister Kissinger, der William Rogers abgelöst hatte. Syrien und Israel unterzeichneten in Genf 1974 ein Abkommen: Die Stadt Quneitra auf dem Golan wurde an Syrien zurückgegeben. US-Außenminister Kissinger gelang es, Sadat für ein separates Friedensabkommen mit Israel 1979 zu gewinnen. Für Israel, so sieht es der Stratege Avner



Middle East International

Yaniv, wurde die starke Militärmacht Ägypten neutralisiert. Somit war es Israel möglich, die Besiedlungsaktivitäten in der Westbank fortzusetzen und mit zunehmender US-Rückendeckung seinen nördlichen Nachbarn anzugreifen (1978 Litaniaktion).[6]

Das Friedensangebot der Arabischen Liga (Fez 1982) wurde von Israel abgelehnt. Nach dem Ende des zweiten Golfkrieges 1991, versuchten die USA die Weichen in Richtung einer regionalen Friedenskonferenz zu stellen. Die Forderung nach einer internationalen Konferenz wurden von ihr und Israel abgelehnt. Der Auftakt des Friedensprozesses bildete die Konferenz in Madrid Ende 1991.

Verhandlungsschwerpunkte

1. Rückgabe des Golan

Der Faktor Ökonomie spielt bei der Rückgabe des Hochplateaus Golan keine große Rolle. Für die Syrer ist die Rückgabe des Golan im wesentlichen eine Prestigefrage, die jedoch einen historischen Kern hat, der nicht nur etwas zu tun hat mit den Kriegen 1967 und 1973, sondern auch mit der Geschichte der Nation im antikolonialen Kampf. Über die Stadt Quneitra verlief die Infrastruktur der gegenseitigen Hilfe zwischen Palästinensern und Syrern: 1925-1927 während des Aufstands der Syrer gegen die Franzosen, 1936-1939 beim Aufstand der Palästinenser und wieder im Krieg 1948 gegen Israel. Der syrische Regisseur Muhammad Malas hat die Geschichte der Stadt zwischen 1936 und 1949 kritisch nachgezeichnet in seinem Film *al-layl* (1993).[7]

Die Israelis hatten den Golan im 67er Krieg erobert. Vor 1967 betrug die Golanbevölkerung 130.000 Menschen in 129 Dörfern. Sie wurden vertrieben oder flohen. Nur den 6.396 Drusen wurde erlaubt zu bleiben, weil man vermutete, daß sie mit Israel kooperieren würden. Als klar wurde, daß dies nicht der Fall war, griff die israelische Regierung zu den üblichen Maßnahmen in den von ihr besetzten Gebieten: Ausgangssperren, Administrativhaft und Restriktionen bei der Wasserbenutzung. Heute leben dort 16.500 Syrer in 6 arabischen Dörfern, die meisten davon sind Drusen. Hinzu kommen ungefähr 15.000 Israelis in 35 Siedlungen.

Als Israel am 14. Dezember 1981 den Golan annektierte und der arabischen Bevölkerung die israelische Staatsbürgerschaft verordnen wollte, gab es Massendemonstrationen und Streiks. So haben sie bis heute den Status von Einwohnern Israels ohne Staatsbürgerschaft.[8]

Syrien fordert von Israel die Erfüllung der Resolutionen des Sicherheitsrates 224, 338 und 425. Die Resolution 242 von 1967 regelt den „Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden", die Res. 338 vom Oktober 1973 fordert die Erfüllung der Res. 242 mit all ihren Bestandteilen und in der Res. 425 wird Israel aufgefordert, „seine Streitkräfte unverzüglich aus dem gesamten libanesischen Territorium abzuziehen."

2. Der militärische Faktor und die Wasserfrage

Die Demilitarisierte Zonen (DMZ) zwischen Israel und Syrien befanden sich, gemäß dem Waffenstillstandsabkommen vom 20. Juli 1949, im Nordgolan bei Banyas, am Hula- und Tiberiassee. Strategisches Ziel Israels war die Erlangung der Souveränität über die DMZ und die exklusive Kontrolle über den Tiberiassee. Deshalb wurde mit der Trockenlegung des Hulasee-Marschgebietes begonnen.[9] Die Durchführung eines Wasserprojektes machte die Zerstörung arabischer Dörfer notwendig. Die Bewohner wurden nach Syrien vertrieben oder nach Westgaliläa umgesiedelt. Israels Entwässerungsarbeiten am Hulasee wurden von ständigem Beschuß der Syrer begleitet. Es folgten militärische Vergeltungsschläge Israels.[10] 1962 forderte der UN-Sicherheitsrat Israel und Syrien auf (Res. 171 vom 9.4.), die dauernden Beschießungen zu stoppen und die Waffen ruhen zu lassen. Die Syrier beschossen auch Siedlungen, um die Besetzung der DMZ zu verhindern. Seit dieser Zeit wird immer wieder von Israel, mit Verweis auf den Beschuß der Syrer, auf die wichtige strategische Position des Golan im Sicherheitskonzept Israels hingewiesen.

1963 wurde ein israelisches Wasserprojekt am Hauptwasser des Jordan vollendet und im November 1964 weitere begonnen. Die Syrier antworteten mit Beschuß. Israel setzte die Arbeiten ungehindert fort. Syrien begann 1964 ebenfalls mit Unterstützung Jordaniens und des Libanon mit einem eigenen Projekt zur Wasserumleitung. Die Folge waren israelische Luftangriffe bis 8 Meilen hinter die syrische Grenze. Syrien war gezwungen, die Arbeiten einzustellen. Statt das eigene Militär einzusetzen, unterstützte man jetzt aktiv palästinensiche Guerillas bei ihren Aktionen. Im April 1967 kurz vor Ausbruch des Krieges kamen die israelischen Vergeltungsschläge. Israelische Jäger flogen bis Damaskus.



aus: Middle East Report Nr. 194/5, 1995, 45.

Die Frage des Golan im Sicherheitskonzept Israels ist heute im Zeitalter der modernen Waffentechnik und angesichts Israels Atommacht auch in Israel umstritten.

Bei den Verhandlungen Ende 1994 in Washington nahmen zum ersten Mal ranghohe Militärvertreter beider Seiten teil. Israels Sicherheitsinteressen sind: Demilitarisierung des Golan (drastisches Ausdünnen des syrischen Militärs im Norden des evakuierten Gebietes), die Einrichtung von elektronischen Beobachtungsposten, die Dauer des israelischen Rückzuges (Israel dachte an einen Rückzugszeitraum von 10 Jahren) und die Reduzierung des Militärs ingesamt. Bisher hat Syrien sofortigen Abzug verlangt, aber durchaus Flexibilität signalisiert. Die Beobachtungsposten wurden abgelehnt. Was die Demilitarisierte Zone betrifft, verlangt Syrien, daß auf beiden Seiten ein Gebiet von gleicher Tiefe (geographische Symmetrie der DMZ) vorgesehen werden muß, was Israel mit dem Verweis, daß Syrien weit größer ist als Israel, ablehnt. Anfang Juni 1995 legten die USA einen Vorschlag vor, um den Standpunkt Syriens in bezug auf die geographische Symmetrie der geplanten demilitarisierten Zone aufzuweichen.[11]

Wie oben ersichtlich, spielt bei dem Konflikt der Faktor Wasser vom Anfang an eine wesentliche Rolle. 40% der gesamten Wasssermenge, die in Israel benutzt wird, kommt vom Jordan- und Yarmukwasser. Reich an Wasser ist das Gebiet um den Berggipfel Hermon mit dem Hauptwasser des Jordan und der Banyasquelle. Bei einer Untersuchung wurde festgestellt, daß die Grundwasserressourcen des Golan mengenmäßig doppeltsoviel ausmachen, wie das Wasser des Tiberiassees.[12] Sollte die Rückgabe des Golan tatsächlich bis zu den 67er Grenzen durchgeführt werden, würde das für Israel einen Verzicht auf Wasser bedeuten. Deshalb wird ein Kompromiß angestrebt. Syrien deutete seine Bereitschaft an, über die Partizipation der Wasserressourcen nach dem Rückzug zu verhandeln.[13] In Israel kritisierte der Journalist Ze'ev Schiff, daß bei den Verhandlungen die Sicherheitsfrage und das Militärtechnische eine größere Rolle spielen als die Frage der Sicherung der Wasserressourcen. Dabei sei das die strategisch wichtigste Frage, die man nicht den Militärs überlassen könne. Er fordert, daß israelische Wasserexperten bei den Verhandlungen hinzugezogen werden.[14]

3. Siedler im Golan oder "we shall (not) be moved"

Bei dem Friedensprozeß zwischen Israel und Syrien macht die Siedlerbewegung des Golan die Begleitmusik, unterstützt von Kampagnen durch Rechtsparteien und außerparlamentarische Gruppen. Autoaufkleber verkünden, daß der Golan israelisch bleiben muß. Unter den heftig protestierenden Siedlern des Golan befinden sich viele Unterstützer der Arbeitspartei. Sie sind enttäuscht von Rabin, erwarteten sie doch eine Bestätigung ihrer Siedlertätigkeit im Rahmen der Souveränität Israels und der Verteidigung seiner Grenzen. Nicht alle Siedler sind Anhänger einer Groß-Israel Ideologie. Bis jetzt haben sich aber nur wenige der Golansiedler der Initiative *Wiederansiedlung der Siedlerfamilien in Israel (habaita*, nach Hause) angeschlossen. Wie die Mehrheit der Israelis sich bei der Frage der Räumung des Golan als Preis für den Frieden entscheidet, wird sich bei dem angestrebten Referendum zeigen.

4. Abzug aus dem Libanon

Warum stellt Syrien die SR-Resolution 425 zur Bedingung? Syriens Anwesenheit im Libanon ist im Abkommen von Taif 1989 legitimiert worden. Allerdings ist das Rückzugsdatum bis zur Beqaa-Ebene längst überfällig. Solange aber Israel den Südlibanon besetzt hält, wird auch Syrien nicht abziehen. Wenn die Rahmenbedingungen zwischen Israel und Syrien geklärt sind, wird die Entwaffnung der Hizbullah anstehen. Verhandlungen mit dem Libanon werden folgen.



Demonstration zum Jahrestag der Machtübernahme durch die Baath Partei R.Maro

Bei einer israelischen Fernsehdebatte am 21. Dezember 1994 diskutierten Generäle über eine Lösung im Südlibanon. Die militärischen Aktionen der Hizbullah (280 Aktionen 1994) und ihre Propaganda bereiten Kopfschmerzen.[15] Unter der von Israel finanzierten Südlibanesischen Armee herrscht Demoralisierung. Ihre militärischen Führer verlangten von Rabin, daß ihre Eingliederung in die libanesische Armee und die sichere Ansiedlung ihrer Familien in einem Friedensvertrag mit Syrien geregelt werden solle.[16] Unzufriedenheit scheint sich auch in der israelischen Armee breitzumachen. Kommentar eines israelischen Militärs: „Hizbullah ist

eine Mini-Israelische Armee. ...Sie sind so gut, wenn sie uns attackieren, weil sie die Methoden benutzen, die unsere Offiziere den Soldaten des Schah von Iran lehrten, mit denen die Hizbullah von den iranischen Offizieren der Khomeini-Ära umgeschult wurden."[17]

Solange Israel den Südlibanon besetzt hält, wird auch Syrien nicht abziehen

Nach der Verhängung der israelischen Seeblockade gegen südlibanesische Fischer Anfang 1995 war auch die libanesische Regierung gezwungen, einen härteren Standpunkt gegenüber Israel zu vertreten. Zum Jahrestag der israelischen Invasion 1978 entfaltete sie nach 16 Jahren zum ersten Mal wieder Aktivitäten und drängte auf die Einhaltung der SR-Resolution 425.[18]

5. Weitere israelische Forderungen

Ähnlich wie es im Vertrag mit Jordanien geregelt ist, fordert Israel die vollkommene Normalisierung der Beziehungen, die sofortige Grenzöffnung und die Eröffnung einer Botschaft in Damaskus. Weiterhin soll sofort mit der Kooperation in Handels- und Wirtschaftsfragen begonnen werden. Für jeden Meter Rückzug ein Stück Normalisierung. Warum, fragt die Zeitung *al-quds al-carabi* vom 2.6.95, verlangen sie für die Freigabe des Golan einen solch hohen Preis? Israel Shahak ist der Meinung, daß es Israel nicht um wirkliche Integration sondern um Hegemonie im gesamten Mittleren Osten geht.[19] Solange die Rückgabe des Golan nicht vertraglich geregelt ist, wird Syrien keine Aktivitäten auf multi- oder bilateraler Ebene entfalten. Die Erfahrungen in Ägypten und Jordanien zeigen, daß nur die Regierungen die Normalisierung mit Israel propagieren. Dies wird sich erst dann ändern, wenn die permanenten Konfiszierungen arabischen Bodens und die Siedlungstätigkeiten gestoppt werden.

Am 13. September 1993 unterschreiben die PLO und Israel die *Declaration of Principles* (Oslo-Abkommen). Dies wird von vielen Israelis und Palästinensern begrüßt. Der Friede schien näherzurücken. Die wichtigsten Kritiker dieses Abkommens, von Haydar Abdashshafi bis Mahmud Darwish, kritisieren Arafats diktatorischen Alleingang, und daß das Abkommen nicht unter gleichen Partnern geschlossen wurde, sondern in der Haltung von Sieger und Besiegten (siehe dazu den Artikel von Raja Shehadeh i.d. Heft). Michael Warshawski vom Altervativ Information Center (AIC) Jerusalem charakterisiert die zwei Kontrahenten als „Gefängnisdirektor, der den Sprecher der Gefangenen trifft", die nun in dieser Konstellation weiter verhandeln müssen.[20]

Trotz weiterer Friedensverträge herrscht kalter Frieden

Zwischen Israel und der PLO wurde im Mai 1994 das Kairo-Abkommen unterschrieben, Jordanien und Israel unterzeichneten im Juli die Washington-Erklärung. Der Friedensvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Haschemitischen Königreich Jordanien sollte am 26. Oktober 1994 unterzeichnet werden. Für die Regierung Rabin ein großer Erfolg. Wie schon Sadat und Begin seitens der USA 1979 mit einer Dollarhilfe bedacht wurden, wurde jetzt an König Hussein gedacht. Allerdings konnten die Israelis ihr Versprechen, daß im Gegenzug für einen schnellen Frieden, die USA Jordanien 750 Mio. US-$ Schulden erlassen würden, nicht halten[21]. Der Kongreß bewilligte nur 225 Mio. US-$.

Ende 1994 versuchte Außenminister Christopher, Syrien zu Kompromissen zu bewegen. Er konnte Saudi-Arabien und weitere fünf Mitglieder des Golf-Kooperationrates überzeugen, den Sekundärboykott gegen Israel aufzugeben.[22] Sofort wurden die Vertreter der Golfstaaten von Faruq ash-Shar'a, Außenminister Syriens, bei der Eröffnungssitzung der UN-Vollversammlung kritisiert. Ihre Aktion diene nicht den Interessen der arabischen Friedensunterhändler.[23]

Bill Clinton kam Ende 1994 nach Damaskus und Tel Aviv. In Israel hoffte man, daß er Asad in verschiedenen Punkten überzeugen könne. Doch Clinton enttäuschte: wiederholte er doch nur viele von Asads Statements wie „gerechter Frieden" und „Land für Frieden", und daß ohne Syrien kein regionaler Frieden möglich sei.[24]

Am 22. Dezember 1994 trafen sich in Washington die beiden Botschafter und hohe Militärs, die Generalstabschefs Ehud Barak und Hikmat Shihabi und weitere Offiziere. Man verhandelte über militärisch-technische Details.[25] Die Teilnahme der beiden amerikanischen Unterhändler Martin Indyk (NSC) und Dennis Ross (State Department), beide bekannte Israel-Lobbyisten, veranlaßten den Nah-Ost Journalisten Donald Neff zu bemerken, daß durch diese Konstellation Clinton der Druck von zionistischer Seite erspart bliebe.[26] Auf der Washingtoner Ebene ist man sich jedoch näher gekommen, wenn man bedenkt, daß zu der Bar Mitzwa-Zeremonie des Sohnes von Dennis Ross auch die Botschafter von Syrien, Ägypten, Jordanien und Israel bei den Feierlichkeiten in der Synagoge teilnahmen.[27] Ständigen Kontakt auf informeller Ebene halten die beiden Botschafter Israels und Syriens in den USA: Itamar Rabinovitch und Walid Mu'allim.[28] Bereits am 7. Oktober hatte der syrische Außenminister dem israelischen Fernsehkorrespondenten Ehud Ya'ari ein Interview gegeben. Dies war das erste Mal, daß ein syrischer Politiker im israelischen Fernsehen auftrat.

Am Jahresende wurden die nun schon 17 Jahre dauernden Beziehungen zwischen Israel und Oman bekannt. Die Befürchtung, daß die unsicheren Golfkandidaten sich endgültig aus der arabischen Solidarität stehlen und ökonomische und politische Verbindungen zu Israel forcieren könnten, ohne daß Syrien und Libanon Verträge mit Israel abgeschlossen haben, veranlaßten Hafez al-Asad, sofort einen kleinen arabischen Gipfel mit Husni Mubarak und König Fahd von Saudi-Arabien in Alexandria vorzuschlagen. Syrien benötigt die Unterstützung der Region. Außerdem befanden sich die israelisch-ägyptischen Beziehungen auf dem Tiefpunkt, verursacht durch den Streit um den Atomwaffensperrvertrag und das Bekanntwerden eines internen Arbeitspapieres des israelischen Außenministeriums durch eine Veröffentlichung in *Ha'aretz*.[29] France Press sah in der Kleinen Gipfelkonferenz schon Anzeichen einer neuen Verweigerungsfront. Von arabischer Seite wurde daraufhingewiesen, daß man nicht

mehr im Kalten Krieg und die Achse eher eine historische sei. Vielleicht stelle sie sogar das Rückgrat einer neuen Regionalordnung dar.[30]

Terrorismus und Menschenrechtsverletzungen

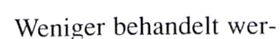
Bei der 7. Runde der bilateralen Gespräche in Washington 1992 zeigte sich, daß über die Frage Terrorismus verschiedene Auffassungen bestehen. Sowohl die israelische Delegation als auch die palästinensische gedachten an je einem Tag ihrer Toten mit fünfminütigem Schweigen. Die Palästinenser blieben bei dem israelischen Gedenken, umgekehrt marschierten die Israelis aus. Anschließend mußten sich die Palästinenser über den Unterschied zwischen „Terrorismus" und „Vergeltung" belehren lassen.[31]

1993 nahm der Druck auf Syrien seitens der USA, EG und der Menschenrechtsorganisationen zu. Im Europaparlament liefen Anfragen, man drängte. Der Kongreß in den USA debattierte heftig. Clintons Kritiker, der Republikaner Jesse Helms, forderte ihn auf, beim kommenden Gipfel mit Asad eine harte Linie zu verfolgen und Syrien nicht von der Liste der Staaten zu streichen, die den Terrorismus unterstützen.[32] Schon am 23. November 1992 wurde ein Bericht im US-Kongreß diskutiert, in dem Syrien angeklagt wird, im Drogengeschäft involviert zu sein. Bekannte Politiker werden genannt.[33] Jedoch, in den Drogenhandel sind alle involviert: Syrien, Libanon und Israel.[34]

Die Terroranschläge der Muslimbrüder in den 70er Jahren, unterstützt vom Irak und zeitweise auch von Jordanien - wie König Hussein zugab[35] -, hatten eine Brutalisierung des Regimes in Syrien zur Folge. Immer härter wurde zurückgeschlagen, bis es in Hama mit bürgerkriegsähnlichen Kämpfen und Tausenden von Toten endete. Die Organisation der Muslimbrüder war zerschlagen. Aber bis zu diesem Zeitpunkt hatte das Regime auch die gesamte linke Opposition ausgeschaltet. Öffentliche Kritik war erstickt worden. Von den langzeitgefangenen Linksbaathisten, die seit dem Putsch Hafez al-Asads 1970 ohne Gerichtsprozeß und Urteil im Gefängnis sitzen, werden die meisten, wenn sie nicht aufgrund der Haftbedingungen verstorben sind, im September 1993 entlassen.[36] Einige von ihnen sind kurz vor ihrem Tod entlassen worden. Damit konnte das Regieme offiziell den „Tod in Freiheit" bekanntgeben. Allerdings wurden viele von ihnen durch Aburteilungen von Sondergerichten auch weiterhin nicht freigelassen. Bis Herbst 1993 werden ca. 3.000 politische Gefangene aus der Haft entlassen. Es gab auch Initiativen, den seit 1963 bestehenden Ausnahmezustand aufzuheben. Bis heute fehlen aber demokratische Reformen. Damit reagierte Syrien auf die Anschuldigungen. Die syrischen Menschenrechtler sind allerdings enttäuscht über die Haltung der USA in Sachen Menschenrechte. Sie hatten mehr erwartet. Letztlich wurde von Seiten der USA nur noch permanent auf dem Thema schnellere Ausfertigung der Ausreisevisen für syrische Juden bestanden.



Golanhöhen: Flüchtlinge auf der syrischen Seite H.G. Lohmeyer



Weniger behandelt werden die völkerrechtlichen Verletzungen Israels: die permanente Zerstörung arabischer Häuser und Landkonfiszierungen in Israel und den besetzten Gebieten, die Beschlagnahmung von Wasseresourcen und die Zerstörung der Sozialstruktur der palästinensischen Gesellschaft.[37] Rabins Verantwortung bei der Vertreibung von 50.000 Palästinensern 1948 (Plan Dalet) aus Ramle und Lydda wurde auf Anraten des Militärzensors aus seinen hebräischen Memoiren gestrichen.[38] Als General war er mit Moshe Dayan 1967 verantwortlich für die weitere Vertreibung von tausenden Palästinensern und die Demolierung ihrer Häuser.[39] Als Verteidigungsminister autorisierte er das „Knochenbrechen" gegen die Intifadakämpfer sowie den Einsatz von Plastikkugeln: „Unser Zweck ist die Zahl von Verwundeten unter denjenigen zu vermehren, die an gewalttätigen Aktivitäten teilnehmen."[40] Michael Warshawski vom AIC Jerusalem, ein radikaler Vorreiter der israelischen Friedensbewegung (früheres Mitglied von Matzpen), schreibt über Rabin: „Er und seine Generation waren die, die das Verbrechen von 1948 begangen haben und...sie setzen es bis heute fort. Es ist tief in ihrer Mentalität und in ihrer Persönlichkeit verankert, denn sie glauben nicht an den Frieden...Sie können das Verhältnis

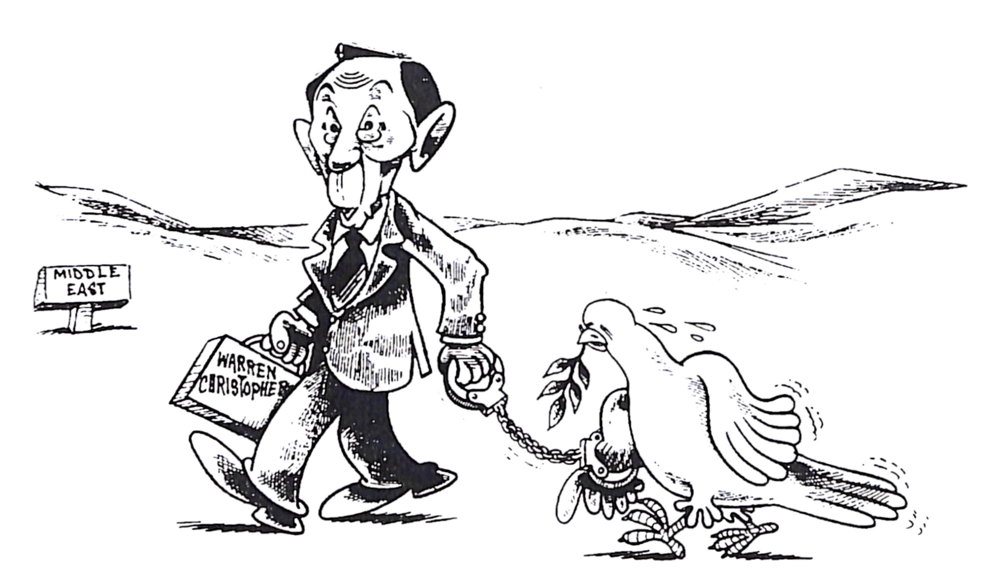
zwischen Israelis und Palästinensern nur in militärischen Begriffen erfassen."[41] Ähnlich äußerte sich Tom Segev.

Ist man in Syrien auf den kommenden Frieden vorbereitet?

Die offiziellen baathistischen Sprachregelungen sind aus der Presse verschwunden: Es ist nicht mehr die Rede vom „zionistischen Gebilde" oder vom „Feind", „Ministerpräsident des Feindes" etc. Israel und seine Regierungsvertreter werden namentlich genannt. In den Straßen und Plätzen tragen die an nationalen Feiertagen aufgehängten Transparente zwar immer noch ideologisch abgetragene Parolen, aber es sind neue hinzugekommen: „Syrien hat bewiesen, daß es nicht nur fähig ist, Krieg zu führen, sondern auch fähig ist, Frieden zu schließen". Aktivitäten und Festivals werden im Namen des Friedens veranstaltet. Auch ohne staatliches Reglement tragen private Autobahnraststätten und Ausflugslokale neuerdings den Namen Frieden, ein Zeichen, daß sich die Syrer schon längst darauf eingestellt haben.

Bei den Vermittlungsgesprächen der amerikanischen Unterhändler war das Thema Auswanderung der syrischen Juden ein Dauerbrenner. Stellten die Israelis diese Bedingung als Voraussetzung? Nur die Hälfte der Juden wollten das Land für immer verlassen. Als aber Rabbi Abraham Hamra, von den Altstadtdamaszenern respektvoll Abu Hamra genannt, in die USA reiste und nicht mehr zurückkam, der Schächter und Beschneider abgereist war, war das religiöse Leben der frommen Gemeinde zerstört, und den meisten blieb gar keine andere Wahl als auszureisen.[42] Dem Friedensvertrag näher gekommen war man dadurch nicht. Rabbi Abraham Hamra äußerte in einem Interview mit der Zeitung Yedioth Aharonoth seine Hoffnung auf baldigen Frieden.[43]

Den Todesstoß wird die Baathideologie wohl nicht von der Normalisierung mit Israel bekommen, sondern von der „Freien Marktwirtschaft". Schon die Golfkriegskoalition hatte sich für Syrien gelohnt: Arabische und europäische Investoren traten auf den Plan. 466 Mio. Dollar Subventionen von Japan; Kuweit investierte in Infrastrukturprojekte und in das Telekommunikationsnetz; Abu Dhabi beteiligte sich an Wasserprojekten; Elf Aquitaine, der französische Ölkonzern, begann mit Arbeiten an zwei neuen Bohrlöchern bei Deir ez-Zor. Das neue Investitionsgesetz Nr. 10 von 1991 beinhaltet die zollfreie Einführung von Produktionsmitteln, gemischte Betriebe (25% Staatsbeteiligung) erhalten 7 Jahre, private Betriebe 5 Jahre Steuerfreiheit. Der Gewinntransfer für Auslandssyrer wird ermöglicht. Durch die Revidierung der Importbestimmungen für Busse und Kleinbusse veränderte sich die öffentliche Infrastruktur im Bereich des Personenverkehrs. Privatunternehmen konkurrieren mit dem staatlichen Transportsystem nicht nur um Passagiere, sondern auch um die Halteplätze in den Busbahnhöfen.[44] Die Folge der rapiden Entwicklung kapitalistischer Ökonomie und Privatinitiative macht sich im öffentlichen Sektor durch das Abwandern von Facharbeitern bemerkbar. Die soziale Kluft zwischen Arm und Reich wird breiter.



Christopher mit Friedenstaube — *Middle East International*

Ein Friedensvertrag noch 1995?

Die Debatte um die Konfiszierung des arabischen Bodens in Jerusalem und das amerikanische Veto im Sicherheitsrat gegen die von den arabischen Ländern initiierte Resolution über die Widerrechtlichkeit israelischer Enteignungen in den besetzten Gebieten ließen das Einfrieren der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern und der Beziehungen mit Jordanien und Ägypten vermuten. Die Neue Züricher Zeitung gestand ein, daß die USA kein ehrlicher Makler im Friedensprozeß sei.[45] Meron Benvenisti stellt richtig fest: „Warum der Aufschrei wegen der Konfiszierung von 530 Dunum, nachdem mehr als 25.000 Dunum (ein Drittel Ost-Jerusalems) bereits konfisziert wurden... Es zeigt, daß sich bei den Führern Israels nichts geändert hat im Herantreten an die Beziehungen mit den Palästinensern."[46]

Bevor Warren Christopher seine Nah-Ost Rundreise antrat, führte Präsident Hafez al-Asad seine regionalen Beratungen fort. Husni Mubarak war mit mehreren Ministern am 1. Juni 1995 nach Damaskus gekommen. Am 30. Juni endete die 2. Runde der Gespräche zwischen den Militärs, den Generalstabchefs Amnon Shahak und Hikmat Shihabi, in Washington. Die Sitzung endete ohne Ergebnisse. Außenminister Faruq ash-Shar'a sprach nichtssagend von einer Teilannäherung zwischen Syrien und Israel. Sein israelischer Kollege Perez, der noch im Mai von einem Vertragsabschluß Ende 1995 sprach, bezweifelte in einem Interview in Kairo Syriens Friedensbereitschaft. Dabei sprach er nicht vom Rückzug vom Golan, sondern meinte den Austausch von Botschaftern und die wirtschaftlichen Beziehungen.[47] Welchen Stellenwert haben solche Treffen, wo es nur um militärtechnische Fragen geht, wenn keine politische Bereitschaft besteht, den Golan zurückzugeben?

Die arabische Welt schaut auf Syrien. Was wird Asad machen? Wird die Forderung nach einem „gerechten und vollständigen Frieden“ (*adil wa shamil*) nur eine Floskel bleiben? Ist Hafez al-Asad nur ein weiterer Sadat? Gayth Armanazi, der Direktor des Büros der Arabischen Liga in London, widerspricht: „Asad ist in keiner Weise ein Sadat“. Er habe eine unabhängige ja trotzige Haltung in der Außenpolitik bewiesen. Selbst als 1976 seine Truppen zusammen mit den Maroniten die palästinensischen und muslimisch progressiven Kräfte im Libanon bekämpften, und Breshnev ihn zurechtwies, sei Asad hartnäckig geblieben. Nach mehreren Monaten hätte Breshnev Syriens Rolle im Libanon akzeptiert.[48] Im Gegensatz zu Sadat hat Hafez al-Asad ein Treffen der beiden Staatschefs vor der Klärung der Golanfrage abgelehnt. Auch Geheimgespräche nach der Osloer Art lehnte er ab.

Für Israel und die USA drängt die Zeit, 1996 stehen die Wahlen an. Ist Israel überhaupt bereit, sich als gleichwertiger Partner im Mittleren Osten einzubringen? Syriens Rolle als Regionalmacht soll auf jeden Fall eingeschränkt werden. Hafez al-Asad wird versuchen wollen, seine regionale Macht mit Hilfe der USA zu erhalten. Deshalb wurde auch die erste und einzige Initiative der USA, die Dennis Ross mit Asad verhandelte (siehe oben), überschwenglich gelobt. Diese Achse hat zumindest 1990 im Libanon funktioniert.

■ *Norbert Mattes ist freier Journalist und Mitarbeiter der Redaktion.*

Anmerkungen:

1) Elias Sassun wurde Israels Chefunterhändler bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit den arabischen Ländern 1949. Er führte jahrelang die Geheimverhandlugen mit Emir Abdallah von Transjordanien.
2) Auf einem Treffen in Bludan (Syrien) am 1.8.1936 mit al-Quwwatli, Fahri Barudi usw. und Eliahu Epstein u.a.
3) Avi Shlaim, Husni az-Za'im and the plan to resettle palestinian refugees in Syria, in: Journal of Palestine Studies, Jg. XV, Nr. 4, 1986, S. 71-73.
4) Dies berichten sowohl der ehemalige israelische Brigadegeneral Shalev als auch die Geheimagenten des CIA Miles Copeland und Stephan Meade, die seit 1948 in der Region tätig waren. Siehe: Arye' Shalev, Shituf pe'ula betzel imut (Kooperation im Schatten des Konflikts), Tel Aviv, 1989 und Douglas Little, Cold war and covert action: The USA and Syria, 1945-1958, in: MEJ/44, Nr. 1, 1990, S. 55 ff.
5) Die Aktion diente dazu, gefangene israelische Soldaten freizupressen. Der damalige Ministerpräsident Scharett kritisierte das erste Hijacking im Nahen Osten in seinen Tagebüchern. Siehe N. Chomsky, Pirates & Emperors, international Terrorism in the real world, Brattleboro, Vermont, 1990, S. 84.
6) Avner Yaniv, Dilemmas of security, Oxford, 1987, S. 70.
7) Die Engstirnigkeit der syrischen Kulturbürokratie hat bis heute die Aufführung des Filmes verhindert.
8) B. Tarabieh, Education, control and resistance in the Golan Heights, MERIP 25 (1995), Nr. 194/195, S. 43-47.
9) Muhammad Muslih, The Golan: Israel, Syria, and strategic calculations, in: MEJ/47, Nr. 4, 1993, S. 615.
10) Am 27.10.1953 fordert der SR Israel auf, die Entwässerungsarbeiten einzustellen (Res.100). In der Res.111 (19.1.1956) wird ein israelischer Vergeltungsschlag verurteilt, bei dem 50 syrische Soldaten ums Leben kamen.
11) Asad akzeptierte das Argument, daß höher gelegenes Terrain (der Golan) größeren strateg. Wert hat und eine weitergreifende Demilitarisierung verlangt. NZZ, 10/11.6.95 und al-quds al-arabi, 10/11.6.1995.
12) H. Dajani, What price the Golan?, MEI Nr. 464, 3.12.1993, S.17.
13) G. Jansen, Air of make-believe, MEI Nr. 498, 14.4. 1995, S. 5.
14) Ze'ev Schiff in Ma'ariv, 7.6.1995.
15) Dokumentiert in der libanesischen Zeitung as-Safir vom 28.12.1994.
16) Alex Fishmann in Ma'ariv, 3.2.1995.
17) Zitiert bei: Israel Shahak, Israel's war in south Lebanon, MEI Nr. 493, 3.2.1995, S. 18.
18) Jim Muir, Lebanon toughens its stand against Israel, MEI Nr. 496, 17.3.1995, S. 3.
19) Anmerkung zu einem Artikel in Ha'aretz, 26.2.1995, in: Shahaks Collection: Israeli foreign policies, 1995.
20) Michael Warshawski, Der gesellschaftliche Konsens ist zerbrochen, in: Perspektiven, Nr. 22, 1994, S. 10.
21) Amnon Denkner in Ha'aretz, 12. März 1995. GB erließ Jordanien 90 Millionen Dollar von seinen Schulden. Nach jünsten Informationen (MEI 4.8.95) werden Jordaniens Gesamtschulden erlassen
22) Sekundärboykott: Touristen dürfen nicht in die arabischen Länder über Israel einreisen, ausländische Flugzeuge und Schiffe, die in Israel Zwischenstopp machen, erhalten keine Landeerlaubnis. Am 2. Oktober 1994 erklärte Tunesien, daß man diplomatische Beziehungen auf der untersten Ebene mit Israel eröffnen wolle.
23) Neff, Donald, Policy confusion, MEI Nr. 485, 7.10.1994, S. 5.
24) G.H. Jansen, Asad converts Clinton?, MEI Nr.487, 4.11.1994, S.7.
25) as-Safir, 28. Dez. 1994.
26) Donald Neff, No progress in Washington, MEI Nr. 491, 6.1.1995.
27) Avinoam Bar-Yosef in Ma'ariv vom 2.9.1994.
28) Rabinovitch ist Arabist. Er veröffentlichte über Syrien unter den Osmanen, unter französischem Mandat u. über die neuere Geschichte Syriens. Mu'allim promovierte über die Geschichte Syriens von 1916-1946.
29) Darin hieß es, daß Ägypten für seine negative Politik bestraft werden solle.
30) Gemeint ist der Krieg 1973 (Harb tischrin = Yom Kippur) gegen Israel. Sadat und Asad planten die Rückeroberung des Sinai und Golan, König Faysal von Saudi Arabien wurde eingeweiht.
31) Muhammad Hallaj, The 7. round of the bilateral peace talks, MEI Nr.437, 6.11.1992, S.6.
32) Donald Neff, Loud voices against Asad, MEI Nr. 466, 7.1.1994, S.8.
33) Israel & Palestine Political Report, Paris, Nr. 178/179, 12/1992, S.17.
34) Z.B. Shlomo Frankel in: Al Hamishmar, 14.7.191. Ben Kaspit in: Maariv, 2.9.1994 und NZZ 4./5.12.1994.
35) Alasdair Dryskale u. Raymond Hinnebusch, Syria and the Middle East peace process, New York, 1991, S. 72.
36) NZZ, 10. September 1993.
37) Gemäß des Markovitz-Reportes von 1986 soll die flächenmäßige Ausdehnung der arabischen Dörfer in Galiläa verhindert werden. Er nennt 12.000 „illegal“ gebaute Häuser, 6.268 zum Abriß vorgesehene sogenannte „graue Häuser“, 1.445 Anweisungen zum sofortigen Abriß etc. Siehe auch die Filmdokumentation von Uri Davis: Baladi, 1992.
38) Siehe Zachary Lockman, The original sin, in: Intifada, Hrsg. Lockman u. Beinin, New York, 1989, S. 188.
39) Siehe Filmdokumentation Canada-Park: Park with no peace, von Neil Docherty. Sowie Amos Kenans Bericht 1967 an die Knessetabgeordneten und Minister (in: Documents from Israel 1967-1973, Hersg. Uri Davis und Norton Mezvinsky, London, 1975, S. 148 ff). Auf dem Gelände des jetzigen Kanadaparks befanden sich bis 1967 drei Dörfer (Bayt Nuba, Imwas, Yalu) mit ungef. 10 000 Menschen.
40) Zitiert bei N. Chomsky, Necessary Illusions, 1989, London, S.119.
41) Michael Warshawski, 1994, S. 10.
42) Siehe: N. Mattes, Der Exodus der syrischen Juden, tageszeitung, 29.12.1994.
43) Ilana Baum in Yedioth Ahronoth, 25.11.1995. Die Interviewerin stellte mit Erstaunen fest, daß der Rabbi keine kritische Bemerkung über Hafez al-Asad abgab.
44) Siehe: Volker Perthes, Stages of economic and political liberalization, in: Contemporary Syria, Hrsg. Eberhard Kienle, London, 1994 und Fred H. Lawson, Domestic transformation and foreign steadfastness in contemporary Syria, in: MEJ, Jg. 48, Nr.1/1994.
45) NZZ, 19.5.1995.
46) Meron Benvenisti, Die Banalität des Raubs, in: Ha'aretz, 11.5.1995.
47) al-quds al-arabi, 6. Juli 1995.
48) Ghayth N. Armanazi, Syrian foreign policy at the crossroads, continuity and change in the Post-Gulf war era, in: State and society in Syria and Lebanon, Hrsg. Youssef M. Choueiri, Univ. of Exter Press, 1993, S. 119.

Türkische Muslime in Bamberg und Colmar

Lale Yalçın-Heckmann, Horst Unbehaun und Gabriele Straßburger

Verschiedene Länder Europas wurden seit den 60er und 70er Jahren zum Ziel einer ausgedehnten Migration ausländischer Arbeitskräfte - und ebenso alt ist die öffentliche Debatte über Möglichkeiten, Chancen oder Hindernisse ihrer „Integration". Nicht nur wirtschaftliche, auch politische Konjunkturen erzeugten immer wieder neue Perspektiven, unter denen etwa türkische Familien in Deutschland einmal als „unverzichtbar für die deutsche Wirtschaft" thematisiert wurden, weil sie angeblich für die Arbeiten, die die Deutschen nicht mehr machen wollten, prädestiniert seien. Nicht selten gerieten sie dagegen, nicht nur bei Stammtischen, in den Verdacht, „Deutschen die Arbeitsplätze" wegzunehmen oder einfach „zu viele zu sein". Auf „Ausländertagen" und kulturellen Verantstaltungen wird das Eigene und das Fremde betont, um zu einem besseren Miteinander in einer - wie es mittlerweile heißt - „multikulturellen Gesellschaft" zu gelangen. Die Frage einer Doppelstaatsbürgerschaft für Türken, die Forderung, ihnen zumindest ein kommunales Wahlrecht in ihrer Wahlheimat zuzugestehen oder die Sorge um eine neue „islamische Gefahr", die man in Europa allenthalben heraufziehen sieht - dies sind nur einige Facetten der aktuellen öffentlichen Diskussion *über* MigrantInnen türkischer und anderer Nationalitäten in Europa. Derweil haben sich Arbeiterfamilien aus der Türkei und anderen südeuropäischen Ländern über 35 Jahre hinweg in Deutschland und fast ebenso lange in anderen Ländern der EU fest etabliert und leben bereits in der dritten Generation „unter uns" - ohne daß man das Wissen um deren soziale Zusammenhänge als ausreichend und von Mißverständnissen und Halbwahrheiten frei bezeichnen könnte.

Im folgenden soll aus einem laufenden Forschungsprojekt (s.S. 49) berichtet werden, das sich zum Ziel setzt, die Entwicklung zweier türkischer Migrantenkolonien in den Städten Bamberg und Colmar über etwa 30 Jahre hinweg sichtbar zu machen. Die Rekonstruktion der Herausbildung türkischen Lebens unter verschiedenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen soll ermöglichen, seine Eigendynamik und innere Struktur besser als bislang zu verstehen. Die vergleichende Perspektive verspricht darüber hinaus, Einflüsse der deutschen und französischen Aufnahmegesellschaft auf soziale Vernetzungen der Migrantenfamilien untereinander und das inter-ethnische Miteinander kontrastierend sichtbar zu machen.

Im Idealfall könnte das Projekt auch mögliche Antworten auf einige von Esser[1] gestellte Fragen liefern: *Gibt* es Ablösungsprozesse von der Herkunftskultur z.B. im Sprachverhalten, bei interethnischen Kontakten und ethnischen Orientierungen und Identifikationen im Ablauf der Generationen von MigrantInnen? Wie könnte es zu erklären sein, falls im Zeit- und Generationenablauf *keinerlei* Änderungen an Orientierungen und Verhaltensweisen erkennbar sind?

Darüberhinaus will die Untersuchung eine Annäherung an folgenden Fragenkomplex ermöglichen: Inwiefern verstehen sich türkische MigrantInnen überhaupt als Teil einer „Kolonie", mit welchen Inhalten füllen sie diesen Begriff, und wo nehmen sie selbst in Anspruch, bei sozialen Prozessen auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen reagiert zu haben.

Abgesehen von der Auswertung statistischen Materials wurden bei der Datenerhebung Methoden ethnologischer Feldforschung, d.h. mit Methoden der qualitativ empirischen Sozialforschung angewandt. Interviews mit türkischen MigrantInnen wurden durchweg in ihrer Muttersprache geführt. Zahlreiche Gespräche mit deutschen bzw. französischen Schlüsselpersonen ergänzten die türkische „Binnenperspektive" um eine Palette von Einschätzungen und Wahrnehmungen seitens der Aufnahmegesellschaft hinsichtlich „der Türken" in Bamberg und Colmar.

Es muß nicht betont werden, daß die folgenden Ausführungen nur einige Hauptlinien vorläufiger Ergebnisse sichtbar machen können, die gleichwohl zur Diskussion gestellt werden sollen.

Sozioökonomische Determinanten der Migration in Bamberg und Colmar

Noch 1970 wohnten nur ca. 2000 türkische MigrantInnen im Elsaß. In Colmar kam es erst Anfang der 70er Jahre zu einer erwähnenswerten Zuwanderung von Türken. Sie bildeten allerdings 1990 mit offiziell 2071 Personen hinter den Portugiesen (2645) die zweitstärkste ethnische Gruppe. Der Ausländeranteil im Elsaß liegt mit 7,9% über dem nationalen Durchschnitt in Frankreich (6,3%). Die türkische Bevölkerung ist dort mit einem Anteil von 20% der AusländerInnen im Vergleich zu nur 5% der AusländerInnen Frankreichs insgesamt stark überrepräsentiert.

In Bamberg ist der Anteil der AusländerInnen seit Anfang der 70er Jahre relativ stabil geblieben. Türken bilden hier die mit Abstand stärkste Gruppe an AusländerInnen vor ex-Jugoslawen, Griechen, Italienern und Portugiesen bei einem Aus-

länderInnenanteil von ca. 6% an der Gesamtbevölkerung. Während die türkischen MigrantInnen in Bamberg aber über das ganze Stadtgebiet verstreut wohnen und zumindest heute nicht von einem türkischen Ghetto gesprochen werden kann, lebt die türkische Bevölkerung Colmars - wie auch die anderen ethnischen Gruppen - konzentriert auf einige Wohnblocks der Stadt, die Teil einer größeren Satellitensiedlung sind.

Anfang der 70er Jahre - also bevor der Familiennachzug einsetzte - waren in beiden Städten die türkischen MigrantInnen eine schichtenspezifisch undifferenzierte Gruppe. Einige Biographien türkischer Familien in Bamberg sprechen dafür, daß nicht nur die wirtschaftlich Schwächsten, sondern auch einige Inhaber relativ guter Arbeitsplätze und sicherer Einkommen in der Türkei einer Anwerbung nach Deutschland folgten. Sie waren zunächst als *Fabrikarbeiter* vorwiegend in Leichtlohngruppen beschäftigt. Mit der Zeit differenzierten sich ihre Arbeitsplätze innerhalb der Lohnhierarchie. Die Stellung dieser türkischen Fabrikarbeiter ist bis heute im Kern unangetastet geblieben. Die Entlassungswelle Anfang der 90er Jahre setzte allerdings einen Teil der ersten Generation endgültig außer Lohn und Brot.

Die noch nicht in Bamberg geborene zweite Generation konnte sich über das deutsche Schulsystem bis auf wenige Ausnahmen keinen Zugang zu höheren Qualifikationen sichern. Es ist zu erwarten, daß die heranwachsende dritte Generation den Zugang zu erweiterten Bildungschancen - wenngleich in geringerem Ausmaß als bei den entsprechenden deutschen Altersgruppen - nutzen wird. Dies dürfte zur Bildung einer sich weiter ausdifferenzierenden Facharbeiterschaft führen. Seit Ende der 80er Jahre ist daher von einer zunehmend differenzierten Schichtung der türkischen Bevölkerung Bambergs zu sprechen, die auch in einem deutlich gewachsenen Sektor kleiner und mittlerer türkischer Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe zum Ausdruck kommt.

Anders in Colmar: Dort war die Zuwanderung Anfang der 70er Jahre Nebeneffekt einer Migration nach Deutschland, da die Stadt meist nur eine Durchgangsstation darstellte. Colmar war aufgrund seiner Lage im Dreiländereck Deutschland, Schweiz und Frankreich und der dortigen Industrieansiedelung mit dem weiteren nahen Zentrum Muhlhouse ein idealer Sammelpunkt für diese auf Deutschland gerichtete Migrationsbewegung. In der Folgezeit entwickelte sich die Region um Colmar aber zunehmend zu einem Auffangbecken für ein türkisches Arbeitskräftereservoir. Immer mehr MigrantInnen mußten mit einer in Colmar gefundenen Arbeit dauerhaft vorlieb nehmen, da der Weg nach Deutschland insbesondere nach dem Anwerbestopp Ende 1973 zunehmend schwieriger wurde. Der seit Juli 1974 praktizierte französische Anwerbestopp bewirkte aber keine merkliche Eindämmung der Zuwanderung türkischer MigrantInnen in den Raum. Dies dürfte mit auf regionale Wanderungsbewegungen zurückzuführen sein. Es ist aber auch von einer weiter anhaltenden Zuwanderung aus der Türkei auszugehen, was durch die 1981 erfolgte Legalisierung Tausender illegal in Frankreich lebender Türken indirekt belegt wird.

Die türkische Arbeiterschaft in Colmar Ende der 70er Jahre ist im Vergleich zu einer in Deutschland arbeitenden türkischen Fabrikarbeiterschicht eher einem im Durchschnittunqualifizierteren und vor allem perspektivloseren Teil einer türkischen Migrationsbewegung zuzurechnen: Im *Selbstbild* der ersten Generation der Colmarer Türken erscheinen sie als die im Vergleich zu den „deutschen" Türken zweit- und drittklassigen MigrantInnen ohne jegliche Perspektive in der Türkei; als diejenigen, die selbst dann in Europa bleiben mußten, wenn sie zu - im Vergleich mit Deutschland - wesentlich schlechteren Löhnen bei kleinen und mittleren Unternehmen im Elsaß zunächst in der Landwirtschaft und später zunehmend in der Textilbranche Beschäftigung fanden oder sogar längere Zeit arbeitslos wurden. Ihre Arbeitsbedingungen waren im Vergleich zu denen der Türken in Bamberg immer unsicherer und schlechter bezahlt. Daher ist stets von MigrantInnen die Rede, die auch nach 1973 versuchten, doch noch nach Deutschland zu kommen. Durch die Amnestiegesetze Mitterands (vgl. Cealis 1983 und Garson 1985) wurde das gesamte Elsaß zum Anziehungspunkt von MigrantInnen, die in Deutschland, Holland und Belgien in der Illegalität oder nur mit unsicherem Aufenthaltsstatus ihr Dasein gefristet hatten. Hinzu kam eine zweite Migrationsbewegung aus der Türkei, der seit Mitte der 80er Jahre zunehmend auch Asylbewerber angehörten[2], die Colmar oftmals als Durchgangsstation benutzten. Mit der Krise Mitte der 80er Jahre hat sich die soziale Lage der Türken in Colmar dramatisch verschlechtert, so daß sich viele seit Anfang der 90er Jahre mit Gelegenheitsjobs, die oft durch Zeitarbeitsfirmen vermittelt und schlecht bezahlt werden, durchzuschlagen versuchen. Zeitgleich entstand ein türkischer Geschäftssektor von heute über 20 Baufirmen, darunter drei größere, der eine in Ansätzen beginnende soziale Differenzierung signalisiert. Die türkischen Bauunternehmer beschäftigen ihre Landsleute zu extrem niedrigen Löhnen und können so mit französischen Firmen konkurrieren. Ein Teil der türkischen Dienstleistungsbetriebe und Unternehmen ist eher Ausdruck der um sich greifenden Arbeitslosigkeit und nicht - wie in Bamberg - Indikator eines sozialen Aufstiegs von Teilen der türkischen MigrantInnen. Denn durch eine Betriebsgründung besteht in Frankreich die Möglichkeit, die angesparten Arbeitslosenbeiträge ausgezahlt zu bekommen.

Auch bei der zweiten Generation ist ein Aufstieg kaum beobachtbar. Die für jedes Kind garantierte kostenlose Vorschulerziehung bewirkte zwar eine rasche Integration in das französische Schulsystem[3]. Dennoch versperren die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Colmar und der sehr beschränkte Zugang zu Praktikumsplätzen, die den Weg in ein Facharbeiterdasein ebnen könnten, diese Perspektive nahezu vollständig.

Die *Wohnsituation* ist Ausdruck (und Katalysator wie in Colmar) dieser Entwicklungen: Die zunehmende schichtenspezifische Differenzierung der türkischen Bevölkerung in Bamberg schlägt sich seit Ende der 80er Jahre auch in zunehmend differenzierteren räumlichen Bezügen und einer insgesamt deutlich verbesserten Wohnungs- und Wohnqualität nieder. Die älteren „Wohninseln" (größere türkische „Ghettos" gab es in Bamberg nie) lösten sich auf, und heute leben Türken meist in Wohnungen mittleren Standards fast über das ganze Stadtgebiet verteilt.

Am Ende der 60er Jahre entstandenes Neubauviertel in Colmar hingegen entwickelte sich seit Mitte der 80er Jahre sukzessive zu einem regelrecht türkisch-arabischen Ghetto, in dem die französische Bevölkerung auf dem Rückzug ist. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften verfolgen dabei konsequent eine räumliche Segregation: Türken und Araber sollen möglichst vollständig in bestimmten Teilen der ZUP (Zone à Urbaniser en Priorité) und zwei angrenzenden Siedlungen gehalten werden. Andere Wohnungen im Stadtgebiet werden ihnen, so die einstimmigen Aussagen der Betroffenen, gezielt vorenthalten. Auch innerhalb der Wohnblocks wird auf strikte Segregation zwischen Franzosen und Arabern sowie Türken geachtet. Die Wohnqualität der von den Ausländern bewohnten Blocks ist in vielen Fällen unterdurchschnittlich. Dabei sind die Wohnungen häufig relativ geräumig und im Inneren mit beschränkten Mitteln gepflegt, das gesamte Ambiente jedoch zeigt deutliche Tendenzen zur Verslumung. In diesem Umkreis spielen sich nicht nur viele soziale Kontakte der Nachbarschaft ab, auch eine Drogenszene findet hier ihre Nischen.

Herausbildung der Binnenstrukturen

In Bamberg und Colmar lief die Migration nach einer formativen Periode der „Pioniere" im wesentlichen in der Form der *Kettenmigration* ab. Dabei stellte in Bamberg die reguläre Familienzusammenführung nach 1974 den Normalfall dar. Seit Ende der 80er Jahre kam eine zunehmende *Heiratsmigration* hinzu, mit der oft Verwandte oder Bekannte aus dem Heimatort der Eltern nach Deutschland geholt werden sollten. In Colmar setzte die Kettenmigration im Rahmen der Familienzusammenführung zögernder und etwas phasenversetzt Ende der 70er Jahre ein. Heiratsmigration ist seit Ende der 80er Jahre auch in Colmar ein bevorzugter Weg, den Kindern Ehepartner zuzuführen - wenngleich die Betroffenen in beiden Städten vermehrt beginnen, ihre eigenen Heiratswünsche anzumelden, so daß Intergenerationenkonflikte unterstellt werden können. In beiden Städten ist deutlich die Herausbildung von größeren Verwandtschaftsgruppen zu beobachten, die die Grundstruktur sozialer Interaktionen in beiden Kolonien bilden: Sie stellen die primären Solidaritätsnetze dar, die auch für neu migrierende oder migratonswillige Mitglieder *den* Anlaufpunkt in der Fremde bieten.

Die *Zusammensetzung* der türkischen Kolonien ist in beiden Städten *nach Herkunftsgebieten* in der Türkei sehr verschieden und ist in ihren Auswirkungen auf Bruchlinien und Segmentierungen innerhalb der Kolonien nicht zu unterschätzen. In Bamberg sind aus nahezu jeder türkischen Provinz und Region Verwandtschaftsgruppen vertreten. Die Verteilung nach Provinzzugehörigkeit ist hier historisch zufällig, d.h. Häufungen bei der Verteilung nach Herkunftsregionen scheinen sich eher individuellen Erfolgen bei der Familienzusammenführung als einer bevorzugten Zuwanderung aus bestimmten Regionen nach Bamberg zu verdanken. In Colmar hingegen[4] blieben überwiegend nur diejenigen dauerhaft, die nicht in Deutschland bleiben konnten, *und* die die relativ schlechteren französischen Arbeits- und Lebensbedingungen einer fehlenden Perspektive in der Türkei vorziehen mußten. Dies erklären könnte, warum ein großer Teil der in den 70er Jahren nach Colmar gekommenen Türken aus drei geographisch eng umgrenzten und relativ unterentwickelten Regionen kommt: den zentralanatolischen Provinzen Yozgat, Çorum und Sivas, einem südlichen Teil der Provinz Konya und schließlich den nordostanatolischen Provinzen Erzincan, Erzurum und Gümüshane. Mit den Worten eines MigrantInnen: „Nur wer in der Türkei keine Alternative hat, hält auf die Dauer Verhältnisse wie hier in Colmar aus. Einer aus Westanatolien, dessen Familie über fruchtbaren Boden verfügt, oder der einen Familienangehörigen in einer guten Verwaltungsposition in einer Stadt sitzen hat, welcher dort für eine Arbeit sorgen kann, der kehrt dem Elsaß bald den Rücken". Die Amnestie Mitterands und die steigende Zahl an Asylbewerbern in den 80er Jahren hatten zur Folge, daß sich dieser Kern von *landsmannschaftlichen Gruppen* stärker streute.

Anders als in Bamberg, wo es vermutlich keine sich illegal aufhaltenden Türken gibt und auch türkische Asylbewerber kaum eine Rolle gespielt haben, gehören Asylbewerber in Colmar zur normalen Migration. So kamen kurdische Asylbewerber in größerer Zahl nach Colmar, siedelten sich aber bald vor allem in Straßburg und Paris an. Zudem kamen viele mit einem Touristenvisum oder illegal über die grüne Grenze, um Ende der 80er Jahre im Elsaß Fuß zu fassen. Die französischen Behörden versuchten diese Zuwanderung zwar durch rigorosere Gesetze zu stoppen, verhielten sich aber abgelehnten Asylbewerbern gegenüber viel nachsichtiger als Deutschland: Es sind in Colmar kaum Fälle echter Abschiebung bekannt. Es bleibt bei der Aufforderung, das Land zu verlassen. Colmar wies daher im Gegensatz zu Bamberg zumindest in den 80er Jahren vermutlich eine starke Fluktuation und einen relativ hohen Anteil an MigrantInnen mit unsicherem Aufenthaltsstatus auf. Dies hatte Auswirkungen auf die sozialen Netzwerke unter den MigrantInnen.

Formelle Netzwerke

Anfang bis Mitte der 70er Jahre entstanden in beiden Städten Solidargemeinschaften, die auf Kultur-, Werte- und Sprachgemeinschaft basierte. Allein das Türke-Sein, d.h. die Zugehörigkeit zu einer in der Minderheit befindlichen Nationalität zählte. Durch diese Gemeinschaft versuchte man, die praktischen Probleme der Anfangszeit zu lösen und verbrachte, nach Geschlechtern getrennt, auch die Freizeit. In beiden Gemeinschaften bildete sich sehr früh ein Art ethnischer Führerschaft heraus, die die absolut notwendigen Mittlerdiensten aufgrund von Sprachproblemen ausnutzen konnten. In beiden Städten wurden 1973 bzw. 1974 Vereine mit dem Ziel gegründet, diese Mittlerdienste zum Wohle aller zu kontrollieren. Da in Bamberg die Phase der Koloniebildung schon etwa Mitte der 70er Jahre weitgehend abgeschlossen war, entstand dort ein im Vergleich zu Colmar florierenderes Vereinsleben. So gut wie alle erwachsenen MigrantInnen beider Geschlechter waren formell Mitglied der Vereine. Diese Phase wird heute rückblickend als die Zeit der sozialen Gemeinschaft gelobt, in der jeder jeden unterstützte.

Dieser Zusammenhalt ging in beiden Kolonien Ende der 70er Jahre aufgrund von

Vereinsspaltungen verloren. In den beiden Städten spielen dabei ganz unterschiedliche Gründe eine Rolle. In Bamberg scheinen politische Konflikte oder besser Etikettierungen bestimmter Migrantengruppen geschürt worden zu sein. Die ethnischen Führer, die allesamt im Vereinsvorstand saßen, wollten dadurch eine Anhängerschaft hinter sich bringen, die ihnen zur Durchsetzung bei Vorstandswahlen verhelfen sollte. Eine Abspaltung des Sportvereins weist zudem auf veränderte Interessen der jüngeren Generation hin. Die Politisierung der Spaltung, an der die Gemeinschaft in Bamberg Ende der 70er Jahre zerbrach, war schließlich der Katalysator für ein ohnehin in Auflösung befindliches gemeinschaftliches Denken und Handeln. In den 80er Jahren verschwand die scharfe Trennlinie zwischen dem Sport- und dem Arbeitnehmerverein zusehends. Es wurde weniger eine tatsächliche Abgrenzung konservativer oder sozialdemokratischer Positionen als vielmehr ein Generationenkonflikt sichtbar. Die Vereine waren Ende der 80er Jahre daher im Vergleich zu den 70er Jahren noch unpolitischer.

In Colmar dagegen fand ein regelrechter politischer Kampf zwischen linken politischen Aktivisten und der rechtskonservativen Mehrheit der Vereinsmitglieder statt, die unter einer bestimmten starken landsmannschaftlichen Gruppe kooperierte. Übrig blieb 1982 ein rechtsextrem geführter Verein, der offen als Ableger der Partei von Alpaslan Türkeş (MHP bzw. MÇP) fungiert, von dem sich die Mehrheit der MigrantInnen zurückzog. Die Linke führte in den 80er Jahren ein unorganisiertes Dämmerdasein. Dieser rechtsextreme Verein, der noch immer Arbeitnehmervereinigung hieß, wurde in „Sportverein" umbenannt, um die Jugend unter seinem Dach zu integrieren.

Was die religiöse Organisierung anbelangt, so bestand in Bamberg und Colmar bereits Mitte der 70er Jahre, also zur Zeit der funktionierenden Solidargemeinschaft, ein gemeinschaftlich empfundenes Bedürfnis nach Gebetsräumen. Zunächst griff man zu Behelfslösungen an Feiertagen und errichtete später Moscheen. In beiden Gemeinden führten Spaltungen bald zur Gründung getrennter Moscheen. In Bamberg spaltete die Gemeinde sich in eine kleine Süleymancı-Fraktion, die im wesentlichen Korankurse abhält, und eine Moscheegemeinde, die vom staatlich geführten Präsidium für Religionsangelegenheiten in Ankara kontrolliert wird und versucht, vereinzelte extremistische Positionen zu kontrollieren. In Colmar dagegen spiegelte sich die seit Mitte der 80er Jahre erfolgte Differenzierung in drei verschiedene Moscheegemeinden verschiedene islamistische bzw. rechtskonservative politische Strömungen wider: Wenige Anhänger von Cemalettin Kaplan scharen sich in der kleinsten Moschee; der ehemalige „Arbeitnehmerverein", der seit 1987 von einem politischen Ableger der Partei Necmettin Erbakans (RP), der Organisation Milli Görüş (Nationale Sicht) kontrolliert wird, gründete eine zweite Moschee. Eine weitere kam unter die Kontrolle des rechtsextremistischen MHP-Vereins. Obwohl die beiden letzgenannten Moscheen im gleichen Gebäude untergebracht sind, grenzten sie sich jahrelang stark voneinander ab[5].

Während die Moscheegemeinden in Bamberg viel zurückhaltender agieren und extremistische Positionen einen geringeren Stellenwert einnehmen, tragen die Colmarer Moscheen seit Ende der 80er Jahre unmittelbar zu einer politisch motivierten Polarisierung unter den MigrantInnen bei. Dies zeigte sich im Propagandafeldzug der Milli-Görüş-Gemeinde gegen das von Erziehungsminister Bayrou verordnete Verbot, religiöse Merkmale in Schulen offen zu zeigen. Etliche Aktivisten von Milli-Görüş ließen ihre Töchter aus propagandistischen Gründen Kopftücher tragen, so daß sie von der Schule ver-



wiesen wurden. Der durch diese Bewegung entfaltete soziale Druck zeigt sich besonders in der Kleiderordnung für Frauen. Er schließt die Aufforderung an die Männer mit ein, zumindest an Freitagen regelmäßig in der Moschee zu beten und das Fastengebot einzuhalten.

In Bamberg führten die nur scheinbar politisch motivierten Spaltungen der 70er Jahre anläßlich einer Ausländerbeiratswahl wieder zu einer links/rechts-Einordnung. Die Frage ist nun, ob dies als Beginn eines neuen politischen Bewußtseins zu werten ist, das sich auf den Ausländerbeirat bezieht und zu Aktionen für eine türkische Gemeinschaft in Bamberg konkretisiert. Da nach dem Wahlsieg der konservativen Liste dieser links/rechts-Gegensatz zurückgedrängt zu sein scheint, fragen sich viele, weshalb er überhaupt nötig war. Hier scheinen einige ethnische Führer rivalisierender Gruppen aber eher einen „Alleinvertretungsanspruch" für die ganze Kolonie beansprucht zu haben. Denn erst im Ausländerbeirat haben sie begonnen, politische Ziele zu formulieren und sich für Belange ihrer Wähler einzusetzen. Während in Colmar die Gemeinde sehr stark auf die Türkei bezogen politisiert ist, benutzen in Bamberg einige ethnische Führer politische Entwicklungen in der Türkei, um hier ihre Stellung auszubauen und verursachen damit Polarisierungen.

Informelle Netzwerke

Beide Kolonien segmentierten und differenzierten sich in den 80er Jahren zunehmend. Die Trennungslinien verlaufen dabei quer durch die muslimischen Gemeinden wie auch entlang politischer Affinitäten. Es entstand so eine Gruppenbildung unter den Türken mit Bezug auf politische Einstellungen und damit letzlich auf verschiedene Spielarten des Nationalismus. Daher ist zu fragen, ob die anfängliche Solidargemeinschaft völlig abgelöst worden ist, und ob gegebenenfalls alternative Netzwerke die Solidarfunktionen erfüllen. Es bestehen Untersützungsleistungen in Form eines Moralkodex auch über die Anfangszeit hinaus, in der man vollständig aufeinander angewiesen war. „Wenn einer in Not ist, wird ihm geholfen", lautet die Maxime. So haben sich bis heute gegenseitige Krankenhausbesuche als das Symbol hierfür gehalten wie auch das Geldsammeln bei Todesfällen, um der Trauerfamilie die Überführung der Leiche in die Türkei zu ermöglichen. In Colmar wurde sogar eine von der Milli Görüş betriebene Sterbestiftung gegründet, der auch viele Familien, die nicht dieser Moscheegemeinde angehören, beigetreten sind. In Bamberg blieb dies informeller durch das Engagement des Sportvereins und der Moscheegemeinden. Damit enden bereits die allgemeinen Solidarleistungen, die den Charakter der Kolonie als funktionierender sozialer Gemeinschaft unterstreichen könnten. Als Ganzes wird die Kolonie nach außen ansonsten nur noch bei Hochzeiten und türkischen Nationalfeiertagen sichtbar. Gegenseitige Hilfe wird in der Kolonie heute meist informell in kleineren Netzwerken geleistet, in Nachbarschaften, landsmannschaftlichen Gruppen, unter Freunden und Bekannten.

Grundsätzlich sind bis heute die Frauen- und Männerwelt unterschieden, mit je eigenen Domänen aber auch teilweisen Überlappungen. Für Frauen stellen Nachbarschaftbeziehungen einen wichtigen sozialen Raum dar, in dem sie kommunizieren und sich gegenseitig unterstützen. Die Sorge, die Kinderbetreuung mit der Arbeit unter einen Hut bringen zu müssen, war in Bamberg immer ausgeprägter als in Colmar, da die Frauen in Bamberg vermutlich zu einem viel höheren Prozentsatz arbeiteten und Anfang der 70er Jahre sogar oft noch vor ihrem Ehemann angeworben wurden. Kindergartenplätze wurden von ihnen anfangs kaum in Anspruch genommen, so daß die Nachbarschaftshilfe sehr früh zu einer Notwendigkeit wurde. Diese Beziehungen verschwanden mit dem Heranwachsen der Kinder, die dann auf die kleineren Geschwister aufpassen konnten. In den 80er Jahren löste sich die räumliche Nachbarschaft zunehmend auf. Eine Ausnahme stellt die bis heute intakt gebliebene Nachbarschaft einer ehemaligen Werkssiedlung dar, in der einige Dutzend türkische Familien wohnen, die sehr engen Kontakt miteinander pflegen.

Da in Colmar Kindergartenplätze für jede Familie kostenlos zur Verfügung gestellt werden, ermöglicht es türkischen Familien eine viel bequemere Kalkulation, falls Frauen eine Arbeitsstelle finden, auch wenn nicht alle Kinder dorthin geschickt werden. Aufgrund der ghettoartigen Situation der Wohngebiete existieren bis heute sehr intensive Nachbarschaftsbeziehungen, die fast ausschließlich von Frauen getragen werden. Die Frauen besuchen sich gegenseitig in den Wohnungen, veranstalten Teekränzchen oder treffen sich in den Eingangsbereichen der Blocks, die einen bevorzugten sozialen Raum in der Öffentlichkeit bilden. So unterhalten die meisten Frauen ein eigenes Solidar- und Kommunikationsnetz von schätzungsweise drei bis fünf bevorzugten Gesprächspartnerinnen. Oft führen diese Kontakte auch zu gegenseitigen Besuchen der Familien an den Wochenenden.

Männer dagegen unterhalten ihre eigenen Kontakte, die über nachbarschaftliche oder familiäre Beziehungen hinausgehen. Die meisten verkehren in beiden Städten in einigen wenigen türkischen Kaffeehäusern oder in den Vereinen. Letztere stellen auch in Colmar für viele einfach Kommunikationszentren dar, jenseits der politischen Aktivitäten. Dennoch schaffen sich in beiden Städten Gleichgesinnte ihre eigenen sozialen Räume. In Colmar erfolgte eine Vereinsgründung, die sich jedoch wegen politischer Meinungsverschiedenheiten als nicht dauerhaft erwies. Der Verein wurde später durch eine Art multikultureller Vereinigung abgelöst, die augenscheinlich mehr der Kommunikation untereinander als klaren politischen Zielsetzungen dient. In Bamberg erfolgte diese Separierung innerhalb der Kaffeehausszene nach „linken" bzw. „rechten" Cafés, die allerdings nie hermetisch abgeschottet waren. In Colmar scheint die Kaffeehausszene mehr noch als in Bamberg durchlässig zu sein. In den Cafés wird Karten gespielt oder miteinander geplaudert. Hier spielen sich für einen großen Teil der Familienoberhäupter die sozialen Kontakte außerhalb der Familiensphäre ab. Die Aktivisten islamistischer Strömungen in Colmar wie der beiden Gemeinden in Bamberg wenden sich gegen diese Art sozialer Kontakte, da dort auch Alkohol getrunken und das von ihnen als moralisch verwerflich empfundene Kartenspiel gepflegt wird. Derartige Sozialkontakte stellen für sie den eigentlichen Grund für den Verfall islamischer Werte unter den MigrantInnen dar. Mit sozialem Druck -

verstärkt in Colmar - versuchen sie bisher vergeblich, dieser Freizeitbetätigung Einhalt zu gebieten. Insgesamt sind die Kontaktmöglichkeiten der Männerwelt im Vergleich zu denen der Frauen etwas weiter gespannt. Frauen können sich in den beschriebenen Bahnen relativ frei bewegen. Durch die relative räumliche Verstreutheit in Bamberg nimmt die soziale Kontrolle - anders als im Ghetto von Colmar - ab. Noch immer ist es aber für eine erwachsene Frau nahezu undenkbar, sich alleine in für Männer „reservierte" Sozialräume zu begeben und umgekehrt.

Soziale Treffpunkte türkischer MigrantInnen zumindest der ersten Generation waren in beiden Kolonien immer räumlich getrennt von der deutschen bzw. französischen Umgebung. Vereinzelte einheimische Gäste wurden nie in engere Sozialkontakte einbezogen. Die Heranwachsenden und zum Teil auch schon die zweite Generation verkehrt aber in anderen Kreisen, da für sie eine Sprachbarriere nicht mehr existiert. Ein Teil der Jugend in Bamberg trifft sich in einem Jugendzentrum, in dem in jüngster Zeit engere Sozialkontakte zu Deutschen entstanden. Zwar gibt es ähnliche Einrichtungen auch in den Wohngebieten der jugendlichen Colmarer Türken, diese werden aber viel weniger von ihnen frequentiert. Die junge Generation in beiden Städten hat breite und diverse soziale Kontakte, die eine dauerhafte Durchbrechung der ethnischen Barriere immer selbstverständlicher werden läßt. Zarte zwischengeschlechtliche Bande türkischer Jugendlicher müssen immer noch außerhalb der beobachtbaren Öffentlichkeit stattfinden, da der soziale Druck vermutlich in den meisten Fällen zu starken innerfamiliären Konflikten führen würde.

Eine besondere Form von sozialen Beziehungen unter den Männern[6] sind Bindungen in landsmannschaftlichen Gruppen (hemşerilik), die in der Theorie als ein jederzeit aktivierbares Solidaritätsnetz bewertet werden. Da hierüber sehr unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Aussagen gemacht wurden, lassen sie sich nur schwer zu einem Gesamtbild vereinigen. Ein Landsmann hemşeris hilft einem insbesondere zu Beginn der Migration über Notzeiten hinweg. In der Praxis freilich relativiert und differenziert sich dieses Prinzip und ist auch nicht von der Gesamtheit der Sozialbeziehungen losgelöst zu sehen. Die Form der Sozialbeziehungen zu hemşeris ist bei der Binnenmigration in der Türkei eine notwendige Form, in der Stunde Null ein Solidaritätsnetz vorzufinden. Sind schon Verwandte da, geht man zu ihnen; fehlen solche Bezüge, sind andere vertrauenstiftende Zusammenhänge gefragt: Über ein informelles Informationsnetz muß sich ein Neuankömmling als vertrauenswürdig ausweisen können. Sippenbeziehungen und regionale Heiratsbeziehungen gewährleisten ein solches hemşeri-Netz. In der Fremde migriert man zunächst zu vereinzelt, als daß eine solche Vernetzung von eigenen Landsmännern vorzufinden wäre. Daher ist die Verwandtschaftsgruppe von zentraler Bedeutung. Existiert auch diese Basis nicht, bedarf es gerade in der Anfangszeit eines anderen soziales Netzes. Alle MigrantInnen gleicher Nationalität bilden nun eine Gemeinschaft, die zunächst über die gleiche Sprache, die gemeinsamen Sitten und Gebräuche konstruiert wird. Der Begriff hemşeri umfaßt nun nicht mehr die Heimatregion sondern die Nation, in der man fraglos Mitglied ist und daher Nähe zu einem Landsmann (im eigentlichen Sinne vatandaş) verspürt.

Von der Landsmannschaft zum Nationalismus

Eine offenbar gebräuchliche Gesprächswendung zwischen zwei Migranten in Colmar belegt diesen Übergang beim ersten Kennenlernen: „Hemşerim, nerelisin?" wird da gefragt, d.h. „Mein Landsmann, woher stammst du?" Unter Landsmann ist hier bereits derjenige mit der gleichen Nationalität gemeint, um dann erst die Frage nach der regionalen Herkunft zu stellen, die eigentlich mit dem Begriff hemşeri verbunden war. Es gibt auch Hinweise, daß heute die Frage, nach dem Woher (nerelisin?) oft nur gestellt wird, um sich eine zusätzliche Alternative, Bekanntschaften zu schliessen, zu eröffnen, ohne bereits den Hintergedanken einer Solidaritätsgemeinschaft mitzudenken. Manche Verhaltensweisen lassen sich durch das Gesagte vielleicht besser einordnen. Exzessive Krankenhausbesuche auch bei Personen, die man nur vom Sehen her kennt, bedeuten, daß man selbst ja in die gleiche Notlage kommen könnte. Hier wird Solidarität aus freien Stücken und vor allem in der Öffentlichkeit der Kolonie praktiziert und demonstriert. Dies stärkt im Ergebnis das Solidaritätsprinzip, besonders aber die Stellung der Besuchenden, die für kommende Notlagen einen moralischen Anspruch auf Hilfe erwerben. Was in Anatolien das Dorf als soziale Einheit leistet(e), übernimmt in der Fremde die Kolonie.

Hemşeri im engeren Sinn, also aus der gleichen Provinzstadt zu kommen, ist daher für sich genommen kein Kriterium mehr für Solidarität. Es kann dies höchstens zum *zusätzlichen* Kriterium werden, wenn man einen *hemşeri* von früher kennt, doch dann gilt auch hier, daß die Vertrauensbasis schon anderen Sozialbezügen unterstellt ist. Wenn man etwa Geld braucht, versucht man es zunächst bei Verwandten, Freunden und Bekannten, bei denen dann dann *hemşerilik* ein zusätzliches Prioritätskriterium sein kann.

In beiden Städten scheinen *hemşeri*-Beziehungen heute von untergeordneter Bedeutung zu sein - ohne daß deswegen das Ideal bei der ersten Generation in Vergessenheit geraten wäre. Den nachwachsenden Generationen dagegen ist ein solches Denken zunehmend fremder.

Das Eigene und das Fremde

Das türkische Leben in Bamberg ist in jeder Hinsicht für Außenstehende *unauffällig*: Die türkische Infrastruktur springt nicht ins Auge und ist nur für den Interessierten auffindbar. Dies gilt insbesondere für die beiden Moscheen. Das Vereinsleben ist für die deutsche Umgebung kaum transparent und auch uninteressant. Türkische Kaffeehäuser sind nur den Nachbarn aufgrund aus ihrer Sicht überzogener Lärmbelästigung bekannt. Nur wenigen Deutschen sind sie von innen bekannt. In den Schulen führt die Praxis zweisprachiger Klassen zu einer Segregation türkischer und deutscher Schüler, die sich auf dem Schulhof fortsetzt. Türkische Kultur wird an türkischen Nationalfeiertagen innerhalb der Schule nur türkischen Familien, nicht aber der deutschen Öffentlichkeit gegenüber präsentiert.

In Colmar hingegen springt - schon durch die räumliche Konzentration begünstigt - das bunt gemischte türkische und arabische Ghettoleben der sozial Schwächsten ins Auge. Durch die strikte Segregation der Wohngebiete muß dies aber von nur wenigen Franzosen in der unmittelbaren Nachbarschaft überhaupt zur Kenntnis genommen werden. Dies gilt auch für den schulischen Bereich. Im historischen Zentrum von Colmar und den um es herum gruppierten französischen Wohngebieten sind Türken, abgesehen von unauffälligen Döner-Imbissen, ein paar Gemüseläden oder einem türkischen Restaurant, so gut wie nicht existent. Die türkischen Vereinslokale mit zwei Moscheen sind so abgelegen, daß größere Ansammlungen der sich zum Freitagsgebet strebenden Gläubigen weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Was sich in den Vereinslokalen abspielt, und welche politischen Organisationen dahinterstehen, ist selbst den zuständigen Behördenvertretern nur ansatzweise bekannt. Lediglich der multikulturelle Zielsetzungen vertretende neu gegründete Verein versucht bewußt Kontakte zur französischen Umgebung herzustellen und zu fördern. Dennoch gibt es eine türkische Präsenz, die für jedermann sofort erkennbar ist, über den unmittelbaren Bereich der türkisch-arabischen Wohnquartiere hinaus: Frauen mit zum Teil knöchellangen Mänteln und Kopftüchern werden sofort mit Türkinnen identifiziert, auch wenn dies im Einzelfall nicht unbedingt zutreffen muß.

Reden über die Anderen

Bislang wurde konstatiert, daß sich in beiden Kolonien mit Ausnahme der jüngeren Generation nur sehr schwache Außenbeziehungen entwickelten. Berücksichtigt man die Umstände der Kolonieentwicklungen beider Städte, so könnte der Eindruck entstehen, daß der Mangel an Möglichkeiten und Gelegenheiten soziale Kontakte über 20 und 25 Jahre hinweg ausgeschlossen habe. Dies greift sicher zu kurz. Vielmehr dürfte das *wechselseitige Urteil* an der zu konstatierenden sozialen Distanz zwischen den Kolonien und den Aufnahmegesellschaften einen großen Anteil haben. Im Urteil einiger befragter Türken aus Bamberg hat sich das Verhältnis der Deutschen zu ihnen von einer anfänglich warmen Aufnahme zu einer größeren Distanz hin entwickelt. Als Erklärungen werden die steigende Anzahl der Türken und die Zunahme der „Kopftuch-Türkinnen" genannt. Zuweilen reagiert man mit der Stereotype „erst holten sie uns und empfingen uns mit offenen Armen, nun wollen sie uns nicht mehr" darauf. Meist scheint dies aber mehr ein Nachbeten allgemeiner Werturteile zu sein, die etwa in der türkischen Presse diskutiert werden, als daß es für den einzelnen praktische Relevanz hätte. Das Thema Ausländerfeindlichkeit und ihre zunehmenden Exzesse in Deutschland wird dabei von der ersten Generation differenziert behandelt. Man streicht heraus, daß dergleichen in Bamberg noch nicht passiert ist, und man „überall Gute und Schlechte" finden könne. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Kolonie viel mehr mit ihren eigenen Polarisierungen und Spaltungen beschäftigt war, als daß sie sich über die Ausländerfeindlichkeit, ihr Verhältnis zu Deutschen etc. Gedanken machte. Gewerkschaftsvertreter wiesen allerdings auf eine latente Ausländerfeindlichkeit bei vielen Bambergern hin. Bisweilen wird seitens türkischer MigrantInnen auf eine gute Nachbarschaft mit Deutschen verwiesen. Man grüßt sich, unterhält aber ansonsten keine weiteren Beziehungen. Die notwendigen Kontakte zum Ausländeramt scheinen bei vielen der ersten Generation zu einem fast schon persönlichen Verhältnis mit manchen Sachbearbeitern geführt zu haben: Man kennt und respektiert sich. Dies ist sicher auf die relative Stabilität und Überschaubarkeit der Bamberger Kolonie zurückzuführen. Ähnliche Verhältnisse sind im großstädtischen Milieu kaum denkbar. Oft wird zwischen Bamberg und anderen Städten verglichen: In Bamberg sei alles ruhig, niemand käme auf den Gedanken, den Türken Böses zu wollen; in anderen Städten, das sehe man ja, sei die Ausländerfeindlichkeit eine echte Bedrohung. Eine Benachteiligung bei der Wohnungsvergabe ist in Bamberg zwar vor allem in der Anfangsphase zu unterstellen (hohe Mieten, schlechte Wohnungen), scheint aber aktuell kein drängendes Problem zu sein. Dafür spricht auch die Tatsache, daß sich in den 80er Jahren die türkische Wohnbevölkerung über nahezu das gesamte Stadtgebiet ausbreiten konnte, wenngleich sie in relativ schlechter Bausubstanz wohnt. Die städtische Wohnbaugesellschaft verschaffte vielen Familien in renovierten Wohnblocks einer ehemaligen Werksiedlung begehrte Wohnungen.

Die Türken Colmars betrachten ihre Stellung in der Aufnahmegesellschaft völlig anders. Aufgrund der im Durchschnitt schlechten sozialen Lage der Kolonie ergeben sich Erklärungsbedürfnisse. Auch in Colmar geht man unter den Türken der ersten Generation davon aus, daß sich das ursprünglich in den 70er Jahren gute Verhältnis zu den Franzosen seit den 80er Jahren drastisch verschlechtert hat. Zwei Hauptschuldige werden von der Mehrzahl der Befragten sofort ausgemacht: die sogenannten „Mitterand-Arbeiter" wie „Asylanten" und die Franzosen mit ihrem zunehmenden Rassismus. Die erste Erklärung heißt im Klartext: Vorher haben sich in Colmar „ordentliche" Türken niedergelassen, die in Familienverbänden kamen und die Franzosen in Ruhe ließen. Danach seien die übersichtlichen sozialen Bezüge und die ursprüngliche Solidarität zerbrochen und die Konkurrenz um Arbeitsplätze größer geworden, so daß es allen schlechter ging. Außerdem seien viele „kriminelle" Elemente in den 80er Jahren zugewandert, die den guten Ruf der Türken ruinierten: Die Asylbewerber belästigten französische Frauen, mehr und mehr Jugendliche seien auf die schiefe Bahn gekommen, erst in der Rauschgiftszene und dann im Gefängnis gelandet.

Teile der Kolonie bekommen hier den Schwarzen Peter zugeschoben, um die von ihnen vermutete negative Zuschreibung als zwar ungerechtfertigt aber doch im Kern verständlich darzustellen. Das gleiche Erklärungsmuster wird angewandt, wenn einige linke Türken die „Kopftuchpolitik" der islamistischen Kreise Colmars dafür verantwortlich machen, daß Franzosen, durch die in Frankreich ohnehin bestehende Islam-Debatte sensibilisiert, eine kulturelle Überfremdung befürchten. In beiden Fällen wird der unterstellte Rassismus der Colmarer Bevölkerung als quasi *logische Konsequenz* der moralisch disqualifizierten Teile der türkischen Kolonie gesehen und so für entschuldbar erklärt.

Es gibt aber auch Stimmen, die regionale Gründe angeben: Das Elsaß sei im

Unterschied zu allen anderen Regionen Frankreichs, in denen Türken bzw. Ausländer allgemein respektiert würden, der konservativste und rassistischste Teil Frankreichs; Linke fügen an: der bourgeoiseste Teil. Die Arbeitsplatz- und Wohnungspolitik werden als Belege angeführt: Türken würden immer als letzte Arbeitsplätze bekommen und man wolle die Türken in ihrem Ghetto halten, damit die Reichen Colmars ungestört leben können. Schließlich werden auch die Behörden seit Beginn der 90er Jahre verstärkter Schikanen bezichtigt. In diese Kategorie von Erklärungen gehört auch das negative Selbstbild einiger Türken Colmars: die Ansiedelung der unqualifiziertesten, perspektivlosen und sehr konservativen MigrantInnen wird dafür verantwortlich gemacht, daß sich die erste Generation so abschottete und nur in ihren traditionellen Bezügen lebt.

Man mag von solchen Deutungsmustern halten, was man will, sie zeigen zweierlei aber klar: Die soziale Lage der Türken in Colmar wird in Teilen für selbstverschuldet, jedenfalls für unausweichlich gehalten. Der als ausländerfeindlich unterstellten französischen Umgebung aber wird ein Interesse an der Fortschreibung dieser Verhältnisse unterstellt. Eine gewisse Objektivität haben diese Einschätzungen darin, daß viele Colmarer in der Tat ausländerfeindliche Stereotypen im Zusammenhang mit Türken zu reproduzieren scheinen. Drei Ereignisse könnten dieses Negativbild verstärkt haben: Die aktuelle Diskussion über den „Kopftucherlaß" an den Schulen und die Verweisung einiger Mädchen in Colmar rückte dieses Thema verstärkt ins Bewußtsein der lokalen Öffentlichkeit. Darüberhinaus sorgte die Verurteilung einer Reihe von Türken wegen Rauschgiftvergehen Ende der 80er Jahre dafür, daß „die Türken" verstärkt in die Schlagzeilen gerieten. Schließlich erfuhr ein Kriminalfall in Colmar, bei dem eine Türkin von nahen Verwandten vermutlich wegen der beschmutzten Familienehre umgebracht wurde, eine breite Aufmerksamkeit in den französischen Medien. Alle drei genannten Negativschlagzeilen führten dazu, daß Türken in Colmar von rechtskonservativen Bürgern in einem Atemzug mit den Bedrohungen „Rauschgift", „Islam" und „kulturelle Überfremdung" gesehen werden.

Dennoch wird auch in Colmar aus Gesprächen deutlich, daß viele Türken der ersten Generation zwischen einem rechtskonservativen Teil der Colmarer Bevölkerung und der toleranteren Mehrheit zu unterscheiden wissen. Zudem sehen viele, daß bislang keine ausländerfeindlichen Übergriffe auf Türken in Colmar erfolgt sind. Obwohl in Frankreich Türken zahlenmäßig weit hinter maghrebinischen MigrantInnen rangieren, und daher Ausländer in der öffentlichen Meinung in erster Linie mit Arabern identifiziert zu werden scheinen, sind die Türken in Colmar eindeutig in der Schußlinie. Die soziale Perspektivlosigkeit, die bei der jüngeren Generation angesichts einer extremen Jugendarbeitslosigkeit in Hoffnungslosigkeit umzuschlagen droht, birgt zweifellos sozialen Sprengstoff. Für die Türken Colmars sind daher „die Türken" in Deutschland in vielerlei Hinsicht besser gestellt: Sie sind qualifizierter, haben bessere Arbeitsplätze, sind lange nicht so nach außen abgeschottet, und die türkische Kultur hat sich mit der deutschen zu etwas Neuem verbunden, kurz - sie sind besser integriert.

Die Colmarer Kolonie wird dagegen von eigenen kritischen Stimmen als Hort eines kulturellen Konservativismus ausgemacht, von dem sich die jüngere Generation immer mehr abwendet. Für die meisten Jugendlichen liegt es nahe, im Alter von 18 Jahren französische Staatsbürger zu werden, um dadurch einigen ausländerrechtlichen Schwierigkeiten aus dem Weg gehen zu können - wenngleich man ihnen ihr „Türke-Sein", wie sie sagen, immer noch ansehen und sie deshalb diskriminieren wird.

Die Bamberger Kolonie scheint diesen Vergleich in groben Zügen zu bestätigen. Die erste Generation, die zwar das Rentenalter noch nicht ganz erreicht hat, scheint sich in Bamberg eingerichtet zu haben. Hierfür sprechen die seit Anfang der 90er Jahre vereinzelt zu beobachtenden Immobilienkäufe. Oft haben sicher kontinuierliche Fabrikarbeitsplätze über 10 und 20 Jahre hinweg dazu beigetragen. Auch von den Älteren, die arbeitslos sind, wollen nur die wenigsten die Türkei als Dauerperspektive betrachten. Eher schon zeigt sich die Tendenz, daß man einige Monate pro Jahr in der Türkei lebt und dann wieder zu seinen Freunden und Kindern in das *zur Heimat gewordene Bamberg* zurückkehrt. Die Kinder lehnen ohnehin in den meisten Fällen eine dauerhafte „Rückkehr" in die Türkei ab. Eine Einbürgerungswelle, wie sie in Colmar zu erwarten ist, scheint in Bamberg jedoch noch nicht auf der Tagesordnung zu stehen. Die favorisierte Doppelstaatsangehörigkeit wird jedoch schon lange heftig diskutiert. Hieran dürften die im Vergleich zur französischen Gesetzgebung sehr viel rigideren deutschen Ausländergesetze großen Anteil haben.

Anmerkungen:

1) vgl. Esser, H. (1990): Nur eine Frage der Zeit? Zur Eingliederung von Migranten im Generationen-Zyklus und zu einer Möglichkeit, Unterschiede hierin zu erklären, in: Esser, H./Friedrichs, J. (eds.): Generationen und Identität, Opladen, 73-100.
2) Nach Tribalat (1995, 29f.) sind 38% der in diesen Jahren nach Frankreich zuwandernden türkischen Männer Asylbewerber; Tribalat, M. (1995): Faire France. Une enquête sur les immigrés et leurs enfants, Paris.
3) Nach Tribalat (1995, 49) können 84% der jungen Türken in Frankreich französisch lesen und schreiben; was für die Bamberger Verhältnisse nicht gesagt werden kann.
4) Aufgrund fehlender genauer Geburtsdaten kann zwar die Zusammensetzung nicht annähernd so exakt wie im Falle Bambergs ermittelt werden. Aber aufgrund der zahlreichen Aussagen von MigrantInnen ergibt sich ein relativ klares Bild.
5) Diese Abgrenzung wurde erst durchbrochen als anläßlich der türkischen Parlamentswahlen von 1991 die Parteien von Türkeş und Erbakan ein Wahlbündnis schlossen.
6) Dies deckt sich mit den in der Türkei gemachten Beobachtungen von Güneş-Ayata (1991, 98); Güneş-Ayata, A. (1991): Gecekondularda Kimlik Sorunu, Dayanışma Örüntüleri, in: Toplum ve Bilim, 51/52, 89-101.

■ *Das von der Volkswagen-Stiftung finanzierte zweijährige Projekt trägt den Titel „Die türkischen Kolonien in Bamberg und Colmar - ein deutsch-französischer Vergleich soziale Netzwerke von Migranten im interkulturellen Kontext". Es wird seit dem 1. April 1994 unter der Leitung von Prof. K. Kreiser am Lehrstuhl für Türkische Sprache, Geschichte und Kultur der Universität Bamberg durchgeführt. MitarbeiterInnen des Projektes sind Lale Yalçın-Heckmann, promovierte Ethnologin; Horst Unbehaun, promovierter Orientalist und Gabriele Straßburger, Diplom-Orientalistin.*

Offener Brief iranischer Oppositioneller

Im Mai dieses Jahres erreichte uns der folgende Aufruf an das iranische Volk, der von etwa 90 Angehörigen der Opposition im Iran, überwiegend Mitgliedern der islamisch-liberalen „Freiheitsbewegung", unterzeichnet worden ist. Es zeigt sich darin der Versuch dieser Bewegung, anläßlich der für März nächsten Jahres angesetzten Parlamentswahlen ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer friedlichen Lösung der von den herrschenden islamischen Juristen verursachten politischen Krise zu erklären. Gelingt dies nicht, drohe dem Land wieder ein revolutionärer bzw. gewaltsamer Umsturz, dessen möglichen Folgen angesichts der vor sechzehn Jahren gemachten bösen Erfahrungen mit Sorge entgegengesehen wird. In dem folgenden Aufruf werden freie Parlamentswahlen gefordert, die als unerläßlich für eine einvernehmliche Überwindung der gegenwärtigen Krise erachtet werden.

Die Maßnahmen jedoch, die bisher zur Vorbereitung dieser Wahlen seitens der die Regierung dominierenden konservativ-islamistischen Kräfte getroffen worden sind, geben wenig Anlaß zur Hoffnung.

Inzwischen haben die Unterzeichner des Briefes in einem neuen Aufruf (datiert vom 21. Juli dieses Jahres) selbst eben dieser Befürchtung Ausdruck verliehen. Aufgrund eines neuen Parlamentsbeschlusses, der dem Wächterrat[1] noch weitergehende Möglichkeiten der Intervention bei der Kandidatenaufstellung einräumt, werden auch die nächsten Wahlen kaum frei sein.

INAMO hofft, rechtzeitig über die Wahlen berichten zu können.

Unsere Heimat ist zur Zeit mit vielen Problemen konfrontiert, und die Aussichten für die Zukunft unseres Landes geben - bei dem heutigen Kurs - Anlaß zur Sorge. Die Herrschaft einer Gruppe häufig inkompetenter und habgieriger Leuten hat dazu geführt, daß sich die Probleme Tag für Tag vermehren, während die Hoffnung auf Verbesserungen immer geringer wird. Mangelnde Organisation und fehlende Kenntnis über eine angemessene Nutzung der menschlichen und natürlichen Ressourcen des Landes haben bewirkt, daß unsere Heimat heute die schlimmste politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise ihrer Geschichte durchmacht. Um sich selbst zu retten, versucht die Regierung durch Verkauf von Gold und Devisen aus Ölexporten zu willkürlichen Preisen, dem Volk die hohe Inflation aufzubürden.

Die meisten Firmen sind von Bankrott und Schließungen bedroht, und das Volk hat genug von der hohen Inflationsrate, die nicht monatlich, wöchentlich oder täglich, sondern stündlich steigt. Das Leben wird für die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere für die im Staatsdienst Beschäftigten, immer schwerer. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist drastisch gesunken; aufgrund fehlender Stabilität und Sicherheit ist das Interesse an Investitionen sehr gering; ein Großteil der Bevölkerung hat mit Arbeitslosigkeit und Armut zu kämpfen. Es versteht sich von selbst, daß sich in einer Gesellschaft, in der Armut herrscht, Verderbtheit und viele andere soziale Probleme ausbreiten können und diese mit Zerstörung bedrohen. Finanzskandale im Regierungsapparat und in anderen Institutionen werden von Tag zu Tag mehr und nehmen beschämende Formen an.

Zudem hat eine Außenpolitik, die nicht auf nationalen Interessen und den Werten und Normen internationaler Beziehungen basiert, das Land gegenüber Druck und expansiven Tendenzen anderer Staaten verwundbar gemacht und diesen ein Alibi für ihre feindselige Politik verschafft. An dieser Stelle möchten wir unsere tiefe Sorge und unseren heftigen Protest über die feindselige Politik der amerikanischen Regierung zum Ausdruck bringen, die zur Zeit neue Ausmaße annimmt. Die neuen Maßnahmen der amerikanischen Regierung gegenüber Iran beschränken sich nicht auf die iranische Regierung, sondern gehen viel weiter; sie bedrohen nicht nur die territoriale Integrität des Landes, sondern stellen auch eine Strafe für das gesamte Volk dar.

Die Krise des Landes ist so gewaltig, daß sich, wenn nicht schnellstmöglich eine vernünftige Politik verfolgt und das Land aufgebaut wird, in naher Zukunft eine nationale Katastrophe ereignen wird. Diese kritische Situation, in der wir uns nun befinden, ist vor allem das Werk eines Regimes, das Angst vor demokratischer Mitbestimmung hat. Dies hat nun dazu geführt, daß ein Großteil des Volkes apathisch geworden ist. Der einzige Weg, aus der jetzigen Sackgasse heil herauszukommen, ist es, sich an das Volk zu wenden und es an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Es müssen so schnell wie möglich die Bedingungen dafür geschaffen werden, daß die schweigende und apathische Mehrheit motiviert mitwirkt und das Land über ein funktionierendes Parlament verfügt. Die Anwesenheit von kompetenten, demokratisch gewählten Abgeordneten im Parlament würde die Wahl von ebenfalls kompetenten Fachleuten im Staatsapparat bewirken, die etwas gegen die Probleme unternehmen könnten. Deshalb ist es notwendig, daß Bedingungen für freie Wahlen geschaffen werden. Der Druck auf die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und die Ausschaltung der dem Volk vertrauten Leute hat dazu geführt, daß die Mehrheit apathisch geworden ist und den Problemen des Landes uninteressiert gegenübersteht, was den Aufbau und die Sicherheit des Landes gefährdet. Es müssen Bedingungen dafür geschaffen werden, daß die Menschen an die Möglichkeit einer effektiven Beteiligung glauben und im Vertrauen auf freie Wahlen - und darauf, daß sie ihre Abgeordneten ohne anschließende Säuberung seitens der Regierung ins Parlament und

in die von der Verfassung vorgesehenen Lokalräte schicken können - an ihrem Schicksal mitwirken können. Wenn die Menschen das Gefühl bekommen, daß sie mit Hilfe ihrer Abgeordneten an politischen Entscheidungen beteiligt sind, werden sie mit ganzer Kraft an der Verwirklichung der Aufbauprogramme mitwirken.

Die Realisierung dieser Ziele erfordert, daß die Menschen aus ihrer Depression, Hoffnungslosigkeit und politischen Apathie erwachen, tatkräftig und hoffnungsvoll partizipieren und ihre Rechte und Freiheiten, die im Grundgesetzt verankert sind, in Anspruch nehmen.

Politische und kulturelle Aktivitäten aller Gruppierungen, Personen und Gewerkschaften, die das Gesetz achten und für Volkssouveränität, territoriale Integrität, Selbständigkeit und nationale Einheit eintreten, müssen schnellstens ermöglicht werden. Es müssen Bedingungen für freie Meinungsäußerung geschaffen werden, und dafür, daß die öffentlichen Medien genutzt werden können, so daß die Leute im Rahmen des Gesetzes - statt in blinden Aktionen und Aufständen - die Regierung frei und ohne Angst vor Bedrohung kritisieren können. Die ungesetzlichen Verbote einiger Zeitungen und Zeitschriften müssen schnellstmöglich aufgehoben und willkürlicher Lizenzentzug verhindert werden. Es müssen alle Methoden zur Ausschaltung von regimekritischen Kandidaten für die Parlamentswahlen verhindert und die Gesetze, die solche Einschränkungen ermöglichen, abgeschafft werden.

Mit Gottes Hilfe, im Vertrauen auf das Verständnis der Landsleute und im Bewußtsein der möglichen Folgen, die die Veröffentlichung einer solchen Publikation mit sich bringen kann, sehen die Unterzeichner dieses Briefes außer dem Volk dieses Landes keinen anderen Ansprechpartner, mit dem sie ihre Sorgen diskutieren können. Der Weg, den sie vorschlagen, um das Land aus dieser Sackgasse zu retten, ist die Schaffung eines freien politischen Klimas, so daß die Probleme mit Hilfe des Volkes gelöst werden. Um das Land zu retten, bitten wir das ganze Volk, sich um die Verwirklichung dieser Ziele zu kümmern. Gleichgültigkeit und Rückzug lösen keine Probleme. Die Mißachtung der Menschenwürde, die der große Gott seinen Geschöpfen geschenkt hat, und der Verzicht auf die Rechte, die im Grundgesetz verankert sind, das die Verbindung zwischen Volk und Regierung darstellt, bedeutet Undankbarkeit und Zusehen beim Untergang des Landes. Einforderung von Rechten und Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an Wahlen, deren Freiheit von Eurer Kraft abhängt, ist die einzige Hoffnung - mit Gottes Hilfe - auf eine Rettung des Landes.

Mit Hoffnung auf Gottes Hilfe und mit besten Wünsche für das Land und das iranische Volk.

Teheran im Mai 1995

Anmerkungen:

1) Der Wächterrat ist ein 12-köpfiges Gremium, dominiert von konservativen islamischen Rechtsgelehrten, das Parlamentsbeschlüsse auf ihre Vereinbarkeit mit der *shari'a*, dem islamischen Recht, und der Verfassung überprüft und gegebenenfalls ablehnt. Zu seinen in der Verfassung festgelegten Aufgaben gehört u.a. die „Beaufsichtigung der Wahl der Versammlung des Nationalrates" (d.h. des Parlaments).

Der ägyptische Sänger Sheikh Imam

Martina Sabra

„Wach auf, Ägypten!"

Er war so etwas wie das „Gewissen" Ägyptens. Sheikh Imam, in Ägypten seit 25 Jahren verboten, sang gegen Ausbeutung und Armut, gegen Korruption und staatliche Willkür, gegen die Gleichgültigkeit der Intellektuellen und die Doppelmoral der islamischen Fundamentalisten. Der 77jährige Musiker war einer der bedeutendsten politischen Sänger des modernen Ägyptens und hat viele moderne arabische LiedermacherInnen beeinflußt. Dennoch sind - von einer CD in Frankreich abgesehen - zur Zeit keine professionell gemachten Aufnahmen von Sheikh Imam auf dem Markt. Es gibt weder ein bekanntes Archiv der Musik und des Schaffens von Sheikh Imam noch eine wissenschaftliche Aufarbeitung seines Lebens und Werks. Martina Sabra hat im Winter 1992 und im Herbst 1994 in Hosh Qadam (Kairo) mit Sheikh Imam gesprochen.

„20 verbotene politische Gedichte! Die gefährlichsten Gedichte von Ahmed Fuad Nigm!" - so pries der Kairoer Sphinx-Verlag vor zwei Jahren den ersten Band der Autobiographie des linken ägyptischen Lyrikers und Schriftstellers Ahmed Fuad Nigm an. Gefährliche Gedichte - allerdings in erster Linie für Nigm und seine Freunde selbst. Für Zeilen wie diese mußten Nigm, der Sänger Sheikh Imam und der Trommler/Maler Mohammed Ali 1973 ins Gefängnis: „Willkommen Papa Nixon, du mit dem Watergate! Alle arabischen Diktatoren, die Habenichtse und die Ölscheichs, haben dir einen roten Teppich ausgerollt. Und sie haben dich Haji, einen frommen Pilger, genannt. Kannst dich wie zu Hause fühlen, Papa Nixon!"

Die spöttische Widmung für den US-Präsidenten hatte der Dichter Ahmed Fuad Nigm zu Richard Nixons Ägypten-Besuch verfaßt. Ironie der Geschichte: Als den drei Angeklagten der Prozeß gemacht wurde, war Richard Nixon wegen der Watergate-Affäre längst zurückgetreten. Die Verhaftung des Trios war weder die erste noch die letzte Polizeiaktion im gelben Haus in der Gasse Hosh Qadam.

Errichte Deine Paläste

Du errichtest Deine Paläste
auf unseren Feldern
Du baust Spielhöllen neben die Fabriken
Und Gefängnisse anstelle von Gärten
Du läßt Deine Hunde in die Straßen hetzen
und uns in Deine Gefängniszellen einschließen
Du kannst uns unseren Schlaf rauben
Wir wollten nicht lange schlafen
Du kannst uns vom Schnerz erdrücken lassen
Wir haben die Qualen satt
Jetzt wissen wir, wer unsere Wunden verursacht

Hosh Qadam - das war in den sechziger und siebziger Jahren der Treffpunkt der politisch meist links orientierten Kairoer Künstler, Intellektuellen und Bohemiens, berüchtigt für nächtelange Parties, für Drogen, Alkohol und regelmäßige Polizeirazzien. Heute ist Hosh Qadam eine unscheinbar wirkende Gasse nahe der Azhar-Universität in der pulsierenden Altstadt von Kairo. Nur das schmucke Mausoleum aus der Mamelukenzeit, die „Ghouriyya", von Künstlern zum Theater umfunktioniert, zeigt, daß es KünstlerInnen auch heute noch in diese Gegend zieht - wenn auch nicht mehr so zahlreich wie früher. Das gelbe Eckhaus, wo einst Ahmed Fuad Nigm, Sheikh Imam und Mohammed Ali lebten und feierten, steht leer. Als letzter zog 1993 Ahmed Fuad Nigm nach dem Erdbeben in Kairo hier aus. Sheikh Imam war schon einige Jahre zuvor umgezogen und wohnte seither zwei Straßen weiter. Nicht weit von hier, vielleicht hundert Meter entfernt, in einer engen Gasse von Hosh Qadam, befindet sich die winzige Werkstatt des Schneiders. Tagsüber war Sheikh Imam in der Regel hier zu finden. Der Schneider, ein Mittfünfziger, der Sheikh Imam schon als kleiner Junge täglich begleitet hatte, las dem blinden Sänger die Zeitung vor. Man trank gemeinsam Tee, hörte Radio, diskutierte über die Tagesereignisse, über Gott und die Welt. Hier, in der Schneiderwerkstatt, saß der Sänger manchmal tief versunken in die Koranrezitation. Im Alter war der abtrünnige Azhar-Schüler wieder religiöser geworden. Doch Sheikh Imams Bekenntnis zum Islam blieb jeder Orthodoxie abhold: Islam, so antwortete er auf meine Frage, sei soziale Gerechtigkeit. Nicht mehr und nicht weniger.

Die Stimme des Sängers war jung geblieben, sein Geist auch mit 77 Jahren hellwach, aber Konzerte im Freundeskreis gab er nur noch selten. Die Stimme wollte zwar noch, aber der rechte Arm wurde beim Oud-Spielen schnell schwach. Im



Sheikh Imam im Sept. 1994 in Al-Manyal, Kairo. *M. Sabra*

Alter aufs Abstellgleis oder in ein Heim weggeschoben zu werden, davor brauchte sich Sheikh Imam nicht zu fürchten. Die Bewohner der Ghouriyya versorgten den „Sheikh", brachten ihm täglich das Essen, wuschen ihm die Wäsche und führten ihn umher. Ein junger Student der Theaterwissenschaft ging regelmäßig mit dem betagten Künstler am Nil spazieren und kümmerte sich bei Auftritten außerhalb des Viertels um ihn.
Sage und schreibe 50 Jahre lebte Sheikh Imam in der „Ghouriyya", im Herzen der ägyptischen Hauptstadt. Dennoch war und ist er im Ausland weitaus bekannter als in seiner Heimat. In Ägypten war Sheikh Imam seit über 25 Jahren verboten: Er durfte nicht auftreten, Produktion und Vertrieb seiner Musik sind untersagt. Vor allem die jungen ÄgypterInnen können mit dem Namen Sheikh Imam daher kaum noch etwas anfangen. Bemerkenswert ist, daß im Gegensatz zu den Kassetten die von Ahmed Fuad Nigm verfaßten Texte der meisten Lieder von Sheikh Imam in Ägypten problemlos zu kaufen sind. Bei einer durchschnittlichen Analphabet-Innenrate von 50 Prozent in Ägypten halten die Zensurbehörden Musikkassetten offenbar immer noch für gefährlicher als gedruckte Texte.

In Beirut, Damaskus, Amman und Algier, aber auch in der West Bank und in Gaza, gehören Aufnahmen von Sheikh Imam zum Sortiment jeder normalen Musikhandlung. Wieviele Alben genau existieren, weiß niemand, und am wenigsten wußte das Sheikh Imam selbst. Eine Schallplatte aus dem Jahr 1975, zwei Kassetten aus dem Jahr 1986 (1988 teilweise auf CD neuaufgenommen) - das ist schon die ganze Diskografie des Gespanns Imam/Nigm. Dabei sind Dutzende Alben auf dem Markt, aufgenommen von Privatleuten bei privaten und öffentlichen Konzerten, dann unter der Hand tausendfach kopiert und weitergereicht. Die Amateuraufnahmen sind oft eine Zumutung fürs Ohr, aber auf ihre Weise originell: Da singen Freunde mit, im Hintergrund hört man Babys schreien, Autos hupen, Türen schlagen.

Sheikh Imam Muhammad Issa wurde am 2. Juli 1918 in einem Dorf bei Kairo geboren. Mit vier Monaten verlor er das Augenlicht. Die Eltern schickten ihn zur Koranschule. Dort lernte er den Koran singend zu rezitieren und begeisterte sich für Gesang und Dichtung. Bei den zahlreichen Festen im Dorf, den Hochzeiten, Beschneidungen und Heiligenfesten wurde er mit den traditionellen Volksliedern vertraut. Mit 12 Jahren holte ihn ein Onkel zur Ausbildung zum Vorbeter an die Azhar-Universität nach Kairo, damals eine ganz normale Karriere für einen blinden Sohn. Fünf Jahre blieb er dort, bis man ihn eines Tages beim Radiohören erwischte. Die konservativen Geistlichen der Gam'iyya setzten den jungen Muhammad Issa vor die Tür - obwohl er nur Koranrezitatoren gelauscht hatte.

Nach seinem Hinauswurf aus der Azhar-Universität arbeitet Sheikh Imam als Gelegenheitssänger auf Hochzeiten und Familienfesten für eine Mahlzeit oder ein paar Geldstücke. Einige Monate später erhält er von verständnisvollen Nachbarn kostenlos ein kleines Zimmer im Viertel „Ghouriyya". Er bringt sich selbst das Spielen auf der arabischen Laute bei und nimmt Unterricht bei dem Komponisten Zakaria Ahmed. Er singt arabische Klassiker und arbeitet gelegentlich beim Radio, bis er 1962 Ahmed Fuad Nigm trifft.

Ahmed Fuad Nigm, geboren 1929 in einem Dorf im Nildelta, stammt wie

Sheikh Imam aus ärmlichen Verhältissen. Er ist Autodidakt, schreibt Liebes- und Alltagslyrik, hat als Schleifer, Verkäufer, Schneider und staatlicher Eisenbahnangestellter gearbeitet. Als er Sheikh Imam begegnet, hat er wegen Protestaktionen gegen Korruption in der ägyptischen Verwaltung gerade ohne Anklage drei Jahre im Gefängnis verbracht. Die beiden beginnen zusammenzuarbeiten, Sheikh Imam vertont die Gedichte von Nigm, die zunehmend politischer werden. Nigm schreibt wie seine Vorbilder Bayram Al-Tunisi und Salah Jahin Gedichte in „Amiyya", dem ägyptischen Dialekt. „Amiyya" ist von der arabischen Hochsprache ziemlich weit entfernt, in ihr drükken die Ägypter ihre Sorgen und Freuden aus; in ihr wird geschimpft, geflucht und gelacht. Populär wurden Nigms Lieder nicht nur wegen der Sprache: er benutzte auch „zajal" und „mawwal", Formen des ägyptischen Volksliedes. Oft beruhten seine Verse auf bekannten Liedern, Rätseln, Sprichwörtern oder Kinderliedern. Der melodiöse Klang der Kairoer Umgangssprache machte es leicht, die Lieder von Nigm zu behalten. „Nigms Ausdrucksweise ist einfach und erdig", schreibt Kamal Abdel Malek (Malek:105), „weil sie im großen und ganzen der alltäglichen Umgangssprache entlehnt ist und den Mutterwitz der ägyptischen 'Straße' verkörpert." Im Gegensatz zur Dichtung in arabischer Hochsprache, so Malek weiter, seien Nigms Gedichte in einer Sprache geschrieben, die dem Fühlen und Denken der großen Mehrheit der ÄgypterInnen näher sei.



Sheikh Imam im September 1994 in Kairo *M.Sabra*

Von 1963 an gewannen Nigm und Imam immer mehr Zuhörer in Ägypten. Ihren großen Durchbruch erlebten sie jedoch erst nach dem Junikrieg von 1967. Arbeiter und Studenten gingen gegen das ägyptische Regime unter Gamal Abdel Nasser auf die Straße, forderten die Rückeroberung des Sinai, aber auch Pressefreiheit und Schutz vor staatlicher Willkür. 1968 kamen bei Straßenschlachten zwischen Polizei und Studenten in Alexandria mindestens 16 Menschen ums Leben. Sheikh Imam und Ahmed Fuad Nigm sangen in den Universitäten, in Theatern und auf der Straße. Ahmed Abdallah, später einer der Anführer der Kairoer Studentenbewegung, sah die beiden in dieser Zeit zum ersten Mal. „Sie drückten künstlerisch aus, was wir politisch wollten", erinnert sich der Politikwissenschaftler aus Kairo.

Die ägyptische Regierung schwankt, wie sie mit dem Phänomen Imam-Nigm umgehen soll. Zum Schweigen bringen oder vereinnahmen? Nach einem mißlungenen Versuch, Nigm und Imam mit viel Geld für das ägyptische Fernsehen zu gewinnen, setzt das Nasser-Regime auf Repression. Anfang 1969 werden Nigm und Imam wegen angeblichen Drogenbesitzes vor ein Kairoer Gericht gestellt und zu lebenslanger Haft verurteilt. „Die Anklage war erfunden, ein Vorwand, um uns zum Schweigen zu bringen", erinnert sich Sheikh Imam. Drei Jahre sitzen Imam und Nigm in der Kairoer Zitadelle in Einzelhaft. Mit Klopfzeichen verständigen sie sich von Zelle zu Zelle. „Ich habe mich immer ans Fenster gestellt", erzählt Sheikh Imam. „Und obwohl wir in Einzelzellen saßen, haben wir zusammen musiziert und komponiert, sogar Feste gefeiert", fügt der blinde Sänger hinzu und klatscht wie zur Demonstration in die Hände. In dieser Zeit entsteht das Lied „Bahiya", eine Liebeserklärung an Ägypten und seine Bewohner, die als Filmmusik in den Film „Der Sperling" (Al-Usfur) von Yusuf Shahin einging.

Wegen ihres Engagements für die palästinensische Sache wurden Sheikh Imam und Ahmed Fuad Nigm seit Ende der sechziger Jahre besonders unter Palästinensern populär.

Alexandria

Alexandria, Dein Meer ist ein Wunder
Gibst Du mir etwas von Deiner Liebe?

Ich wasche meine Sachen in Dir und breite meine Sorgen unter der aufgehenden Sonne aus.

Ich bin ein Bauer aus dem Heer Ahmed Urabis. Der auf Deinen Mauern starb und mit dem Meer davonging wie eine Brise über den Hügeln

Ich bin einer, der aus dem Meer kommt und in Deiner Schönheit ertrinkt, Alexandria.

Ich bin ein Wort von Bayram El-Tunisi
Ein Herzensgesang von Said Darwish
Ein Student, der mitten auf einer Demonstration Deinen Namen ruft und inmitten des Fests ums Leben kommt.

Alexandria, ich bin leidenschaftlich und möchte in Deinen Armen ausruhen.

Meine Worte sind der Beweis meiner Liebe.

1972 läßt der ägyptische Präsident Anwar Al-Sadat Imam und Nigm frei. Die beiden werden von den Studenten quasi vom Gefängnistor in den Hörsaal geholt. Viele Fakultäten sind besetzt, die Studenten schlafen in den Hörsälen, auf Demonstrationen und Sit-Ins, Straßenkämpfe und Massenverhaftungen sind an der Tagesordnung. Imam und Nigm werden zum Symbol der ägyptischen Studentenbewegung.
Mit Nigm war Sheikh Imam fast zwanzig Jahre lang eng befreundet. Ahmed Fuad Nigm gilt wegen seines bitteren, manchmal ätzenden Humors als ein typischer „Ibn al-Balad", ein Sohn des einfachen ägyptischen Volkes. Ein Beispiel für diesen Humor ist Nigms bissiger Spott über das unfreiwillige Vegetarierdasein vieler ÄgypterInnen: Bei einem Einkommen von 50 bis 100 Mark im Monat ist Fleisch für viele ein Luxus. Proteinreiche dicke Bohnen sind daher das Hauptnahrungsmittel vieler ÄgypterInnen. Als das ägyptische Gesundheitsministerium verlauten läßt, Bohnen seien weit gesünder und nahrhafter als Fleisch, entgegnet Nigm in einem Gedicht mit dem Titel „Mawwal von den Bohnen und vom Fleisch": „Ach, Doktor Muhsin, Sie Wohltäter und all ihr großen klugen Köpfe, die ihr immer Fleisch essen müßt: was würden wir nur ohne Euch machen? Warum eßt nicht Ihr die Bohnen und laßt uns am Fleisch krepieren?"

In den siebziger Jahren werden Sheikh Imam, Nigm und auch seine Ehefrau Azza Balbaa zu Dauergästen in Kairos Gefängnissen. Amnesty International adoptiert sie - jedoch ohne Erfolg - als politische Gefangene. Imam und Nigm engagieren sich 1975 gegen den libanesischen Bürgerkrieg, 1977 während der ägyptischen Brotunruhen, 1978 gegen den Friedensschluß zwischen Israel und Ägypten von Camp David. 1977 darf Ahmed Fuad Nigm zum ersten Mal aus Ägypten ausreisen. 1978, als er vor ein Militärgericht gestellt und zu einem Jahr Haft und Zwangsarbeit verurteilt wird, flieht er ins Exil. Nigm und Imam geben Konzerte im Libanon, in Algerien, Syrien und Europa. Finanziert werden die Reisen und Auftritte häufig von palästinensischen Gruppen.

Geld beginnt nun eine Rolle zu spielen, und mit dem Geld kommen die Konflikte. Der Anfang vom Ende zeichnet sich ab: 1981 trennen sich Sheikh Imam und Nigm im Streit. Der Groll sitzt tief: Jahrelang weigerte sich Sheikh Imam sogar, Nigms Texte zu singen. Doch Sheikh Imams eigene Texte kommen beim Publikum nicht an. Die Wogen hatten sich zwar etwas geglättet, Imam hat wieder Nigm gesungen und angeblich hatten die beiden auch wieder Kontakt aufgenommen. Über den Grund für den Streit wollte Sheikh Imam jedoch nicht sprechen.

„Nigm und Imam sind durch Agitprop bekannt geworden, aber sie waren nicht auf das politische Repertoire beschränkt", sagt Mona Anis, Literatur- und Kunstkritikerin bei der englischsprachigen Kairoer Wochenzeitung „Al-Ahram Weekly". Ahmed Fuad Nigm, so ihr Urteil, sei zweifellos einer der bedeutendsten Gegenwartsdichter Ägyptens. Und Sheikh Imam zähle schon heute zu den großen ägyptischen Liedkomponisten der Gegenwart.

Ahmed Fuad Nigm lebt heute wieder in Kairo und ist ein begehrter Texteschreiber für Theater und Fernsehen. 1993 sind die ersten beiden Bände seiner in ägyptischer Umgangssprache verfaßten Memoiren mit dem Titel „Al-Faggoumi" (der Vagabund) erschienen. Darin berichtet Nigm über seine Kindheit und die wilden Zeiten von Hosh Qadam. Der Humor und die Sprachgewalt sind geblieben, das politische Engagement hat nachgelassen. In einem Interview räumte Nigm ein, daß er sein eigentliches Ziel, die Masse der Ägypter trotz der Übermacht der staatlich kontrollierten Medien zu erreichen, verfehlt habe.

„Die Maßstäbe haben sich verändert", schrieb die Kairoer Wochenzeitung Rose el-Yussef vor vier Jahren über Ahmed Fuad Nigm und Sheikh Imam. „Früher waren sie verboten und alle wollten sie hören - heute kann man sie hören, aber keiner interessiert sich mehr für sie." Fragt sich, ob sich nicht mehr Menschen für die Musik interessieren würden, wenn Aufnahmen von Imam und Nigm in guter Qualität und problemlos auf dem Markt zu kaufen wären.

■ *Martina Sabra ist freie Journalistin.*

Musikographie:

- Cheikh Imam, Ahmed Fouad Negm, Mohamed Ali: „Les Nuits des Amandiers" Vol. 1 + 2 (Musikkassetten), Distribution Auvidis, AP 4044/AD 038 (Aufzeichnung des Konzerts von 1986 in Paris-Nanterre)
- Cheikh Imam, Ahmed Fouad Negm, Mohamed Ali: „Les Nuits des Amandiers" CompactDisc von 1989, Distribution M.S.I, Labastide-Castel-Amouroux-Baudrin, F-47250 Bouglon, Tel. 53 93 54 71 (Die Aufnahmen sind identisch mit den Kassetten von 1986, aber eine reduzierte Stückauswahl), Vertrieb: FNAC/Frankreich
- Cheikh Imam, Ahmed Fouad Nigm, Azza Balbaa: „cUyun al-Kalam" (Augen der Worte), LP von 1975, Le Chant du Monde, LDX 74543

Literatur:

- Nigm, Ahmed Fuad (1993):
- „Al-Faggoumi" (ägyptisch-arabisch), Bd. 1: Dar As-Sfinx, Kairo; Bd. 2: Maktabat Madbuli as-saghir, Kairo.
- Abdel Malek, Kamal (1990):
- „A Study of The Vernacular Poetry of Ahmed Fuad Nigm", Brill, Leiden, 1990.
- Fathy, Ibrahim, Mustafa/Pignol, Armand (1986):
- „L'extase et le transistor: La chanson egyptienne", CEDEJ, Cairo 1986, darin: Annexe: La chanson politique, S. 203-217 (Auszüge der Liedtexte).

Wassermanagement und Wasserdiplomatie

Bericht über das Colloquium „Wasser im Nahen Osten."

Jochen Renger und Andreas Thiele

Verteilungskonflikte über Wasserressourcen und Fragen der Wassernutzung bzw. des Wassermanagements zählen im Nahen Osten zu den zentralen Problemfeldern mit ökologischer, ökonomischer wie auch politischer Relevanz. Schien vor Jahren noch ein „Krieg um Wasser" denkbar, so präsentiert sich heute eine zumindest politisch entspanntere Lage. Dennoch hat die Wasserproblematik in mehrfacher Hinsicht nicht an Brisanz verloren: In zahlreichen Ländern der Region übersteigt die Wassernachfrage das regenerable Wasserdargebot. Internationale, völkerrechtlich verbindliche Verträge über die Nutzung grenzüberschreitender Wasserressourcen fehlen weitgehend. Fragen der Wasserverteilung und damit der Nutzungspotentiale sind unmittelbar mit der Dynamik des derzeitigen Friedensprozesses verknüpft. In diesem Kontext fand vom 17. bis 18. Juni 1995 am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Berlin ein interdisziplinäres Colloquium zum Thema „Wasser im Nahen Osten" statt. Im Rahmen dieses Gedankenaustausches junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen stand die intensive fächerübergreifende Diskussion bestehender Ansätze und gegenwärtiger Forschungsvorhaben zu zwei ausgewählten Problemregionen (Jordanbecken und Euphrat-Tigris-Becken) im Mittelpunkt.

Manuel Schiffler (Volkswirt, Berlin), der im Namen des DIE zu dem Colloquium eingeladen hatte, hob in seinem Eröffnungsvortrag „Wassermanagement und Wasserdiplomatie - zwei Ansätze zur Analyse von Wasserproblemen in Trockengebieten und Perspektiven für ihre Anwendung im Nahen Osten" die potentielle Konfliktträchtigkeit von Wasser in der Region aufgrund genereller Wasserknappheit einerseits und grenzüberschreitender Wasserressourcen andererseits hervor. Zur Konfliktvermeidung müßten demnach Fragen des Wassermanagements und der Wasserdiplomatie geklärt werden. Für den Bereich des Wassermanagements, d.h. der Kunst, Angebot an und Nachfrage nach Wasser zu den geringsten volkswirtschaftlichen und ökologischen Kosten in Übereinstimmung zu bringen, sah Schiffler zukünftige Aufgaben insbesondere in einer Dezentralisierung und in Aspekten der Nachfragesteuerung (Tarifgestaltung). Für den Bereich der Wasserdiplomatie als der Kunst der gerechten Aufteilung grenzüberschreitender Wasserressourcen betonte er die Notwendigkeit internationaler Nutzungsverträge zwischen allen Anrainern eines Flußsystems.

Wassermanagement im Jordantal

Mit seinem Vortrag „Wasserwirtschaft in den palästinensischen Gebieten" eröffnete *Ismail Al-Baz* (Biologe, Berlin) die Reihe der auf das Jordanbecken bezogenen Länderstudien mit dem Schwerpunkt Wassermanagement. Er skizzierte die israelische Hegemonialposition im Wassersektor und die daraus resultierenden Folgen für die Wasserversorgung der Palästinenser. Neben der Diskriminierung bei der Wasserzuteilung problematisierte er insbesondere Fragen der Wasserqualität, die hohen Wasserverluste in den Leitungsnetzen und das durch die israelische Besetzung zu erklärende Fehlen palästinensischer Institutionen im Wasserbereich. Aus der praktischen Arbeit der Carl-Duisberg-Gesellschaft referierte Al-Baz über Aus- und Weiterbildungmaßnahmen im Wassersektor, die derzeit im Rahmen der technischen Entwicklungszusammenarbeit in den besetzten Gebieten durchgeführt werden. *Marina Meuss* (Geographin, Hamburg) führte unter dem Thema „Zum Problem nationaler Wasserwirtschaft und agrarischer Wassernutzung im südlichen Israel" in die Probleme der nationalen Wasserversorgung Israels ein, die durch das Auseinanderfallen von Niederschlagsund Anbauregionen entstehen. Unter Bezugnahme auf starre bürokratische Verfahren bei der administrativen Zuteilung der Wasserquoten wurde das israelische Wassermanagement zwar als technologisch führend (Tröpfchenbewässerung), zugleich jedoch institutionell reformbedürftig charakterisiert. In seinem Beitrag „Die innenpolitische Dimension der Wasserkrise in Jordanien - ein Rentierstaat und seine Wasserpolitik" arbeitete *Jochen Renger* (Politologe, Tübingen) in einer politökonomischen Analyse die Bedeutung der staatstragenden Elite Jordaniens bei der nationalen Verknappung der Wasserressourcen heraus. An den Beispielen der Bewässerungslandwirtschaft, der Wassertarifgestaltung und der Exportwirtschaft zeigte er, daß die jordanische Wasserpolitik grundsätzlich herrschaftspolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen des haschemitischen Regimes unterliegt. Demnach folgen Wasserverteilung und Wassernutzung nicht den gängigen Konzepten volkswirtschaftlicher Entwicklung, sondern unterliegen einer unter dem Gesichtspunkt der Legitimationsbeschaffung aufgebauten *eigenen* inneren Logik. Den Themenkomplex Wassermanagement beschloß eine Studie von *Sofian Salam* (Volkwirt, Berlin), der am Beispiel der „Bewässerungslandwirtschaft mit fossilem Grundwasser im Süden Jordaniens",

Landwirtschaftsprojekte in der Region Disi aus ökonomischer Perspektive beurteilte. Hierbei wurde deutlich, daß nur aufgrund staatlicher Intervention und Inkaufnahme ökologischer Schäden wirtschaftliche Erfolge auf Betriebsebene erzielt werden können. Eine auf Domestic-Ressource-Cost-Koeffizienten und Beschäftigungseffekten basierende volkswirtschaftliche Beurteilung der Projekte fällt nach Salam negativ aus. Daß diese abseits der ökonomischen Rationalität dennoch fortgeführt werden, lasse sich nur dadurch erklären, daß Mitglieder der politischen Elite durch die Projekte begünstigt werden.

Dauerhafte Stabilität setzt die gerechte Verteilung der Wasserressourcen voraus

Ina Vallianatos-Grapengeter (Historikerin, Hamburg) führte unter dem Titel „Die wasserstrategischen Aspekte im Sechs-Tage-Krieg 1967 und ihre gegenwärtige Relevanz für die israelisch-arabischen Friedensbemühungen“ in die Problematik internationaler Wasseraufteilung mit dem Schwerpunkt Wasserdiplomatie ein. Sie stellte unter Rückbezug auf regional- und weltpolitische Machtkonstellationen dar, warum die politischen Bemühungen um eine regionale multilaterale Regelung der Verteilung und Nutzung des Jordanwassers in den 50er und 60er Jahren fehlschlugen. Auf das Scheitern dieser funktionalen Ansätze folgte eine Phase unilateraler Wasserprojekte, die aufgrund sicherheitspolitischer Überlegungen Anlaß zu lokalen militärischen Auseinandersetzungen gaben. Hierin könne <<ein>> Segment der zum Sechs-Tage-Krieg führenden Eskalationskette gesehen werden. Wasser sei in diesem Kontext nicht als Konfliktursache, sondern lediglich als konfliktverschärfender Faktor aufzufassen. In seinem Beitrag „Das Wasser in den gegenwärtigen Nahost-Friedensverhandlungen - eine Analyse der bisher unterzeichneten Verträge unter wasserpolitischer Perspektive“ skizzierte *Stephan Libiszewski* (Politologe, Zürich) die heutige wasserpolitische Konfliktstruktur im Jordanbecken, wobei die unterschiedlichen Konfliktlagen zwischen den jeweiligen Parteien die bilateralen Einigungschancen weitgehend determinieren. Während Israel und Jordanien einen „genuinen“ Wasserkonflikt im Oktober 1994 durch ein Abkommen über die Wassernutzung von Jordan und Yarmuk beilegen konnten, bleibt eine Übereinkunft zwischen Israel und den Palästinensern in den besetzten Gebieten solange unmöglich, wie territoriale und damit souveränitätsrechtliche Fragen zwischen beiden Verhandlungspartnern offen sind. Zur Gewährleistung *dauerhafter* Stabilität ist eine von *allen* Anrainern akzeptierte Verhandlungslösung unabdingbar. Den Themenkomplex Jordanbecken abschließend stellte *Ines Dombrowsky* (Umwelttechnikerin, Berlin) in ihrem Beitrag „Perspektiven einer gerechten und nachhaltigen Nutzung der internationalen Wasserressourcen im Jordanbecken“ ein Referenzsystem für die Aufteilung grenzüberschreitender Wasserressourcen auf. Sie plädierte für eine mehrstufige Vorgehensweise bei der Festlegung staatlicher Wasserrechte, bei der zwischen sozioökonomischem Grundbedarf und potentiellem Wasserdargebot aller Anrainer zu vermitteln sei. Inter- und intragenerationelle Kompensationsregelungen könnten dazu beitragen, gerechte, effiziente und nachhaltige Wassernutzung auf regionaler Ebene zu ermöglichen.

Insgesamt wurde am Beispiel des Jordanbeckens deutlich, daß eine Trennung der Thematik in Fragen des Wassermanagements und in Fragen der Wasserdiplomatie lediglich gedanklich vorgenommen werden kann. Aufgrund der äußerst angespannten Wasserbilanzen der Anrainer, der nach wie vor bestehenden politischen Friktionen und des in seinem Ausgang noch ungewissen Friedensprozesses sind Wassermanagement und Wasserdiplomatie als zwei Seiten einer Medaille zu betrachten. Solche Lösungsansätze, die nur eine der beiden Dimensionen berühren, könnten bei fortdauernden Problemstrukturen in anderen Politikbereichen leicht scheitern.

Versalzung und illegale Landnahme

Mit Fragen des Wassermanagements in der Türkei befaßten sich zwei Beiträge. Zunächst beschäftigte sich *Waltina Scheumann* (Politologin, Berlin) unter dem Thema „Umweltprobleme in der Bewässerungslandwirtschaft durch die Verschwendung knapper Wasserressourcen“ mit Ergebnissen staatlicher Agrarpolitik am Beispiel des Lower-Seyhan-Projektes. Defizite in der Be- und Entwässerung hatten hier Versalzung und Vernässung der Böden zur Folge, weshalb die entwicklungspolitischen Ziele der Ertrags- und Einkommenssteigerung nicht realisiert werden konnten. Das Scheitern des Projektes führte Scheumann zwar auch auf den zu niedrigen Wasserpreis zurück, der keine Anreize zur sparsameren Verwendung der Ressource biete, in erster Linie sei aber die mangelhafte Funktionsfähigkeit der zentralistischen staatlichen Agrarverwaltung zu beklagen. Auch im Hinblick auf die im Rahmen weiterer Projekte zu erschließenden Landwirtschaftsflächen bedürfe es daher alternativer institutioneller Modelle, die u.a. direkte Beziehungen zwischen dem Servicepersonal und den Nutzern sowie Möglichkeiten gestaffelter und durchsetzbarer Sanktionen beinhalten sollten. In dem zusammen mit *Senda Kara* erstellten Beitrag „Trinkwasserversorgung und Stadtexpansion - der Fall Istanbul“ untersuchte *Frank Alleweldt* (Stadt- und Regionalplaner, Berlin) die Beeinträchtigung der Wasserqualität der örtlichen Stauseen durch Siedlungsaktivitäten. Am Beispiel des Ömerli-Stausees zeigte er, wie illegale Landnahme und Bebauung bei gleichzeitiger Vernachlässigung geregelter Abwasserentsorgung dieses für die Trinkwasserversorgung zentrale Reservoir nachhaltig schädigen. Wenngleich der städtischen Administration die Problematik bewußt ist, unterbleiben aus (wahl-)politischen Gründen Maßnahmen zur Eindämmung der unkontrollierten Stadtexpansion.

Das Südost-Anatolien-Projekt

Björn Blaschke (Politologe, Bonn) skizzierte unter dem Thema „Die Nutzung von Wasserressourcen als potentielle Konfliktursache - das Beispiel des Südost-Anatolien-Projektes (GAP) und seine nationalen, regionalen und internationalen Implikationen“ die mit dem GAP verbundenen wirtschaftlichen als auch politisch-strategischen Ziele der Türkei. In dem bis ins Jahr 2020 laufenden Erschließungsprojekt des Euphratwassers zur Energiegewinnung und zum Aufbau einer großflächigen

Bewässerungslandwirtschaft steht die Schaffung von 1,1 Millionen Arbeitsplätzen im Vordergrund. Dadurch soll zum einen eine dynamische regionale Wirtschaftsentwicklung induziert, zum anderen der Empfänglichkeit der kurdischstämmigen Bevölkerung für die politischen Ziele der Seperationsbewegungen entgegengewirkt werden. Wachsende Agrarexporte und militärische Nutzbarkeit der neugeschaffenen Infrastrukturen tragen zunehmend zu einer Aufwertung der Türkei im regionalen und internationalen Kontext bei. Allerdings, so Blaschke, schaffe die Aufstauung des Euphrats und die damit verbundene extreme Dezimierung seines Jahresabflusses ein Konfliktpotential mit den Nachbarstaaten Syrien und Irak, in dessen Licht auch die derzeitige Rolle der PKK in der Region zu betrachten sei. In ihrem Beitrag „Die Wasserproblematik zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak aus der völkerrechtlichen Perspektive" stelle *Aytül Kaplan* (Völkerrechtlerin, Heidelberg) fest, daß es zwischen den Anrainerstaaten des Euphrat unterschiedliche Auffassungen über die Nutzungsrechte grenzüberschreitender Wasserressourcen gebe. Während sich die Türkei als Oberlieger auf das Prinzip der territorialen Souveränität und damit die alleinige Entscheidungsgewalt beruft, leiten Syrien und der Irak als Unterlieger auf Basis des Prinzips der territorialen Integrität höhere als die derzeitig zugestandenen Wasserquoten ab. Nach der heute vorherrschenden Rechtsauffassung, deren Grundlage die Artikel V bis VII der sog. Helsinki-Rules seien, ist nach Kaplan die derzeitige Position der Türkei nicht haltbar, da ein Oberlieger nicht die gesamte Wassermenge für sich beanspruchen könne, sondern ein Verteilungskompromiß ausgehandelt werden müsse. Eine zusätzliche und in der derzeitigen Diskussion wenig berücksichtigte Dimension der Nutzungs- und Verteilungsproblematik liegt darin, daß strittig ist, ob Euphrat und Tigris ein gemeinsames oder jeweils ein einzelnes Wassersystem bilden.

Für das Euphrat-Tigris-Becken ist zusammenfassend festzuhalten, daß aufgrund des an sich reichlicheren Pro-Kopf-Wasserdargebots und der klareren politischen Rahmendaten auf internationaler Ebene Fragen des Wassermanagements und der Wasserdiplomatie noch weit besser voneinander getrennt werden können, als dies im Jordanbecken möglich ist. Die Türkei sowie Syrien und der Irak befinden sich noch in der Erschließungsphase der Ressourcen, wobei zudem eine Nutzung regenerabler Grundwasservorkommen den drei Staaten zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen könnte. Eine tatsächliche Nutzung der gegebenen Potentiale wird erst nach Abschluß der jeweiligen Erschließungsprojekte in einigen Jahrzehnten möglich sein. Aus dieser Perspektive sind die derzeitigen Dispute eher als Auseinandersetzungen über Entwicklungs*potentiale* zu begreifen.

„Nach der heute vorherrschenden Rechtsauffassung, ist die derzeitige Position der Türkei nicht haltbar, da ein Oberlieger nicht die gesamte Wassermenge für sich beanspruchen kann"

Aus Sicht der Autoren kann zusammenfassend festgehalten werden, daß militärische Auseinandersetzungen um Wasserressourcen eher unwahrscheinlich sind, da eine Reihe von Optionen zur Wassereinsparung durch effizientere Wassernutzung bestehen, die zugleich Spielräume für Einigungen in Fragen der Wasserverteilung eröffnen können. Jedoch wird die notwendige wasserwirtschaftliche und wasserpolitische Umkehr nur mit hohem finanziellen Aufwand sowie ökonomischem und administrativem Strukturwandel zu leisten sein. Mit der Lösung der Wasserproblematik ist somit ein langandauernder sozioökonomischer und politischer Transformationsprozeß verknüpft, der von internationaler Seite unterstützt werden muß.

■ *Jochen Renger und Andreas Thiele arbeiten zum Schwerpunkt Vorderer Orient am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Der Artikel ist ein Bericht über das Colloquium „Wasser im Nahen Osten", Berlin, 17. und 18. Juni 1995*

Arabisches Zentrum für strategische Studien in Damaskus

Norbert Mattes

Vom 3. - 5. April 1995 fand die Gründungsversammlung des *Arabischen Zentrums für Strategische Studien* (al-markaz al-arabi lil-dirasat al-istratidjiya) in Damaskus unter der Schirmherrschaft von Präsident Hafez al-Asad statt. Es nahmen ungefähr 170 Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens statt - aus Syrien, Jemen, den Golfländern, Jordanien, Libanon, Palästina, Ägypten und dem Sudan. Die Maghrebländer waren nicht vertreten. Saudi-Arabien ebenfalls nicht. Einen Namen mit dem Herkunftsland Saudi-Arabien konnte man auf der Liste der Eingeladenen entdecken. Aber ihn trifft dort schon seit langem der Bannstrahl[1].

Die unabhängige wissenschaftliche Institution steht unter Aufsicht von Ali Nâsir Muhammad, dem früheren Staatspräsidenten der Demokratischen Volksrepublik Jemen,[2] von dem auch die Idee stammt, ein Zentrum für wissenschaftliche Studien und eine Datenbank für Ökonomie, Sozialwissenschaft und Kultur zu gründen. Damals habe er festgestellt, so Ali Nâsir, daß man die Probleme in der arabischen Welt, allgmeine und regionale, panarabische und nationale, nicht lösen kann, ohne daß der Öffentlichkeit Zugang zu Daten und Wissen ermöglicht wird. Die Zunkunftsprojektion des Zentrums beinhaltet dann auch solch brennende Probleme wie Studien über Wasser, Desertifizierung, Bevölkerungsexplosion, aber auch Grenzkonflikte innerhalb der arabischen Welt.

In der Eröffnungsrede verweist Ali Nâsir Muhammad auf die gravierenden Fehler der Region: zu wenig Investitionen in die Forschung, fehlendes Interresse an Information und an entwickelter Technologie. Das Zentrum soll ein Hebel sein, um diese in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Zentren der arabischen Welt und außerhalb zu bekämpfen.

Die letzten Jahre hat Ali Nâsir Muhammad damit verbracht, von Forschungszentrum zu Forschungszentrum und von Universität zu Universität zu laufen, Kontakte mit der Arabischen Liga, UNESCO und insbesondere der ESCWA-UN (Economic and Social Committee of West Asia) in Amman aufzunehmen und sich die Unterstützung und Hilfe für solch ein Projekt zu sichern. Das Zentrum soll finanziell unabhängig sein, um auch unabhängig forschen zu können. Ghassan Salama, der bei der Gründungsversammlung anwsend war, meinte, er hätte Ali Nâsir Muhammad bei diesem Vorhaben von Anfang an unterstützt. Als Gründe für die Schaffung eines Arabischen Zentrums für strategische Studien wurden von den Rednern immer wieder die Herausforderungen genannt, die sich für die arabische Welt stellen, insbesondere nach dem Golfkrieg und für die Zeit nach den israelisch-arabischen Friedensverträgen: der Neue Mittlere Osten *(ash-shark awsatiyya al-dschadida)*[3], der neue Wirtschaftsraum mit Israel, der Einfluß des GATT-Vertrages auf die arabischen Ökonomien, Wirtschaft und Privatisierung, der arabische *common market*, die arabische Kooperation, das Dilemma des Panarabismus in der Nachgolfkriegsära, intellektuelle Strömungen der islamistischen Bewegungen in den Regionen, Grenzkonflikte zwischen den arabischen Ländern, bewaffnete Konflikte in der arabischen Welt, Waffenkontrolle und Abrüstung. Der erfolgreiche Abschuß des israelischen Nachrichtensatelliten Ofek-3, der die gesamte arabische Welt ausspionieren kann, bedeutete eine weitere Herausforderung. Große Skepsis aber auch Hoffnungen sind mit dem Projekt verbunden, wie dies Ghassàn Salama in einem Interview in Damaskus zum Ausdruck bringt: „Das wichtigste bei diesem Zentrum ist die arabische Identität. Was wir erhoffen, ist, daß das Zentrum in der Praxis, die Vernetzung zwischen den verschiedenen arabischen Staaten festigen kann, weil es arabische Länder gibt, die keine solchen Zentren für strategisches Denken haben und einige über Zentren verfügen, die aber nur der lokalen wissenschaftlichen Elite zugänglich sind." Wir wollen keine Routinestudien, sagt Salama, sondern schöpferische Gedanken. Das Zentrum „muß sich mit wissenschaftlichen Mitteln bemühen, daß die Stellung der Araber in der Welt verbessert wird."[4] Ein Redner traf den Kern der Sache: Wie soll die Arbeit des Instituts verwirklicht werden, in Anbetracht der fehlenden demokratischen Strukturen in der arabischen Welt? Großer Applaus. Können Studien veröffentlicht werden, die den Regimen nicht genehm sind? Natürlich hatten die Initiatoren betont, daß für alle Denkrichtungen die Möglichkeit gegeben sein muß, Forschungen und Untersuchungen voranzutreiben. Das Zentrum soll auch keine bestimmten Meinungen bevorzugen oder einseitig Standpunkte unterstützten. Die finanzielle Unabhängigkeit allein wird nicht ausreichen. Ob die vorgelegten High-tech Vorschläge auch dafür gedacht waren, wie man sich *online* an den Regimen vorbeimogelt? Von der Universität Bahrein wurde der Vorschlag eines Decision Support Systems vorgelegt; aus den Emiraten kam ein Papier über eine Computerinfrastruktur mit Datenbanken und Informationsnetzen innerhalb und außerhalb der arabischen Welt. Bliebe nur noch das Problem der Printmedien. Da läßt sich nicht so leicht vorbeimogeln. In der nächsten Zeit wird sich erweisen, ob die begrüßenswerten Aufgaben Früchte tragen.

Anmerkungen:

1) Abdarrahman Munif.
2) Ali Nâsir Muhammad wurde von seinen linken Gegner in der Sozialistischen Partei Jemens der „ideologischen Impotenz" bezichtigt. Sie warfen ihm vor, zu enge Verbindungen mit dem religiösen Establishment zu haben. Als 1985 Abdalfattâh Ismâ'il aus dem Moskauer Exil zurückkam, begannen blutige Machtkämpfe. Ali Nâsir Muhammad mußte 1986 das Land verlassen.
3) Ein Begriff, den der israelische Außenminister Perez in seinem 1993 herausgegebenen Buch propagiert hat. Inzwischen ist die israelische Regierung nicht mehr so emphatisch, was den neuen Wirtschaftsraum betrifft. Der stellvertretende Außenminister Yossi Beilin, mußte zugeben - nachdem auch Omans Außenminister die Befürchtung äußerte, daß „ein neuer ökonomischer Mittlerer Osten" gefährlich sei als Israels Militärmacht - ‚daß die Araber eine israelische Vormachtstellung befürchten.
4) Kongreßzeitung: ar-Risâla, Nr.1, 3.4.1995, S.3

Abu Zaid - Reformer oder Ketzer?

Annette Heilmann

Seitdem das Zivilgericht von Giza im Juni dieses Jahres über Nasr Hamid Abu Zaid und seine Frau Ibtihal Yunis die Zwangsscheidung ausgesprochen hat, ist der Fall nicht nur in Ägypten in aller Munde. Der Dozent für Literaturwissenschaft an der Universität Kairo machte erstmals vor fünf Jahren von sich reden, als sein Buch *Mafhum an-nass* (Der Begriff Text)[1] erschien. Zwei Jahre später sorgte die Ablehnung seiner Habilitation für erhitzte Debatten, da man die Unabhängigkeit der Universität und der freien Forschung bedroht sah. Und nun wurde Abu Zaid von einem staatlichen Gericht zum Apostaten erklärt und seine Ehe zwangsgeschieden.

Die *Affäre Abu Zaid*

Die *Affäre Abu Zaid* begann im Mai 1992, als der Assistenzprofessor an der Kairo-Universität seine Beförderung zum Professor beantragte. Drei Gutachten sollten der Habilitationskommission Aufschluß über die eingereichten Arbeiten des Wissenschaftlers geben. Zwei von ihnen befürworteten die Beförderung, das dritte hingegen, verfaßt von dem Professor für Linguistik an der Dar al-Ulum Hochschule, Dr. Abd as-Sabur Shahin, hielt Abu Zaid der Habilitierung nicht für würdig. Professor Shahin ist Mitglied der regierenden Nationalen Partei (NDP) und ein prominenter Fernsehprediger. Er bezichtigte den Literaturwissenschaftler Abu Zaid in seinem Gutachten „der Lüge, der Unwissenheit und der Verleumdung des Islam“. Seine Methode sei ein „Sammelsurium aus Idee, Ideologie, Kritik, Extremismus und Polemik.“

Mit 7 zu 6 Stimmen lehnte die Kommission unter Berufung auf das Gutachten Shahins die Habilitierung ab. Die Professoren der Arabistik-Fakultät wehrten sich gegen die Entscheidung und forderten eine Wiederaufnahme des Habilitationsverfahrens. Das Gutachten Shahins sei unwissenschaftlich, so die Professorenkollegen, es greife den Glauben Abu Zaids an und überschreite die Aufgabe des Gutachters.

Im März 1993 tagte der Universitätssenat und stimmte gegen die Habilitation Abu Zaids. Diese Entscheidung wertete die ägyptische Organisation für Menschenrechte als einen „Angriff auf die Meinungs- und Glaubensfreiheit und auf die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung“, denn der Universitätssenat habe die Habilitierung nicht aufgrund wissenschaftlicher Kriterien abgelehnt. In der linksgerichteten Wochenzeitschrift *al-Ahali* hieß es damals in einem der zahlreichen Artikel über den Fall: „Der Terrorismus bedroht die größte Festung des Denkens in Ägypten“.

Die Gegner Abu Zaids allerdings sahen in seinen Schriften eher eine „säkularistische Revolution gegen die Tradition der Universität.“ Harte Worte auch vom Leiter des ägyptischen Schriftstellerverbandes Tharwat Abaza: „Er ist ein Ungläubiger, kein Zweifel“. Vehement wehrte sich Abaza dagegen, daß der „verrückte Sünder“ weiter an der Universität unterrichtet und „die Studenten aus seiner Hand den Unglauben gereicht bekommen.“

Die *Affäre Abu Zaid* erfuhr einen vorläufigen Höhepunkt, als ein Rechtsanwalt die Scheidung des Wissenschaftlers von seiner Frau Ibtihal Yunis forderte. Abu Zaid und seine Frau erfuhren davon erst aus der Zeitung, sie kannten den Rechtsanwalt nicht. Unter Berufung auf die hanafitische Rechtsschule, die eine Ehe zwischen einer Muslima und einem Ungläubigen verbietet, wollte Muhammad Abd as-Samad die Ehe der beiden, die erst 1992 geschlossen worden war, annullieren lassen. Allerdings steht hinter der Klage des Rechtsanwaltes, wie er häufig in Interviews betonte, weniger der tatsächliche Wunsch, die Ehe zu scheiden, als Abu Zaid auf diesem Wege offiziell zum Apostaten erklären zu lassen.

Zwischen 1993 und 1994 fanden mehrere Anhörungen vor dem Zivilgericht von Giza statt. Am 27. Januar fällte es schließlich ein Urteil zugunsten Abu Zaids. Die Scheidungsklage wurde zurückgewiesen. Die Kläger gingen in Berufung. Im Juni dieses Jahres nun kam es zu der für alle überraschenden und schockierenden Entscheidung des Appellationsgerichts: die Ehe der beiden wurde zwangsgeschieden unter Berufung auf die Apostasie des Angeklagten, die sich aus seinen wissenschaftlichen Arbeiten ablesen ließe. Die Entscheidung des Gerichts stellt einen Präzedenzfall dar: nie zuvor wurde eine Klage von einem Außenstehenden und gegen den Willen der Eheleute erhoben.

Abu Zaid wird durch dieses Urteil zum Freiwild für alle religiösen Extremisten. Während des Prozesses um die des Mordes an Farag Foda Angeklagten sagte der renommierte Sheikh Muhammad al-Ghazali als Zeuge aus. Er nahm die Mörder in Schutz, denn, so der Geistliche: einem Ungläubigen, der keine Reue zeigt, gebühre die Todesstrafe. Komme der Staat dieser Verpflichtung nicht nach, so müsse ein gläubiger Muslim die Strafe vollstrecken. Nun hat Ägypten seinen ersten offiziellen Apostaten.

Das Urteil ist jedoch nicht nur aufgrund der Tatsache umstritten, daß ein Außenstehender die Klage erhoben hat. Selbst nach islamischem Recht ist die Entscheidung über seine Apostasie mehr als fragwürdig. Denn nach hanafitischem Recht ist es nahezu unmöglich, einen Menschen, der sich selbst einen gläubigen Muslim nennt, als Apostaten zu bezeichnen. Der Richter berief sich bei seinem Urteil auf die Schriften Abu Zaids, aus denen sein Unglaube eindeutig hervorgehe.

Der Koran zwischen Gegenwart und historischem Kontext

Schon Abu Zaids erstes Buch *Mafhum an-nass* wurde sehr kontrovers diskutiert. Hauptziel des Wissenschaftlers ist es, ein neues Verständnis für den Koran zu schaffen. Es soll einerseits ein Bewußtsein für die dialektische Beziehung zwischen Offenbarung und historischer Realität erzeugt werden, andererseits will er auf die Beziehung zwischen Text und Interpret, die sich im Laufe der Zeit ständig verändere, aufmerksam machen. Da der Koran ein sprachlicher Text sei, müsse mit sprachwissenschaftlichen Methoden an ihn herangegangen werden. Dabei werde der religiöse Gehalt des Buches nicht in Frage gestellt. Nach Meinung Abu Zaids ist der heilige Text im Laufe der Jahrhunderte zu einem reinen Schmuckstück verkommen. Er sei zu einem heiligen Objekt verdinglicht worden, das sich jedem direkten und kritischen Zugang entziehe. Der Wissenschaftler fordert, den Koran in dem Kontext zu sehen, in dem er offenbart wurde. Erst das Zurückgehen zur historischen Realität ermögliche die Unterscheidung zwischen geschichtlicher und metaphysischer Bedeutung.

Die Gegner Abu Zaids werfen ihm die Trennung zwischen dem heiligen Charakter des Koran und dem sprachlichen Material, dem Kunstwerk, das nach den Methoden der Literaturwissenschaft analysiert werden soll, vor. Er argumentiert jedoch, daß die frühen Gelehrten wie er verfahren seien, auch sie hätten den Koran auf seinen künstlerischen Gehalt hin untersucht, um schließlich Aussagen über das Ziel und die Bedeutung der so analysierten Suren zu machen.

Der Koran ist der zentrale Begriff in *Mafhum an-nass*. Abu Zaid verfolgt in diesem Werk zwei Ziele: Zum einen will er die Koranwissenschaft wieder mit der Literaturwissenschaft und der Literaturkritik verbinden, denn diese Wissenschaften seien umfassender, als die Koranwissenschaft im heutigen Sinne. Zum anderen möchte der Wissenschaftler zu einem objektiven Begriff des Islam gelangen, der die ideologischen Ansätze überwindet. Zu diesem Begriff gelange man nur über den Koran. Unabhängig von der Heiligkeit des Textes und seines göttlichen Ursprungs könne der Zugang zum Koran nur über die Sprache erfolgen. Denn der Koran, der sich selbst als Botschaft, *risala*, bezeichnet, sei eine Kommunikation zwischen Gott und den Menschen. Diese Kommunikation wurde den Menschen in einer natürlichen Sprache, dem Arabischen, zuteil.

Da der Koran aber gleichzeitig ein in sich geschlossenes System darstelle, das unnachahmlich und einzigartig sei, müßten an die Herangehensweise an den Text bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Das Prinzip des *i'dschaz*, des Wundercharakters und der Unnachahmlichkeit des Koran, bringe zunächst mit sich, daß der Koran nicht wie jeder andere sprachliche Text behandelt werden könne. Aber trotz seiner Heiligkeit und seines göttlichen Ursprungs bleibe der Text ein sprachlicher Text, der zu einer bestimmten Kultur gehöre. Diese Kultur gelte es in die wissenschaftliche Koranforschung einzubeziehen.

Deutliche Kritik am politischen und religiösen Diskurs übt der Wissenschaftler in seinem 1992 erschienenen Buch *Naqd al-Khitab ad-dini* (Kritik des religiösen Diskurses). Er untersucht die Mechanismen und die Ideologie des aktuellen religiösen Diskurses und vertritt die Ansicht, daß es zwischen Gemäßigten und Extremisten keine grundlegenden Unterschiede gebe. Beide berufen sich auf zwei Grundprinzipien: den Text und die *hakimiya* (Herrschaft).

Im Konzept der *hakimiya* werden die religiösen Texte zur Grundlage der Herrschaft. Sie seien besser als jegliche von Menschen erdachte Herrschaftslegitimation, da im Koran die absolute Wahrheit verkündet werde. Hier setzt Abu Zaids zentrale Kritik an diesem Herrschaftsprinzip an, denn es seien schließlich Menschen, die den Koran auslegen. Eine bestimmte Gruppe hätte demnach das Monopol der einzig wahren Interpretation inne. Dieses Textverständnis ignoriere wichtige Grundprinzipien des Islam, nämlich rationales Denken und Pluralität. Diejenigen, die sich auf dieses Herrschaftsprinzip berufen, so Abu Zaid, sähen ihre Interpretation, ihre Auslegung und



Nasr Hamid Abu Zaid *N. Kermani*

Erklärung der religiösen Texte als die einzig gültige an. Da sie sich im Besitz der göttlichen Wahrheit wähnten, könne jeder, der sich gegen sie ausspricht, zum Ketzer erklärt und müsse nach ihrem Verständnis getötet werden. Aus diesen Gründen stehe das Konzept der *hakimiya* jeglichem Verständnis von Demokratie diametral entgegen. Einen demokratischen Weg der Opposition gebe es nicht mehr.

Aber auch die ägyptische Regierung greift Abu Zaid in seinem Buch an. Er argumentiert, daß sie die gleichen Mechanismen der Herrschaftslegitimation verwende. Die Machthabenden Ägyptens nähmen für sich in Anspruch, im Besitz der allein gültigen Wahrheit zu sein. Wie im religiösen Konzept der *hakimiya* werde auch hier die Rolle der Vernunft und des Denkens auf wissenschaftlicher und kultureller Ebene nur dann zugelassen, wenn es zur Konsolidierung des Regimes diene. Auch dieses Verständnis von Herrschaft schließe Pluralität und Demokratie aus.

Mit seinem Buch „Kritik des religiösen Diskurses" griff der Autor der Diskussion, die es auslöste, voraus. Die *Affäre Abu Zaid* ist ein Paradebeispiel für den politi-

schen und religiösen Diskurs in Ägypten. Wie es der Autor in seinem Werk beschrieb, wurde nicht wissenschaftlich über seine Argumente diskutiert, er wurde der Ketzerei beschuldigt, denn, so seine Kritiker, er handle gegen Gottes Wort.

Die Zukunft Abu Zaids ist ungewiß. Ab Herbst 1996 ist er Stipendiat des Berliner Wissenschaftskollegs. Ob er bis dahin in seiner Heimat bleiben will, kann er selbst noch nicht einschätzen. Sein Land liegt ihm am Herzen, aber vor einigen Jahren sagten seine Frau und er: „Wir sind keine Helden, zur Not werden wir Ägypten verlassen müssen."

■ *Annette Heilmann ist Studentin der Islamwissenschaft in Berlin*

Teile des Aufsatzes sind Auszüge aus: Annette Heilmann: „Die Affäre Abu Zayd und der Begriff der `Ethik der Toleranz' in der heutigen politischen Diskussion in Ägypten." In: Ferhad Ibrahim (Hrsg.): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten. Hamburg 1995, S. 145-168.

Anmerkungen:

1 Abu Zaid, Nasr Hamid: *Mafhum an-nass. Dirasa fi `ulum al-Qur'an*. Kairo 1990. ders.: *Naqd al-Khitab ad-dini*. Kairo 1992. Demnächst wird die deutsche Übersetzung im dipa-Verlag erscheinen.

Abu Zaid – Das Urteil Im Wortlaut

Am 14. Juni 1995 wurde vom Vorsitzenden Richter der 4. Kammer des Kairener Appelationsgerichts, Faruq Abd al-Alim, die Ehe zwischen Nasr Hamid Abu Zaid und Ibtihal Yunis auf Antrag radikaler Islamisten geschieden. Aus den insgesamt 25 Seiten der Urteilsbegründung geben wir im folgenden einige Passagen im Wortlaut wieder.

Gegenstand des Prozesses ist die Scheidung der Ehe zwischen dem Beklagten (Abu Zaid) und seiner Frau aufgrund der Apostasie des Erstgenannten und der Zugehörigkeit zum Islam der Zweitgenannten. (...) Das Gericht informierte sich anhand der ihm vorgelegten Veröffentlichungen des Beklagten, wogegen dieser keinen Einspruch einlegte. (...) Das Gericht zitiert einige Passagen aus diesen Werken:

Auf Seite 105 seiner Veröffentlichung „Kritik des religiösen Diskurses" sagt der Beklagte: „Wenn sich die Sprache entsprechend der gesellschaftlichen und kulturellen Bewegung entwickelt und neue Begriffe oder neue Bedeutungen zuläßt, um höchst komplexe Zusammenhänge zum Ausdruck zu bringen, dann ist es nicht nur natürlich, sondern notwendig, die religiösen Texte und deren Interpretation im Lichte der ursprünglichen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen zu betrachten." (...)

Im selben Werk sagt der Beklagte auf den Seiten 198 und 199: „In vielen Versen des Koran wird von Gott in seiner Eigenschaft als Herrscher, der einen Thron und Engelsscharen besitzt, gesprochen ... In vielen Erzählungen, die sich auf die zweite religiöse Quelle, die Überlieferungen des Propheten, beziehen, werden Details über den Thron und über diese Engelsscharen wiedergegeben. Wenn wir diese Dinge wörtlich nehmen, so trägt all dies zu dem mythischen Bild derjenigen Welt bei, die hinter unserer materiellen und von uns gesehenen und empfundenen Welt liegt. (...) Vielleicht verstanden die Zeitgenossen jener Zeit, in der die religiösen Texte entstanden, diese wörtlich, und vielleicht rührt das Bild, das bei ihnen entstand, von der damaligen kulturellen Vorstellung der Gemeinde her, was normal ist. Es ist aber nicht normal, daß heutige religiöse Strömungen auf der damaligen religiösen Bedeutung beharren, obwohl die Realität und die Kultur jene mythischen Vorstellungen überwunden haben. Das Bild vom Herrscher und vom Reich ... reflektiert die historischen Gegebenheiten wie auch die historisch-kulturellen Vorstellungen. Das Beharren auf der wortwörtlichen Bedeutung, die kulturell überkommen und von der Realität widerlegt ist, ist gleichbedeutend mit dem Leugnen der Entwicklung und mit dem Festhalen an einem Bild der Realität, das historisch überkommen ist."

Auf den Seiten 205 bis 207 seines Buches „Kritik des religiösen Diskurses" schreibt der Beklagte: „Zu den religiösen Texten, die als historische Zeugnisse zu betrachten sind, gehören diejenigen über die Magie, das böse Auge, die Dämonen und die Teufel. Hierbei handelt es sich um Elemente der Geistesstruktur, die an eine begrenzte Entwicklungsphase des menschlichen Bewußtseins geknüpft sind. Die religiösen

Unterstützungskomitee Nasr Abu Zaid

Das Komitee hat sich zum Ziel gesetzt, Öffentlichkeit für den Fall Abu Zaid zu schaffen und verschiedene Formen der Unterstützung zu koordinieren. Nähere Informationen und Briefvorlagen für Unterstützerbriefe sind erhältlich beim:

Unterstützungskomitee Nasr Abu Zaid
c/o Orientalisches Seminar Uni Bonn
Regina-Pacis-Weg 7
53111 Bonn

Tel.: 0228/73-7462
Fax: 0228/73-5601

Spendenkonto: 100 015 163 (K. Amirpur, Verwendungszweck: Abu Zaid) Stadtsparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

Texte verwandelten die Teufel in eine zerstörerische Kraft, deren Werkzeug die Magie wurde. Die kulturelle Realität glaubte an die Magie. Wenn wir aber von der Tatsache ausgehen, daß die religiösen Texte von Menschen geschrieben wurden, bedarf die Menschlichkeit des Propheten - seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten historischen Epoche und zu einer bestimmten Kultur - keines Nachweises. Und was für die Magie gilt, gilt ebenso für das Phänomen des bösen Blicks. Das Auftauchen dieses Begriffs in den religiösen Quellen ist kein Beweis für dessen tatsächliche Existenz, sondern für die Existenz dieses geistigen Begriffs in der Kultur. Alle Passagen, in denen dieser Begriff im Koran erscheint, ist im Zusammenhang zu sehen mit den Glaubensgrundsätzen des alten Halb-Mystizismus." (...)

Die aus den Werken des Beklagten zitierten Passagen beweisen folgendes:

(1) Er bestreitet, daß Gott die in vielen Versen des Koran beschriebene Eigenschaft eines Herrschers hat.

(2) Der Autor leugnet den Thron und die Engelscharen Gottes. (...) Der Beklagte betrachtet die Verse im Buch Gottes als mythische Darstellung. Mythen sind in ihrer sprachlichen Bedeutung Lügen und merkwürdige Begebenheiten. Die Aussagen des Beklagten sind nicht weit von dem entfernt, was der Koran als heidnisch qualifiziert (Sechste Sure, Vers 25: „Die Ungläubigen werden sagen: 'Dies alles ist nur alberne alte Fabel!'"). Der Beklagte sprach die mythische Eigenschaft dem Buch Gottes wiederholt zu, vor allem in seiner „Kritik am religiösen Diskurs".

(3) Der Autor bestreitet die Existenz der Teufel und betrachtet deren Existenz als eine rein spirituelle in der Anfangsepoche der islamischen Gemeinde. Die Teufel existierten also nur im Bewußtsein der Menschen, und der Koran paßte sich diesem Umstand an. Dasselbe gilt für die Magie, den bösen Blick und die Dämone. Viele Verse, in denen die Teufel vorkommen, werden somit zurückgewiesen; deren tatsächliche Existenz wird ebenso geleugnet wie der Umstand, daß es sich um Kreaturen Gottes handelt ... . Der Beklagte leugnet aber nicht nur, sondern macht sich sogar über den Koran lustig, indem er sagt: „Die religiösen Texte verwandelten die Teufel in eine zerstörerische Kraft, deren Werkzeug die Magie wurde." (...)

(4) Was die Dämonen ... betrifft, so leugnet der Beklagte in seinen Veröffentlichungen deren Existenz. Somit bestreitet er, daß die Dämonen, wie der Koran beweist, Kreaturen sind und tatsächlich existieren.

Der Beklagte leugnet das Buch Gottes, indem er die Existenz derjenigen Kreaturen in Abrede stellt, die in den Versen des Koran erwähnt werden. (...) Er leugnet, daß der Koran das Wort Gottes ist, sowie die im Koran Gott zugeschriebenen edlen Eigenschaften. Er sagt, daß es sich um einen von Menschen verfaßten Text handelt ... . Der Beklagte weist jene Verse des Buches Gottes zurück, die die für alle Menschen gültige Botschaft des Propheten Muhammads verdeutlichen. Hinsichtlich der Verse über die Gesetzgebung und die Rechtsprechung sieht der Beklagte keinerlei Notwendigkeit in einer Rechtsprechung durch Gott, da diese Verse an eine vergangene historische Epoche gebunden seien. Er fordert, vernünftigerweise sollten die zeitgenössischen Bedeutungen durch solche ersetzt werden, die menschlicher und fortschrittlicher seien als der wörtliche Text. Er negiert alle erwiesenen Bestandteile des Buches Gottes und leugnet insbesondere diejenigen, die im Zusammenhang stehen mit dem Erbschaftsrecht, der Frau, den nichtmuslimischen Glaubensgemeinschaften und dem Besitzrecht. (...)

Nach einmütiger Meinung der muslimischen Gelehrten und Imame bedeuten solche Aussagen eines gelehrten Muslim den Abfall vom islamischen Glauben, nach Meinung einiger sogar Ketzerei, also die schlimmste Form von Apostasie. Der Beklagte arbeitet als Professor der arabischen Sprache und islamischer Studien und ist sich somit über die Bedeutung jedes einzelnen Wortes bewußt, das er geschrieben hat. (...) Der Beklagte nutzte seine Tätigkeit als Professor aus und begann, den Studenten diese Lügen über das Buch Gottes zu lehren und ihnen seine Studien aufzunötigen ...; diese Jugend ist in einem Alter, in dem sie noch geformt und beeinflußt wird von den als Vorbild angesehenen Professoren. Das Gericht hält die Fakultät, in der der Beklagte lehrt, sowie die Universität verantwortlich für diese Bücher; denn diese wissenschaftlichen Institutionen verfügen über die Mittel, solche Veröffentlichungen zu verbieten, die die Wurzeln der islamischen Glaubensgrundsätze zerstören und die den Geist der Jugend verwirren. Einige von ihnen werden dazu gebracht, der Religion abtrünnig zu werden. Dies bedeutet, daß die Gesellschaft, die Universität und die Jugend verdorben werden. (...)

Was der Beklagte vorbringt, ist nicht nur ein Angriff auf das Buch Gottes und eine Bekundung der Ungläubigkeit, sondern auch ein Verstoß gegen den zweiten Artikel der Verfassung der Arabischen Republik Ägypten, der den Islam als Staatsreligion festlegt. Der ägyptische Staat ist demnach also weder säkular, noch ketzerisch oder christlich, sondern muslimisch. (...) Der Beklagte verstößt auch gegen den Artikel 47 der Verfassung, der die Meinungsfreiheit im Rahmen der Gesetze garantiert. Diese Gesetze aber respektierte der Beklagte nicht.

Der Beklagte brachte zu seiner Verteidigung vor, daß er im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung und des *ijtihad*[1] gehandelt habe. Diese Verteidigung ist jedoch unvollkommen; denn jeder Forscher, selbst wenn er Anfänger ist, weiß, daß die wissenschaftliche Forschung auf Prinzipien und Regeln basiert, was ebenso für den *ijtihad* gilt. (...) Die Vernichtung der religiösen Texte, um diesen ihre Autorität abzusprechen, sowie die sprachlich nicht zu rechtfertigende Propagierung eines rationalen Verständnisses, dem durch die religiösen Texte keine Grenzen gesetzt werden, haben besonders hinsichtlich der Glaubensgrundsätze und der Koranstudien nichts mit wissenschaftlicher Forschung gemein. (...) Und *ijtihad* bedeutet, über ein Ereignis zu entscheiden ...; und die Quellen der rechtmäßigen Entscheidung sind das Buch Gottes und die Überlieferungen des Propheten, also Texte, die jene Entscheidungen beinhalten. Wenn der Beklagte diese Texte angreift, leugnet und zurückweist, dann handelt es sich keinesfalls um *ijtihad*. (...)

Der hanafitischen Rechtsschule zufolge ist im Falle der Apostasie eines Ehepartners die Trennung der Ehe ohne Scheidung vorgesehen ... Muhammad hingegen sagt, daß die Ehe geschieden werden muß, da die Apostasie unvereinbar mit der ehelichen Autorität des Ehemannes über seine Frau ist. Der Abtrünnige verdient kein Nachsehen, und die Ehe ist aufzulösen. Bereut der Apostat, so bleibt das Urteil auf Verlust der Arbeit, auf Entzug des Eigentums oder auf Scheidung der Ehe bestehen; beide müssen dann nochmals heiraten. (...)

Das Urteil lautet auf Scheidung der Ehe zwischen dem Beklagten und seiner Frau aufgrund der Apostasie des Beklagten und der Zugehörigkeit seiner Frau zum Islam. Das Gericht fordert den Beklagten auf, sich wieder Gott zuzuwenden, sich wieder zum Islam zu bekennen ... und sich von allen seinen Schriften zu distanzieren, in denen vom Unglauben geschrieben steht und in denen die Verse Gottes geleugnet sowie seine Vorschriften zurückgewiesen werden.

Das Gericht ... weist die Behauptung der Verteidigung, daß das Gericht nicht zuständig sei, ebenso zurück wie deren Antrag auf Abweisung der Klage, da diese von unautorisierter Seite erhoben worden und der Klagegegenstand nicht justiziabel sei. Das Gericht erklärt sich für zuständig und läßt die Klage auf Trennung der Ehe zwischen den beiden Beklagten zu. Die Beklagten müssen die Gerichtskosten für beide Instanzen tragen.

■ *Aus dem Arabischen übersetzt von Hans Günter Lobmeyer*

Anmerkungen:

1) Selbständige Entscheidung einer Rechtsfrage aufgrund der Interpretation der religiösen Quellen.

Georg Stauth: Islam und westlicher Rationalismus.

Der Beitrag des Orientalismus zur Entstehung der Soziologie
Campus, Frankfurt und New York, 1993

Armando Salvatore

Seit zwanzig Jahren haben die Debatten über das Verhältnis zwischen „dem Islam" und „der Moderne" (und neuerdings auch „dem Postmodernismus": s. Inamo-Beiträge 1/95, S. 56-59) infolge sowohl des sogenannten islamischen Revivals als auch der Orientalismuskritik eine neue Brisanz bekommen. Die historischen Gründe, die diesen Diskussionen Konjunktur verliehen haben, seien dahingestellt. Ich möchte nur auf den höchst reifizierten, d.h. verdinglichten und verhärteten Zustand der Kategorien hinweisen, die der Debatte zugrunde liegen; denn in dieser Debatte ist kaum die historische und soziologische Bedingtheit der Konstruktion von „Islam" oder „Moderne" beleuchtet worden.

Mit Blick auf das ehrgeizige sowie notwendige Ziel, „Islamwissenschaft und Soziologie miteinander zu verbinden" (S.7), leistet Georg Stauth einen Beitrag, um die Diskussion aus den Beschränkungen der reifizierten Kategorien zu befreien und Klarheit über die Entstehung und Entwicklung der intellektuellen und wissenschaftlichen Kategorisierungsverfahren zu schaffen, die eben zu diesen Reifizierungen geführt haben. Der Schlüssel zu dieser Analyse ist die Rekonstruktion der Prozeduren, durch die der westliche Rationalismus im Kontext einer zunehmenden wissenschaftlichen Institutionalisierung seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts die Kategorien und Klassifikationsmuster geprägt hat, die für sowohl den Experten- als auch den Journalistendiskurs über den Islam bis heute Gültigkeit besitzen und dessen kleinster gemeinsamer Nenner ist, daß „der Islam als solcher" keine moderne Subjektivität westlicher Art produzieren kann.

Nicht zufällig ist es Michel Foucault gewesen, der in seinen Berichten über die islamische Revolution im Iran Ende 1978 zum ersten Mal in spektakulärer Form diese These auf den Kopf gestellt hat, indem er in jenem Ausbruch „politischer Spiritualität" eine Rettung des im Westen verlorengegangenen revolutionären Geistes der Moderne erkannte. Nun geschah das (sowohl die Revolution als auch die Begeisterungswelle nicht unbedeutender Sektoren des westlichen Intellektuellentums) im Kontext einer sich vertiefenden Globalisierung der kulturellen Kommunikation zwischen „dem Westen" und „der Welt des Islam". In der Tat wird heute mit Kategorien wie „der Westen" und „der Islam" in „kontaminierter", nicht mehr ursprünglicher Form operiert, so daß ihre Wurzeln dem heutigen Beobachter besonders stark verschleiert sind. Trotz der weiterbestehenden Solidität grundsätzlicher Postulate über das Verhältnis zwischen Islam und Moderne erweitert die heutige intensive transkulturelle Kommunikation die Bandbreite der Kombinationsspiele erheblich, die zwischen immer stärker reifizierten Kategorien möglich sind. Stauths Studie hat das besondere Verdienst, gerade die Entstehung und Umformung dieser Kategorien auf westlicher Seite unter die Lupe zu nehmen und uns eine sozialtheoretische Abhandlung über die Prozesse zu liefern, durch die das moderne Subjekt von der deutschen Romantik bis zu Max Weber sich selbst wissenschaftlich definiert und „essentialisiert" und dadurch die Maßstäbe für eine vor allem auf den Islam als „den nächsten Anderen" gerichtete Fremderkenntnis geprägt hat.

Die allzu einfache Interpretation eines Edward Said, der eine mechanistische Instrumentalisierung der Verbildlichung und der Konzeptualisierung des Islam für die Konstruktion der westlichen Identität sowie für die Verfolgung westlicher Interessen theorisierte, wird von Stauth zuerst durch den Hinweis auf eine grundlegende Selbständigkeit der Essentialisierungsverfahren revidiert, bevor das Subjekt mit dem Anderen konfrontiert wird. Die Logik des Prozesses ist nicht primär, das Andere (= den Islam) zu essentialisieren, d.h. ihm eine ursprüngliche Essenz zuzuteilen. Es ist vielmehr das moderne Subjekt, das Reflexion über sich selbst produziert und in ihr gefangen bleibt, indem es auf die Herstellung seiner subjektiven Autonomie angewiesen ist. Der Verfasser deckt diesen Mechanismus in dem engen Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Essentialisierung und den sozialgeschichtlichen Grundlagen geschichtsphilosophischer und sozialtheoretischer Reflexion auf. Dadurch wird - wie im Untertitel versprochen - der Beitrag des Orientalismus zur Entstehung der Soziologie ausgelegt. Vor dem Hintergrund des tiefgreifenden, obwohl ambivalenten Einflusses von Max Weber auf die gesamte, wohl universell geltende Landschaft der Sozialwissenschaften, sind die Ergebnisse dieser Genealogie der deutschen Essentialisierungsprozesse nicht nur aus deutscher Sicht bedeutend.

Essentialisierung ist für Stauth vor allem ein interpretatives Verfahren, das auf dem Begriff von „Innerlichkeit" als „innerlich begründete Haltung zur Welt" basiert. Es handelt sich nicht um ein rein konzeptuelles Instrument, sondern vielmehr seit der Romantik um ein neues Ordnungsprinzip, das im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend durch die Professionalisierung der Geisteswissenschaften institutionalisiert worden ist. Die Rolle des Orientalismus und der Islamwissenschaft in diesem Prozeß war es, die Methoden der Essentialisierung mit der Universalisierung Europas zu verbinden. Innerlichkeit wird als der Lebens- und Berufshabitus der europäischen Intellektuellen verstanden, die einen Außenbezug brauchen und permanent produzieren. An

diesem Bezug wird in jenen Kulturwissenschaften am explizitesten gearbeitet, die auf Fremderkenntnis gerichtet sind.

Essentialisierung ist die Methode dieses Schrittes vom konstruierten Innen zum Außen, dessen wissenschaftlicher Erschließung keine kulturellen Grenzen gesetzt sind; eine Methode, die die Webersche Soziologie vom Orientalismus geerbt und in ein Instrument der vergleichenden Erfassung der Kulturreligionen der Welt vom Gesichtspunkt der universalen Einzigartigkeit der „europäischen Zivilisation" verfeinert hat. Stauth zeigt uns die Zirkularität zwischen der Essentialisierung, die Weber dem rationalen Handeln des Typus des europäischen Puritaners zuweist, und der Essentialisierung, die der Heidelberger Soziologe selbst auf der Basis des Begriffes der Innerlichkeit wissenschaftlich praktizierte, als er an der Konstruktion eben dieses Typus und der ihn umgebenden Typologie arbeitete. Durch diesen Zirkel wird die Umwandlung der Spannung der Transzendenz, die allen Achsenzivilisationen zugrunde liegt, in die Immanenz der Selbsterfahrung vollzogen und letztendlich verwissenschaftlicht. Damit ist dank des entscheidenden Beitrags der Islamwissenschft die historische Aufgabe der Soziologie vollendet worden, als reflexive Wissenschaft der okzidentalen Moderne zu wirken.

An diesem Punkt stellt sich die Frage, was die Implikationen dieser Analyse für eine Soziologie des Islam sind. Diagnostisch weist Stauth darauf hin, daß Webers soziologisches Verständnis der Innerlichkeit als „innerweltliche Fundierung des Handelns" im Spannungsfeld zwischen Weltablehnung und Weltbeherrschung eben diese innerweltliche Askese des Berufs als einziges Kriterium der „rationalen Systematisierung der Lebensführung" fortschreibt. Das ist das Kriterium, das der westliche Rationalismus über eine lange Entwicklung hergestellt hat, um den modernen rationalen Charakter sozialen Handelns und gesellschaftlicher Strukturen wissenschaftlich beurteilen zu können. Nachdem er diese Zirkularität aufgezeigt hat, hat Stauth keinen Zweifel, daß dieses Kriterium der Rationalisierung, das auf Innerlichkeit baut, wissenschaftlich unbegründet bleibt. Vor allem ist er der Meinung, daß dieses Kriterium keinen Raum zuläßt, um der Rationalität ritualisierender Handlungen, die man durchaus in modernen sozialen Kontexten wiederfindet, Rechnung zu tragen.

Um die Frage zu beantworten, ob eine Soziologie des Islam möglich sei, liefert uns der Verfasser die *pars destruens* der notwendigen Arbeit. Er sagt uns, welche Dimension der sozial- und kulturwissenschaftlichen, weberzentrierten Tradition ein solches Unternehmen unmöglich macht. So scheint es fast, daß man leider den Islam weiterhin der Arbeitsteilung zwischen philologisch orientierten Islamwissenschaftlern, die den Text pflegen, und Anthropologen, die sich um die volkskulturelle Rationalität kümmern, zu überlassen hat - eventuell mit der Hinzufügung der Politologen, die insbesondere in der Ära des „islamischen Revivals" für jede Art „politischer Implikationen" zuständig sind.

Die *pars construens*, die man benötigt, um die Frage zu beantworten, bleibt offen, nämlich inwieweit gerade in der Analyse von Phänomenen in den heutigen muslimischen Gesellschaften, die von der Globalisierung beeinflußt sind, eine revidierte, den Gesetzmäßigkeiten des öffentlichen Diskurses besser angepaßte Webersche Perspektive anzuwenden ist. Der breite Fächer der sprachlichen sowie symbolischen Umformungen und Aneignungen des „Islam" (also nicht nur im Sinne eines aufgeklärten islamischen Fundamentalismus wie bei Ernest Gellner), denen Prozesse der Rationalisierung von Lebensführung zugrunde liegen - zu denen auch die Neudefinition der Verhältnisse zwischen Individuum und Gesellschaft sowie zwischen Privatheit und Öffentlichkeit gehört - würde dafür sprechen, daß man die soziologische Tradition nicht zu verlassen hat, um die gesellschaftliche Dimension all dessen zu erfassen, was mit einer als „islamisch" gedeuteten Symbolik und Sprache verbunden ist.

■ *Armando Salvatore arbeitet z. Zt. an dem Forschungsprojekt „Islamische Öffentlichkeit" an der Humboldt Universität Berlin.*

Werner Ruf: Die neue Welt-UN-Ordnung.

Vom Umgang des Sicherheitsrates mit der Souveränität der „Dritten Welt", agenda Verlag, Münster 1994, 239S.

Ulrike Dufner

Mit der vorliegenden Studie räumt Werner Ruf mit den Vorstellungen auf, die UNO könne sich unter gegebenen internationalen politischen Strukturen zu einer internationalen, friedensstiftenden Organisation entwickeln, zur neutralen internationalen Hüterin des 'Weltfriedens'.

Anhand einer Analyse der Politik der UN bzw. des Sicherheitsrates in der Westsahara und im 2. Golfkrieg zeigt der Autor auf, daß hier die jeweiligen spezifischen Großmachtinteressen (ökonomischer, geostrategischer Natur) in der Region durchgesetzt wurden und die UN keineswegs die Rolle einer 'neutralen' Partei eingenommen hat, sondern zur direkten Konfliktpartei wurde. Zudem legt er dar, daß insbesondere im 2. Golfkrieg und in Somalia - dem dritten Fallbeispiel - die UN durch die US-geführten Militäroperationen, die sich nicht unter UN-Kontrolle begaben, als Instrument der Interessensdurchsetzung der USA diente, bei denen

der UN-Sicherheitsrat nicht - wie in der UN-Charta vorgesehen - die Kontrolle ausübte.

Mit dem UN-Einsatz in Somalia, so Werner Ruf, wurde endgültig die völkerrechtliche Basis einer 'humanitären Intervention' geschaffen, die UN-Einsätze nicht nur bei zwischenstaatlichen Konflikten sondern auch bei 'internen' Konflikten rechtfertigt. Dies legitimiert eine militärische Intervention unter dem Deckmantel der 'Humanität' und untergräbt das UN-Prinzip der staatlichen Souveränität. Der Durchsetzung dieses Prinzips, welches in Ansätzen bereits gegen den Irak zur Anwendung kam, war - so der Autor - der US-Einsatz in Somalia geschuldet.

Da dem UN-Sicherheitsrat keine bindende Kontrollinstanz übergeordnet ist, und nur die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Veto-Recht haben, wurde die UN bzw. der Sicherheitsrat insbesondere seit dem Ende der Bipolarität (war es aber auch schon bei Fällen, wo die SU keine spezifischen Interessen o.a. hatte) zum Instrument der hegemonialen Kräfte, um ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen. Interne Konflikte peripherer Gesellschaften werden als Bedrohung des Weltfriedens dargestellt und ermöglichen eine militärische Intervention. Wann eine solche 'humanitäre Intervention' zur 'Sicherung des Weltfriedens' erfolgt, ist abhängig von der Interessenlage der in der UN dominierenden Kräfte, die mit dem Ende der Bipolarität verstärkt von der Sicherung der kapitalistischen Verwertungsinteressen bestimmt wird.

Mit der Möglichkeit der Militärintervention im 'Dienste der Humanität' und der Aufgabe des Souveräntitätsprinzips wurde verstärkt die Diskussion um eine Reform der UN geführt, die sich im wesentlichen um den Beitritt Japans und der BRD als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates dreht. Diese streben, so Werner Ruf, letztlich nach einer ebensolchen - international legitimierten - Möglichkeit der 'humanitären Intervention' zur Durchsetzung nationaler Interessen: „Für ständige Mitglieder des Sicherheitsrats wird es zunehmend möglich, im Konsens, notfalls jedoch auch im Alleingang, nationale Interessen auch militärisch durchzusetzen und diese Durchsetzung von Interessen als 'friedensschaffende Maßnahmen' im Interesse der 'Weltgesellschaft' zu verkleiden“ (214).

Nach Werner Ruf ist die veränderte Rolle und Politik der UN (wie auch der Blauhelme) nicht nur als Resultat des Endes des Blockgegensatzes aufzufassen, sondern auch als Teil der politischen Artikulation weltwirtschaftlicher Entwicklungen. Die Aufweichung staatlicher Souveränität, wie sie durch die 'humanitäre Intervention' praktiziert wird, korreliert mit einem de facto bestehenden Souveränitäts- und Funktionsverlust der 'Nationalstaaten' der Peripherie: Für die peripheren Staaten hat das Ende der Bipolarität eine Einengung nationalstaatlicher Politik zur Folge, u.a. da die Möglichkeit, den Blockgegensatz für eigene (wirtschafts-)politische Interessen zu instrumentalisieren, verlorenging. Durch die Politik von Weltbank und IWF und die verringerten Möglichkeiten der Staaten, sozialstaatliche wie wirtschaftspolitische Funktionen wahrzunehmen, nehmen zudem interne (ethnische, tribale o.a.) Konflikte in den Ländern der Peripherie zu. Diese können - wie am Beispiel des UN-Einsatzes in der Westsahara und in Somalia verdeutlicht wird - von den hegemonialen Kräften gefördert und instrumentalisiert werden. Die zunehmenden Konflikte im Süden, die selbst Resultat der internationalen kapitalistischen Durchdringung sind, verleiten zum Ruf nach einer 'Treuhandschaft' des 'zivilisierten, weißen Nordens', der die Durchsetzung und Einhaltung der Menschenrechte etc. realisieren soll. Dieser Appell an eine Weltordnungsinstitution verkörpert durch die UN verzichtet, so Werner Ruf, auf jede Analyse der Strukturbedingungen und Ursachen. „... wenn die Expansionsbestrebungen des 19. Jahrhunderts ihre ideologische Rechtfertigung fanden in Formeln wie „the white man's burden“ oder wenn von Frankreichs „mission civilisatrice“ die Rede war oder wenn „am deutschen Wesen die Welt genesen“ sollte (....) Hier sind auch die Anfänge der one world government-Idee erkennbar. Erzkonservatives, ja rassistisches Ordnungsdenken fügt sich hier ein in die Debatte um die Ausgestaltung einer neuen Weltordnung, die nicht mehr nach den historischen Ursachen für Unterentwicklung, Elend, Hunger und Chaos fragt, sondern bemüht ist, Rezepte zu liefern, die die Dominanz der - bedauernswerterweise - zu ihrer Ausübung Verurteilten rechtfertigen.“ (207)

Was Werner Ruf anhand der drei Fallbeispiele - Westsahara, Irak, Somalia - konkret ausführt, stellt er in den nächsten Abschnitten in den Zusammenhang mit weltwirtschaftlichen und internationalen politischen Entwicklungen. Er diskutiert die Genese des Völkerrechts und internationaler Institutionen nicht als von diesen Faktoren losgelöst. Gerade im letzten Teil setzt sich der Autor auch mit neueren Debatten der Entwicklungs- und Staatstheorie auseinander.

Zur Einschätzung der heutigen UN-Politik wäre es allerdings wichtig gewesen, Vergleiche mit UN-Einsätzen vor dem Zusammenbruch des Ostblocks anzustellen. Der Autor räumt ein, daß die Hegemonie der USA innerhalb der UN auch dann gegeben war, wenn die Sowjetunion keine spezifischen Interessen in einer Region hatte. Insofern konnten bereits damals über die UN hegemoniale Interessen durchgesetzt wurden. Ein historischer Vergleich hätte aber sicherlich den angenommenen qualitativen Unterschied zu 'damals' besser zum Ausdruck bringen können. Was in der Analyse ebenso nicht berücksichtigt wurde, ist die Entwicklung von Konflikten innerhalb der nördlichen Hemisphäre und deren Auswirkungen auf die UN-Politik, die sich verstärkt anzeigen und an Bedeutung gewinnen. Eine Aufarbeitung der spezifisch bundesdeutschen Interessenspolitik - in Somalia und im Irak - wäre zudem für Diskussionen und zur Formulierung kritischer Politik hierzulande wichtig und wünschenswert gewesen.

Trotz dieser Kritik ist die Publikation ein Gewinn für diejenigen, die an konkreten Fakten zur Politik der UN interessiert sind, genauso wie auch für diejenigen, die sich mit theoretischen Fragestellungen der internationalen Politik auseinandersetzen. Komplizierte Sachverhalte werden auch für Nicht-Theoriebeflissene zu einer spannenden Lektüre.

■ *Ulrike Dufner, Miglied der INAMO-Redaktion, Politikwissenschaftlerin.*

Seit 15 Jahren in Isolationshaft: Riyad al-Turk

Jürgen Loer



Riyad al-Turk

Im November 1995 jährt sich zum 25. Mal der Tag, an dem Hafiz al-Asad in Syrien an die Macht gelangte. Kein Herrscher konnte sich zuvor in Syrien, dem einstigen Eldorado putschhungriger Offiziere, auch nur annähernd so lange an der Macht halten wie der aus bescheidenen Verhältnissen stammende Sohn eines Kleinbauern. Aber auch kein syrischer Herrscher vor Asad übte jemals eine solche Gewaltherrschaft aus, ließ um des bloßen Machterhalts willen eine Stadt im eigenen Lande bombardieren und binnen vier Wochen etliche tausend ihrer Einwohner umbringen. Dies geschah im Februar 1982, als syrische Sicherheitskräfte den islamistischen Aufstand in Hama, der viertgrößten Stadt Syriens, auf brutale Weise niederschlugen und dabei große Teile der Stadt in Schutt und Asche verwandelten. Damit war das Ende der islamistischen Opposition besiegelt, und der seit Jahren tobende Bürgerkrieg hatte einen Sieger: Asad.

So spektakulär der bewaffnete Kampf der Islamisten auch gewesen sein mag, waren sie damals doch nicht die einzige oppositionelle Kraft. Schon seit den frühen 70er Jahren, als das Asad-Regime die Muslimbruderschaft und ihre islamistischen Verbündeten noch gar nicht so richtig zur Kenntnis nahm, stellte sich eine Reihe säkularistischer Parteien gegen das Regime. Eine davon war die „KP-Politbüro", die sich 1972 von der moskautreuen und regimekonformen KP abgespalten hatte. Die kommunistische Opposition gehörte bald zu den kompromißlosesten Gegnern des Regimes; sie prangerte dessen Korruption, Despotie und extrem repressiven Herrschaftsstil an, bediente sich aber niemals, anders als die Islamisten, der Gewalt. Nachdem ihr Einfluß in der Bevölkerung stetig zugenommen hatte und mehrere Versuche Asads gescheitert waren, mit der KP-Politbüro einen Burgfrieden zu schließen, holte das Regime im Herbst 1980 zum großen Schlag gegen die Partei aus: Fast die gesamte Führung und eine große Zahl einfacher Mitglieder wurden verhaftet; etliche flohen ins Ausland, wo sie zum größten Teil noch heute leben.

Einer, der nicht so viel „Glück" hatte und nicht fliehen konnte, war der Parteichef, Riyad al-Turk, auf den es die Sicherheitskräfte ganz besonders abgesehen hatten. Am 28. Oktober 1980 ging er den Häschern des Regimes ins Netz, die wochenlang nach ihm gefahndet und seine Frau in Geiselhaft genommen hatten. Parteifreunde hatten ihn in Damaskus während dieser Zeit versteckt; ein kurz zuvor verhafteter Parteifreund war es auch, der unter Folter und unter Androhung, getötet zu werden, den Behörden das Versteck Riyad al-Turks verriet. Die Frau Riyad al-Turks wurde erst nach zwei Jahren aus dem Gefängnis entlassen; er selbst lebt seitdem, also seit nunmehr fünfzehn Jahren, in einer Einzelzelle des Militärischen Verhörzentrums in Damaskus. Er wird vollkommen von der Außenwelt und sogar von anderen Gefangenen isoliert und wird kontinuierlich gefoltert.

Riyad al-Turk wurde 1930 in Homs geboren und übte ab Mitte der 60er Jahre den Beruf eines Rechtsanwaltes aus, bevor er sich endgültig der Politik widmete und der syrischen KP beitrat. Schon bald kritisierte er den Personenkult um den Vorsitzenden Khalid al-Bakdash, die mangelnde innerparteiliche Demokratie und die enge Bindung der Partei an die KPdSU. Als 1972 das Politbüro, dem Riyad al-Turk angehörte, über den Beitritt der Partei zur von Asad ins Leben gerufenen Nationalen Progressiven Front abstimmte, führte er die Beitrittsgegner an: Bei der entscheidenden Abstimmung unterlagen er und seine Freunde jedoch mit einer einzigen Stimme, woraufhin sie sich von der Partei abspalteten und fortan als KP-Politbüro in die Opposition zum Asad-Regime und damit auch zur „Mutterpartei" gingen.

Danach brach Riyad al-Turk endgültig mit dem traditionellen Kommunismus, wie seine politischen Stellungnahmen erkennen lassen: Er verurteilte die militärische Intervention Vietnams in Kambodscha (1978), diejenige Chinas in Vietnam (1978), die der UdSSR in Afghanistan (1979). Im Jahre 1978 verwarf er das Modell der „Volksdemokratie" und sprach sich eindeutig für die parlamentarische Demokratie und den Pluralismus aus. In Syrien selbst kritiserte er vehement den Einmarsch syrischer Truppen in den Libanon (1976) und forderte immer wieder die Aufhebung des seit 1963 geltenden Ausnahmezustandes, Demokratie sowie die Achtung der Menschenrechte.

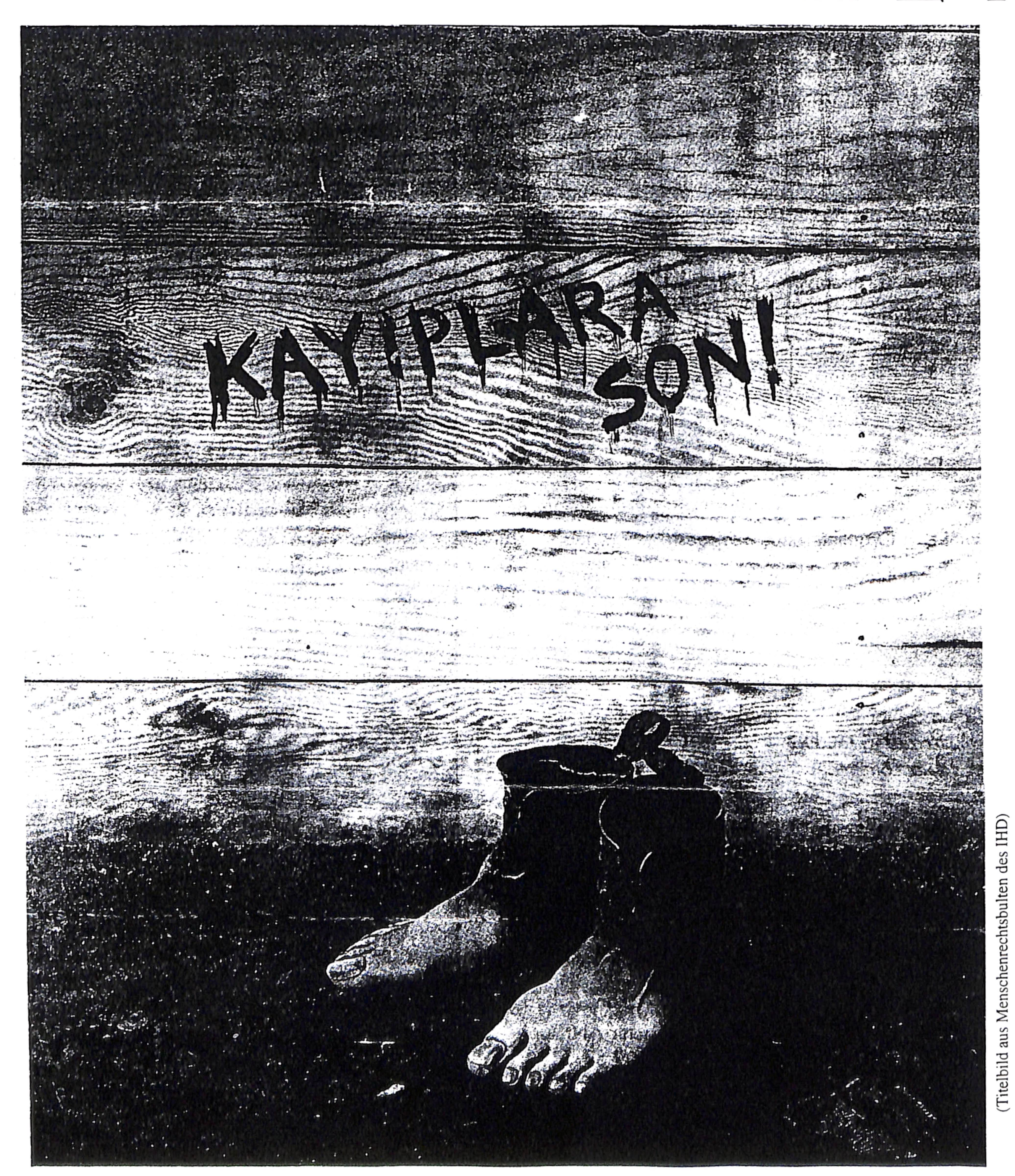
Die politischen Ideen Riyad al-Turks und sein unermüdlicher Kampf gegen ein diktatorisches Regime verhalfen ihm in Syrien zu großem Ansehen. Die syrischen

Machthaber sehen in ihm selbst heute noch eine so große Gefahr, daß sie es fünfzehn Jahre nach seiner Verhaftung immer noch nicht wagen, ihn freizulassen; selbst Adnan Uqla, in den 70er und 80er Jahren Chef der bewaffneten islamistischen Verbände und damaliger Staatsfeind Nr. Eins, befindet sich inzwischen wieder auf freiem Fuß. Immer wieder wird versucht, Riyad al-Turk durch Folter gefügig zu machen; sein Gesundheitszustand ist inzwischen sehr besorgniserregend. Von der sehr bescheidenen Lockerung der Repression in den letzten Jahren konnte er kaum profitieren. Das einzige Zugeständnis, das das Regime Riyad al-Turk gegenüber machte, war eine Besuchserlaubnis für seine Ehefrau: Im Juli 1993 durfte sie zum ersten Mal nach fünfzehn Jahren ihren Mann im Gefängnis sehen.

Zahllose Appelle internationaler Menschenrechtsorganisationen und des Europäischen Parlaments zeigten bislang keinerlei Wirkung. Auch die Aktivitäten der in Frankreich, Italien und Deutschland bestehenden Solidaritätskomitees für Riyad al-Turk, denen Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören (in Deutschland u.a. Günter Wallraff, Wolf Biermann, Antje Vollmer) sind bis jetzt erfolglos geblieben. Es ist zu befürchten, daß Riyad al-Turk das gleiche Schicksal droht wie Asads innerparteilichem Erzrivalen Salah Jadid, der 1993 nach 23 Jahren Haft im Gefängnis verstarb: Riyad al-Turk, so scheint es, wurde zum Tode durch lebenslängliches Dahinsiechen verurteilt.

■ *Jürgen Loer, Saarbrücken, freier Journalist*

VERSCHWINDENLASSEN IN DER TÜRKEI



(Titelbild aus Menschenrechtsbulten des IHD)

Schluß mit dem Verschwindenlassen !

„Der, welcher wußte, schloß die Lippen dicht,
und der, welcher redete, wußte nicht ...“
(Ahmad Schamlu)